

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Socz. und Memelgebiet, Ostpreußen, Litauen, Lettland, Estland, Kurland, Livland, Ostpreußen 4 Reichsmark, für das Abonnement 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wolk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Witz“ und freizeithilfliche „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Komposition... 10 Pfennig, Reklamengruppe... 4 Reichsmark, „Kleine Anzeigen“... das festgedruckte Wort 20 Pfennig...

Einzelnen für die nächste Nummer... müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptpostamt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Redaktion: Tönhoff 292-295. Verlag: Tönhoff 2506-2507

Mittwoch, den 27. Mai 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Postkontokonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Dreifach der Postkontokonto-Gesellschaft, Teplitzstraße Lindenstraße 3

Gegenoffensive gegen Abd el Krim.

Französische Beschuldigungen über deutsche Machenschaften.

Paris, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Nach den Meldungen aus dem französischen Hauptquartier soll in Marokko seit Dienstag eine militärische Operation größten Stills im Gange sein. Auf Grund eines am Montag in J'es abgehaltenen Kriegsrates soll am Dienstag die von Abd el Krim gehaltene Front auf der ganzen Linie angegriffen worden sein.

Aufgegebene französische Posten.

Paris, 26. Mai. (W.T.B.) Wie Havas aus Rabat meldet, hat das Oberkommando wegen der Schwierigkeiten der täglichen Verproviantierung der kleinen am linken Ufer des Uergha-Flusses gelegenen Posten beschlossen, die wichtigsten Posten beträchtlich zu verstärken, besonders die von Taunat und Bibane.

Painlevés Erläuterungen - Das Linkskartell befriedigt

Paris, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Ministerpräsident Painlevé hat am Dienstag mittag eine Delegation der Gruppen

des Kartells empfangen, in der die sozialistische Fraktion durch die Abgeordneten Renaudel und Paul Boncour vertreten war, und dieser die von ihr verlangten Erklärungen über die Absichten der Regierung in Marokko gegeben.

Ein sozialistischer Kontrollvorschlag.

Paris, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der sozialistische Abgeordnete Renaudel hat an den Vizepräsidenten der Armeekommission, General Girard, einen Brief gerichtet mit der Bitte, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Armeekommission den Vorschlag der Entsendung einer Delegation der Armeekommission nach Marokko zur Kontrolle der militärischen Operationen zu setzen.

Wiederherstellung der französischen Vatikan-Botschaft.

Paris, 26. Mai. (W.T.B.) Nach einer Rede Briands wurde die Generaldiskussion über das Budget des Aeußern im Senat geschlossen. Alle Artikel wurden angenommen, darunter Artikel 9, der die Wiederherstellung der Botschaft im Vatikan vorseht.

Ein Appell an die Verantwortung. Zum deutsch-spanischen Handelsvertrag.

Mit einer Demagogie, die nur von ihrer verlogenen Aufwertungspropaganda übertroffen wurde, haben die großagrarischen Drahtzieher der Deutschnationalen Volkspartei die Ablehnung des deutsch-spanischen Handelsvertrages gefordert. Im Reichstagsausschuss wurde dieser noch mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien, die vornehmlich Vertreter der Winzer vorgeschickt hatten, zu Fall gebracht.

Verringerung der schwedischen Wehrmacht.

Stockholm, 26. Mai. (W.T.B.) Nach dreitägiger Debatte haben beide Kammern des Reichstags heute nacht den Vorschlag des Reichstagsausschusses in der Wehrfrage angenommen. Dieser Vorschlag ist im großen und ganzen identisch mit der von der sozialdemokratischen Regierung eingebrachten Wehrooelage.

Waffenhandelskonferenz und Giftgaskrieg.

Genf, 26. Mai. (I.L.) Die militärische Unterkommission der Waffenhandelskonferenz sah heute folgenden Beschluß: Da die öffentliche Meinung der Welt den chemischen und bakteriologischen Krieg verurteilt, wäre der Abschluß einer Konvention notwendig, die den chemischen und bakteriologischen Krieg verbietet.

Entmilitarisierte Zonen.

Von Wilhelm Sollmann

Die Interparlamentarische Union, eine Vereinigung von Parlamentariern aller Länder, hat eine Spezialkommission zur Untersuchung des Systems der entmilitarisierten Zonen eingesetzt. Diese Kommission hat vor kurzem in einer mehrtägigen Sitzung zu Luxemburg, an der England, Deutschland, Dänemark, Schweden, Norwegen und Polen beteiligt waren, ihren Bericht an den im Herbst in Washington tagenden Kongress der Union abgeschlossen.

Die Denkschrift der deutschen Gruppe nimmt die durch die Artikel 42-44 des Versailler Diktates einseitig Deutschland auferlegte entmilitarisierte Zone natürlich nicht als Vorbild und als Grundlage für eine allgemeine Regelung der Sicherheitsfrage an.

Entmilitarisierte Zonen sind Grenzgebiete, in denen weder Truppen unterhalten, noch Befestigungen angelegt werden dürfen. Sie sollen den Ausbruch von Kriegen vermeiden oder doch erschweren. Ob sie bei dem heutigen Stande der Kriegstechnik noch die ihnen von vielen Seiten zuerkannte Bedeutung in vollem Maße haben, wird nicht nur von Militärs bezweifelt.

Sollen entmilitarisierte Zonen ihre volle entspannende Wirkung üben, so müssen sie nach den in Luxemburg angenommenen deutschen Grundätzen auf Freiwilligkeit und auf Gegenseitigkeit beruhen.

Ich gebe selbstverständlich zu, daß eine entmilitarisierte Zone, wenn sie tatsächlich wirksam sein soll, zwischen den Parteien freiwillig vereinbart werden muß, und das ist meiner Ansicht nach einer der Hauptgründe dafür, daß an den Artikeln 42 und 43 des Vertrages von Versailles Änderungen erforderlich sind.

Nun hatten wir allerdings in Luxemburg nicht über die rheinische entmilitarisierte Zone, sondern über allgemeine Grundsätze zu beraten, aber was hätten allgemeine Grundsätze für einen Wert, wenn man dauernd ein bestimmtes Volk, ein bestimmtes Land, davon ausnehmen wollte?

Schwierig ist die Kontrolle der entmilitarisierten Zonen. Man kennt Entmilitarisierungsvorschriften seit dem Jahre 1817 (Vertrag zwischen England und den Vereinigten Staaten über die Beschränkung der Kriegsschiffe auf den großen Seen). In keinem der früheren Entmilitarisierungsverträge sind Kontrollen vorgesehen.

Obwohl in Luxemburg ganz allgemein und nicht über das Rheinland speziell verhandelt wurde, freisten doch die Gedanken immer wieder um die einseitige entmilitarisierte Zone am Rhein. Auch die Politik Briands zeigt in den wenigen Wochen seiner neuen Amtstätigkeit, daß er die Sicherheitspolitik fortsetzt, aus der ihn im Januar 1922 sein plötzlicher Sturz in dem Augenblick hindergriß, als er dem deutschen Außenminister Rathenau in Cannes gegenüberstand.

Sicherheitsangelegenheiten von Tuno bis Stresemann erkennen lassen, daß die den französischen Sicherheitsansprüchen zu begegnen bereit ist. Es kommt keineswegs darauf an, zu unteruchen, inwiefern die französische Furcht vor einem erstarrenden Deutschland berechtigt ist oder nicht. Sie ist da und wirkt sich in Sicherheitsforderungen aus, die von jeder deutschen Partei ernst genommen werden müssen. Bisher scheint die Lage so, daß Frankreich nur dann in eine Räumung der auf Grund des Versailler Vertrages besetzten Gebiete willigen wird, wenn die ständige Kontrollorgane in das entmilitarisierte Rheinland gelegt werden. So gewiß Frankreich kein Recht hat, die Räumung der Kölner Zone von irgendeinem Sicherheitspakt abhängig zu machen, so gewiß ist, daß Frankreich seiner Furcht heraus unter jeder wie immer gearteten Regierung zu jedem Räumungstermin dieselben Schwierigkeiten machen wird. Ohne Lösung des Sicherheitsproblems gibt es keine Ruhe am Rhein, keine Befriedung zwischen Frankreich und Deutschland. Die deutsche Gruppe der Interparlamentarischen Union hat gezeigt, daß sie bereit ist, den französischen und belgischen Sicherheitsforderungen zu begegnen und alle Vorschläge in Ermägung zu ziehen, die durch die besonderen geographischen, militärischen und sonstigen Verhältnisse begründet sind, vorausgesetzt, daß die Souveränitätsrechte Deutschlands auf seinem eigenen Gebiete respektiert werden und daß man ihm nicht einseitige Opfer zumutet. Dieser deutschen Gruppe gehören aber Abgeordnete aller Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten an.

Witkin: Entmilitarisierte Zonen, ja! Auch schlagmäßig, die Souveränität achtende Kontrolle, ja! Jedoch keine Kontrolltruppen irgendwelcher Art, die jeder Staat als unerträglich mit seinen Souveränitätsrechten empfinden muß. Geradezu eine internationale Gefahr würden diese Kontrolltruppen, Kontrollgendarmen, Kontrollorgane, oder was sonst diese ständigen Elemente sein würden, dort, wo sie, wie laut dem Friedensvertrag am Rhein, nur einseitig auf dem Gebiete eines entwaffneten Landes zu wirken hätten.

Die Reichsregierung und die sie führenden Rechtsparteien haben in großer Kurzsichtigkeit seit dem Ende des passiven Widerstandes weite Gebiete deutscher Widerstandskraft am Rhein verwirkt. Insbesondere muß das heiße Bemühen, aus innerpolitischen Agitationsgründen die Sozialdemokratie immer wieder als eine landesverräterische Partei zu denunzieren, im Hinblick auf die Lage am Rhein als eine ungeheuerliche Dummheit betrachtet werden. Da unsere Partei sich aber nicht nach der geringeren oder größeren Einsicht ihrer politischen Gegner und deren etwa vorhandenen oder nicht vorhandenen politischen Moral orientiert, sondern nach den auf europäische Verständigung gerichteten Grundfragen sozialistischer Politik, werden wir allen Versuchen wehren, die entmilitarisierte Zone am Rhein der deutschen Hoheit zu entziehen. Wir werden aber alle anderen Sicherheitsvorschläge mit dem Ernste und mit dem Entgegenkommen prüfen, die die überlegende europäische Bedeutung dieser Fragen erfordert.

Die deutschnationale Verzichtspolitik.

Konservativ-vaterländischer Theaterdonner.

Der weitere Vorstand der Deutschkonservativen Partei, die einen integrierenden Bestandteil der Deutschnationalen Partei bildet, hat gestern eine Entschädigung angenommen, in der es heißt:

Mit erster Sorge verfolgt die Deutschkonservative Partei die diplomatischen und parlamentarischen Verhandlungen über den sogenannten Sicherheitspakt. In sich völlig einig und geschlossen, braucht sie nicht, wie manche andere Partei, auf verschiedene Strömungen in ihren eigenen Reihen Rücksicht zu nehmen, sondern kann stets ihren besten, bewährten Grundgedanken folgen — und diese verlangen gegenüber dem uns von der eigenen Regierung zugewandten freiwilligen Verzicht auf das uns in Versailles gewaltsam geraubte ein unbegrenztes Mein. Die Deutschkonservative Partei — und mit

ih der weitaus überlegende Teil der anderen nationalen Kreise im Lande — erwartet mit Selbstverständlichkeit von der Deutschnationalen Volkspartei, daß sie trotz ihrer sogenannten Teilnahme an der Reichsregierung ihr in unzähligen Versammlungen, Kundgebungen und Vertraubarungen gegebenes Wort unverbrüchlich hält und den Kampf gegen den geplanten Verzicht auf das Bismarck-Reich gegen jede Preisgabe deutscher Brüder und deutschen Landes bis zum siegreichen Ende Schulter an Schulter mit den Konservativen führt.

Diese theatralische Aufforderung an die Deutschnationalen, Wort zu halten, kann nur als ein Wig betrachtet werden. Ganz abgesehen davon, daß in zahlreichen anderen Fällen bewiesen ist, was ein deutschnationales Mannezwort wert ist. Hat doch die deutschnationale Reichstagsfraktion erst vor wenigen Tagen nach langer außenpolitischer Debatte der Regierung ihr Vertrauen bezeugt und damit vor dem Volk die Verantwortung für die Politik der Regierung übernommen.

Will man aber die konservative Resolution ernst nehmen, so kann man darin nur eine Fortsetzung des Betrugsversuchs erblicken, der dauernd von den Rechtsparteien an ihren Anhängern verübt wird, indem man gegen das protestiert, was man selber macht und selber zu verantworten hat.

Das gleiche gilt von einer ähnlichen Kundgebung, die die sogenannten Vaterländischen Verbände unter dem Vorsitz des Generals Grafen v. d. Golz, des Schutzherrn von Kutister nach Referaten der deutschnationalen Herrn Quack, Bork und Goerde am letzten Sonnabend angenommen haben.

Die Außenpolitik der Regierung wird aber durch die Begleitmusik, die aus dem Regierungslager selbst zu ihr geliefert wird, zum Gespött der Welt.

Ein nationaler Dolchstoß.

Bayerische Volkspartei gegen Deutschnationalen.

München, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die ersten öffentlichen Anzeichen der tiefgehenden Nachwirkung des Sturzes Dr. Heims als Präsident der Bayerischen Landesbauernkammer zeigten sich in einer Münchener Versammlung der Bayerischen Volkspartei. Der Syndikus des Bayerischen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Knorr, erklärte hier, daß das Zusammengehen des Deutschnationalen Landbundes mit dem revolutionären Bauernbund eines Bandenführers als Sturmzeichen für die bayerische Politik gedeutet werden müsse. In dieser eigenartigen Koalition liege die Gefahr für die Zukunft, der gegenüber die Landesleitung der Bayerischen Volkspartei alle nur möglichen Schritte unternehmen müsse. Das Prestige der Partei müsse wieder hergestellt werden. Der gefährlichere der beiden Gegner sei der Deutschnationale Landbund, weil er in seinen hemmungslosen Nachtgefühlen lag und überlegt handle, während der Bauernbund nur eine Politik des augenblicklichen Ruhens verfolgte. In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß der Sturz Dr. Heims ein Dolchstoß aus der nationalen Front gegen eine nationale Partei sei. Die Stellung der Bayerischen Volkspartei sei schwierig, weil sie einerseits zu groß sei, um außerhalb der Regierung beiseite stehen zu können, andererseits aber zu klein, um auf eine Koalition verzichten zu können. Würde die Bayerische Volkspartei in Opposition treten, so würde sie das bayerische Volk der Sozialdemokratie ausliefern. Daher gebe es für den Augenblick nur eins: abwarten, wie die Dinge sich entwickeln und die Zähne zusammenbeißen.

Hindenburg in Uniform.

Der Präsident der Republik in des Königs Rock.

Der Reichspräsident war am Sonntag in Hannover, er wohnte dort einem zu seinen Ehren veranstalteten Pferderennen bei. Und zwar in der Uniform eines Marschalls a. D., wie ein Bild in der Nacht Ausgabe des „Tag“ zeigt.

Der Kleiderwechsel, den der neue Reichspräsident seit seiner Bereidigung vorgenommen hat, entspricht zweifellos den Wünschen seiner zahlreichen Verehrerinnen. Wie Märchen wünscht, daß ihr Egmont einmal „spanisch komme“, so wünschen sie, daß ihnen der

Präsident der Republik einmal und mehr als einmal kaiserlich kommen möge.

Der Präsident der Republik in der Uniform der kaiserlichen Armee, mit schwarzweißer Kofarde an der Hüfte, geschmückt mit den Orden, die ihm sein Kaiser und König verliehen hat — ein eigenartiges Bild, an das man sich erst gewöhnen muß! Aber im Ausland wird es zweifellos weiteste Verbreitung finden. . . .

Der Sturm auf die Verfassung.

Gegen das Wahlrecht der „Beschlusen“.

Am Hauptausschuß des Reichstages kam es am Dienstag vormittag zu einer lebhaften Auseinandersetzung über den von den Deutschnationalen eingebrachte Antrag auf Einsetzung eines dauernden Verfassungsausschusses, der Reformen der Verfassung beraten soll. Das Zentrum ließ durch Abg. Schreiber erklären, daß es den Antrag ablehnen werde. Reichsminister Schiele legte sich lebhaft für den deutschnationalen Antrag ein und machte im Laufe seiner Rede die Bemerkung, daß die Verfassung von Weimar doch auf recht unsicheren Grundlagen erlassen sei. Auf einen Vorhalt des Abg. Solmann (Soz.) berichtigte sich Schiele dahin, er habe mit dieser Bemerkung nur die Unsicherheit der damaligen politischen Verhältnisse gemeint. Solmann erklärte, daß die Sozialdemokratie diesen Antrag nicht nur ablehnen werde, sondern ihn und ähnliche Anträge als eine Herausforderung durch die Deutschnationalen betrachte. Man gebe um die Dinge herum, wenn man, wie der deutschnationale Abg. von Freitag-Loringhoven, es so darstelle, als beabsichtige man nur, da und dort Rechtsunsicherheit zu beseitigen. Die Herren sollten doch ehrlich sein und zugeben, daß ihr Vorstoß sich gegen die demokratischen Grundlagen der Reichsverfassung richte.

Diese Ansicht Solmanns wurde von dem deutschvolksparteilichen Abg. Dr. Kardorf lebhaft bekämpft, jedoch wiederholte Kardorf seine schon neulich vorgetragene Ansicht, daß in den Gemeinden das demokratische Wahlrecht abgeschafft werden müsse, weil man die Bestimmungen über das Gemeindevermögen nicht den Beschlusen in die Hand geben dürfe. Damit hat v. Kardorf deutlicher als die Deutschnationalen kundgetan, daß man bei den beabsichtigten Verfassungsrevisionen auf ganze hinausgehen beabsichtigt.

Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Antrages auf Einsetzung eines Verfassungsausschusses wird vielleicht schon am Mittwoch fallen. Da nur die Sozialdemokraten, Zentrum, Demokraten und wahrhaftig die Kommunisten gegen den Antrag stimmen werden, ist es zweifelhaft, ob er zu Fall gebracht werden kann.

Die Besteuerung der Heimarbeiter.

Entschädigungen für Arbeitsmittel sind steuerfrei.

Der Steuerauschuß des Reichstages setzte am Dienstag die Beratung des Einkommensteuergesetzes fort. § 36 bestimmt den Begriff des Arbeitslohnes. Die Regierungsvorlage sieht in Abänderungen der geltenden Bestimmungen vor, daß „Entschädigungen, die den in privaten Diensten angestellten Personen nach ausdrücklicher Vereinbarung zur Bestreitung des durch den Dienst veranlaßten Aufwandes gezahlt werden, wenn sie nur in Höhe des nachgewiesenen Aufwandes gezahlt werden oder die tatsächlichen Aufwendungen offenbar nicht übersteigen“, nicht zum Arbeitslohn gehören, also steuerfrei sind. Auf Antrag der Sozialdemokraten und der Demokraten wurde beschlossen, daß auch „Entschädigungen für vom Arbeitnehmer gestellte Arbeitsmittel (Werkzeuge, Kleidung)“ steuerfrei sind.

Abg. Dr. Herx (Soz.) führte Beschwerde darüber, daß Heimarbeiter in gewissen Gegenden des Reichs nicht dem Lohnabzug unterworfen, sondern als Gewerbetreibende angesehen werden. Das habe zu unerträglichen Zuständen geführt und zu einer Ungleichmäßigkeit der Besteuerung, die dringend beseitigt werden müsse. Ministerialdirektor von Jardeh sagt zu, daß die Regierung den § 36 Abs. 4 zu einer Prüfung benutzen werde, um eine einheitliche Besteuerung der Heimarbeiter durchzuführen. In der Praxis werde das dann auch dazu führen, daß die Länder die Heimarbeiter nicht als Gewerbesteuerpflichtige ansehen. Eine bindende Bestimmung mit Rechtswirkung zu erlassen, sei nicht möglich.

Sozialistischer Wahlerfolg in Basel. Am Sonntag wurde Genosse Went gegen die Kandidaten des Nationalbundes in den Baseler Regierungsrat gewählt, der dadurch einen zweiten sozialistischen Regierungsbereiter erhält.

Helgolands Entstehen und Vergehen.

Die schweren Einstürze, die immer mehr Land von der Insel Helgoland wegnehmen, haben jetzt zu ernsthaften Ermüdungen geführt, wie man dieses berühmte, vom Meer umdroschene Eiland schätzen und erhalten könne. Die Gefährdung der Insel hängt mit ihrer merkwürdigen Struktur zusammen, die aus ihrer Entstehungsgeschichte zu erklären ist.

Wie Prof. Franz in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ ausführt, hob sich Helgoland während der Tertiärzeit allmählich über den Wasserpiegel des Meeres, muß aber dann noch innerhalb dieser Epoche der Erdgeschichte bis auf die Oberfläche des Wassers herab zerbröckelt sein. Gegen Ende der Tertiärzeit wurde die Nordsee durch Bodenhebung zu Land, und so ragte das Klippengebiet Helgoland als ein Tafelberg heraus, den die Eiszeit mit Gletscherablagerungen bedeckte. Als dann später das Eis zurückwich und den Berg von Helgoland wieder freigab, war er durch Wegschleifen weicher Gesteine zu einer zweihügeligen Erhebung geworden, und zwischen den beiden Hügel lag ein Tal mit einem Süßwassersee. Durch die Senkung des Nordseegebietes entstand wieder ein Meer, aber der Doppelberg wurde nicht sofort zur Insel, sondern blieb noch eine Zeitlang mit Schleswig verbunden, und über diese Landbrücke ist Helgoland wohl zum erstenmal von den Menschen der Steinzeit besiedelt worden. Erst eine letzte Senkung machte Helgoland zur zweihügeligen Insel mit dem Süßwassersee im Talchen, und durch die weitere Arbeit des Meeres entstand daraus eine hantelförmige Insel, die auf den ältesten Karten abgebildet ist. Um 800 n. Chr. taufte Wiktor drei Heiden in der heiligen Quelle der Insel, die damals „Fosetland“ genannt wurde, nach dem Gott Fosete, den die Helgoländer verehrten. Um 900 waren alle Bewohner von „Fosetland“ getauft, und ums Jahr 1000 herietzt Elbert von Fröhnen von einer Insel „Heligeland“, die er „wiedergefunden habe“. Nach der Beschiebung kann dies nur Helgoland gewesen sein, und die Erwähnung einer einzigen Süßwasserquelle stimmt mit der Schilderung von „Fosetland“ überein, das ebenfalls Helgoland gewesen sein muß. 1721 rief der inzwischen durch die Arbeit des Meeres sammler gewordenen Sandstreifen zwischen den beiden Hauptteilen der bis dahin hantelförmigen Insel durch, und diese wurde damit zu der Doppelinsel, die wir heute als Hauptinsel und „Düne“ kennen. Noch im Jahre 1842 wird die einzige Süßwasserquelle, die für Helgoland charakteristisch war, erwähnt. Seitdem sind viele Brunnen auf Helgoland erbaut worden, doch hat eine Prüfung der Verhältnisse und Berichte ergeben, daß die heilige Quelle von Fosetland noch heute in der ersten Pumpe auf dem „Brunnenplatz“ des Unterlandes zu fassen ist.

„Künstliches Gold“. Die Meldung eines Berliner Witzblattes, monach es einem wilden römischen Rationalisten den Brod. Wiehe gelungen sei, künstliches Gold so billig wie Naturgold darzustellen, trifft nach Informationen bei dem athenischen Witzblättern von Prof. Reife, Dr. Stamme, nicht zu. Natürlich ist auch die Meldung von der Verhaftung des römischen Studenten in das Reich der Fabel zu verweisen. Vielleicht Wahrheit wurde bereits am die „Künstlichen Zeitung“ als Aprilscherz gebracht.

Die Witwe Joles, die vor kurzem gestorben ist, hat dem Londoner Museum das berühmte Gold-Breitband von Romel vermacht.

Das Deutsche Opernhaus.

Von Dr. Bruno Borchardt.

Am 1. Juni schließt das Deutsche Opernhaus seine Pforten, um sie nicht wieder zu öffnen. Wenn im Herbst in dem ehemals Deutschen Opernhaus in Charlottenburg die erste Spielzeit der neuen Städtischen Oper beginnt, so wird auch nicht einmal mehr der Name an das Deutsche Opernhaus erinnern. Da mag es wohl angebracht erscheinen, einen kurzen Rückblick auf seine Geschichte zu werfen.

Die Gründung des Deutschen Opernhauses vor 13 Jahren mit Hilfe der Stadt Charlottenburg war eine anerkennenswerte kulturelle Tat — gab es doch damals in Groß-Berlin nur das Staatliche Opernhaus mit rund 1800 Sitzplätzen und teuren Preisen, so daß Opernbefuch selbst für den begüterten Mittelstand ein selten erschwänglicher Luxus war, und trotz des im übrigen hoch entwickelten Theaterlebens wurde seitens der Gemeinde auf diesem wichtigen Gebiet unermüdet gar nichts getan. Als der Plan zum Bau des Opernhauses zuerst in Charlottenburg auftauchte und propagiert wurde, erhob sich sehr starker Widerstand, der es leicht hatte, auf die vielen in einer großen Kommune Reis noch ungelösten Aufgaben hinzuweisen, die alle viel wichtiger seien als Ausgaben für Theater und Oper. Nur mit äußerster Mühe gelang es, die nach dem Dreiklassenwahlsystem gewählte bürgerliche Mehrheit dafür zu gewinnen, dem Gedanken des Baus eines Opernhauses näherzutreten, und auch das war nur möglich durch den rechnungsmäßigen Nachweis, um den sich namentlich der vorortene Stadtverordnetenvorsitzer Otto Kauffman verdient gemacht hat, daß das geplante Haus sich selbst erhalten und die zu gründende Gesellschaft für die Benutzung des Hauses eine Baht zahlen würde, durch die eine Vergütung der von der Stadt für den Bau aufgewendeten Kosten gewährleistet würde. Hierzu sollte das Haus möglichst groß gebaut werden, mit 2200 Plätzen, durch billige Abonnements und billige Kassenspreise sollte für ständigen vollen Besuch gesorgt werden. So gelang es endlich, die Mehrheit der Stadtverordneten, nicht etwa die gesamten Vertreter der Bürgerchaft, für den Plan zu gewinnen, und es entstand unter der Leitung des Stadtbauamts Seeling der schöne und zweckmäßig eingerichtete Bau, der in seiner inneren Ausgestaltung freilich etwas fahl und nüchtern blieb, weil zufolge der starken Widerstände in der Stadtverordnetenversammlung mit der Bereitstellung von Mitteln über Gebühr geknappt wurde. Das Haus wurde dann nicht als Städtische Oper in Betrieb genommen, sondern von der dazu gegründeten Aktiengesellschaft Deutsches Opernhaus, an die die Stadt das Haus verpachtete.

In dem ihr gesteckten Rahmen hat die Gesellschaft in den ersten Jahren ihres Bestehens ihre Ziele verfolgt und, wie jeder gerecht und billig Urteilende anerkennen muß, mit sehr schönem Erfolge gemerkt, nicht zum mindesten durch die Tatkraft und künstlerische Persönlichkeit des zur Leitung des Deutschen Opernhauses berufenen Intendanten Georg Hartmann. Ohne irgend welche erheblichen Beihilfen der Stadt — eine gelehentliche Stundung und selbst Erlaß einiger Forderungen nach wie sich beinahe schämten als Opfer der Stadt zu bezeichnen, namentlich wenn man bedenkt, was andere viel kleinere Städte für die Erhaltung ihres Theaterwesens geleistet

haben — ist es Hartmann gelungen, dem Groß-Berliner Publikum für sehr mäßige Eintrittspreise recht gute Opernvorstellungen zu bieten. Erreicht wurde dies einmal durch eine gesunde Preispolitik (die Preise bewegten sich von 0,80 M. im IV. Rang bis zu 6 M. im I. Rang, die Abonnementspreise von 1,20 M. im III. Rang bis 4,80 M. im I. Rang), dann aber vor allem durch das Bestreben Hartmanns, nicht sowohl hervorragende Einzelleistungen bekannter und berühmter Sängerinnen, sogenannter Stars, sondern abgerundete Opernvorstellungen mit einem zu trefflicher Gesamtwirkung erzeugtem Ensemble zu bieten, ohne natürlich das Haus hervorragenden Gästen zu verschließen — es sei nur erinnert an Plöschke, die Jeriga, die Ursin; aber der Nachdruck wurde stets auf die Gesamtwirkung gelegt. Begünstigt wurde Hartmann durch seine Gabe, junge Kräfte zu erkennen und heranzuziehen, die vom Deutschen Opernhaus ihren Aufstieg begannen.

In den Kriegsjahren machte das Haus schwere Zeiten durch. Es kam dann die fast noch schlimmere Nachkriegszeit und die Entwertung der alten Reichsmark, bei der zunächst durch das Reichsgericht der Grundbesitz angefallen wurde: Markt gleich Markt. Hierdurch wurde die Mehrheit der Aktien und der überwiegende Einfluß in Verwaltung und Betrieb einem Mann überliefert, der rein kaufmännisch eingestuft war, dessen Interesse an der Oper sich ausgesprochenemmaßen darin erschöpfte, daß einer bestimmten nach dem Urteil Sachkundiger dazu in keiner Weise geeigneten Sängerin Gelegenheit gegeben wurde, in ersten Partien zu glänzen. Weil Hartmann solchen Wünschen gegenüber Rückgrat und künstlerisches Gewissen zeigte, wurde er in brutaler Form entlassen. Der Einfluß der Stadt, die Hartmann natürlich stützte und sich dem Bestreben, das Haus als rein geschäftliches Unternehmen zu betreiben, widersetzte, wurde vollständig ausgeschaltet, und die Rechte, die sie sich vertragsmäßig auf den Fundus des Hauses gesichert hatte, um imstande zu sein, im Falle eines Zusammenbruchs der Gesellschaft den Betrieb weiter zu führen, wurden durch eine Richtigkeitssache angefochten. Sie ist nicht zum Austrag gekommen; denn die Gesellschaft rief jetzt unrettbar dem Bankrott entgegen. Zwar wurden noch verzweifelte Versuche gemacht, das Äußerste zu vermeiden; jener oben erwähnte Herr wurde befristet, und man suchte eine Einigung mit der Stadt herbeizuführen, welche als Bedingung stellte, daß die Mehrheit der Aktien in ihren Besitz übergehen müßte. Die Erfüllung dieser Bedingung wurde wiederholt zugesagt, aber niemals eingehalten. Erst als es zu spät und der Bankrott schon angemeldet war, kamen die Aktien zum Vorschein. Auch in künstlerischer Beziehung sah es nicht an Versuchen zur Hebung des Hauses. Dazu gehört die Periode, die man als Vera Leo Blech bezeichnen kann.

Im ganzen betrachtet hat das Haus, das nunmehr seine Pforten schließt, für das Kunstleben Berlins sehr Erhebliches bedeutet. Es hat das Interesse und das Verständnis für gute Opernmusik in den weitesten Volkstreffen verbreitet und nicht wenig dazu beigetragen, daß die Stadt sich ihrer Verpflichtung auf diesem Gebiete bewußt geworden ist. Unter erheblichen Opfern hat die Stadt Berlin den Fundus erworben, und sie wird weiter nicht unerhebliche Opfer bringen, damit im Herbst die Städtische Oper in würdiger Weise ins Leben tritt und in dem für weiteste Volkstreffen bestimmten Hause erlebte Kunst zur Darstellung bringt.

Die Barmat-Hehe in den letzten Zügen.

Ein Manöver der „Deutschen Zeitung“ gegen das Zentrum.
Die „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht in riesiger Aufmachung den Beschluss des Kammergerichts vom 13. Mal, durch den die Haftentlassung von Julius Barmat gegen Kaution verurteilt wurde. In der Begründung dieses Beschlusses wird auf Grund der „vorliegenden Ermittlungsergebnisse“, d. h. der Auskünfte der Staatsanwaltschaft und des Untersuchungsrichters der dringende Verdacht einer Bestechung Höfles als noch bestehend bezeichnet, ferner auch der Verdacht eines Kreditbetruges zum Nachteil der Seehandlung. Dennoch kommt das Gericht zu einer Haftentlassung gegen Kaution mit Rücksicht auf die ärztlichen Gutachten.

Bekanntlich ist die Frage des Kreditbetruges nach übereinstimmenden Meldungen auch aus halbamtlicher Quelle schon längst fallen gelassen worden. Und über die Frage, ob eine Bestechung Höfles vorlag oder nicht, sind die Ansichten sehr verschieden; es sei nur an dem Ausspruch des Zeugen Rechtsanwalts Alsberg vor dem Höfle-Ausschuss erinnert: „Wenn das Bestechung war, dann will ich mein ganzes Vergehend zurückhaben!“

Die „Deutsche Zeitung“ unternimmt nun an Hand dieses Beschlusses einen mächtigen Vorstoß zugunsten der „glänzend gerechtfertigten“ Staatsanwaltschaft und gegen die Zentrums-Partei, bzw. den aus ihren Reihen stammenden Justizminister am Zehnhoff. Daß die Aufmann, Caspar, Linde und Vesper sich der besonderen Gunst der völkischen „Deutschen Zeitung“ erfreuen, wissen wir schon längst. In den Augen rechtschaffener Menschen wird das nicht gerade eine Empfehlung sein. Es ist indessen ein starkes Stück, wenn man aus diesem Beschluss des Kammergerichts, der sich lediglich auf die Auskünfte der Staatsanwaltschaft stützt, eine Rechtfertigung dieser Behörde herleitet. Ueberhaupt stellt das völkische Blatt diesen Kammergerichtsbeschluss so dar, als käme er einem Gerichtsurteil gleich. Das ist eine unerhörte Dreistigkeit und Heuchelei.

Vor allem richtet die „Deutsche Zeitung“ ihren Hauptangriff gegen den Justizminister am Zehnhoff, der die Weiterbearbeitung der Barmat-Angelegenheit den bisher zuständigen Staatsanwälten entzogen und dem Generalstaatsanwalt beim Kammergericht übertragen habe. Stimmt diese Nachricht, die man hier zum erstenmal erfährt, so können wir darauf nur sagen: Es war auch die höchste Zeit! Wenn gegen den Justizminister am Zehnhoff ein Vorwurf erhoben werden kann, so nur der, daß er eine Passivität sondergleichen Monate hindurch gegenüber einer Reihe von Staatsanwälten gezeigt hat, über deren Verhalten unmissprochene Nachrichten schwerwiegendster Art immer wieder veröffentlicht wurden. Der Justizminister scheute sich offenbar einzugreifen, weil er sich nicht der Mißdeutung aussetzen wollte, daß er sich durch die Tatsache hätte beeinflussen lassen, daß Dr. Höfle ebenso wie er dem Zentrum angehöre. Als ein Opfer dieser Passivität, die von den Staatsanwälten rücksichtslos ausgenutzt wurde, ist Dr. Höfle gestorben. Was der Untersuchungs-ausschuss schon jetzt über das Verhalten dieser Staatsanwälte zutage gebracht hat, ist so beklagenswert, daß die Entziehung der Strafverfolgung in Sachen Barmat-Höfle das Mindeste darstellt, was von der Zentralbehörde gegen sie unternommen werden mußte.

Eine andere Frage ist die: Wie kommt die „Deutsche Zeitung“ in den Besitz dieses gerichtlichen Dokumentes? Sie selbst spricht von einem „Zusatz“. Es gibt recht sonderbare Zusätze. Obwohl durch Duhende von anderen Beispielen das enge, geschwundene Zusammenarbeiten zwischen Organen der Staatsanwaltschaft und des Reichstages Abgeordneten und Zeitungen bereits festgestellt ist, glauben wir, daß die Quelle der „Deutschen Zeitung“ diesmal ausnahmsweise nicht in Roabit zu suchen ist. Nach der ganzen Tendenz ihres Begleitartikels dürfte ihr vielmehr dieser Beschluss direkt aus dem Justizministerium zugegangen sein. Denn dieser Beschluss ist nicht einmal ganz neu; er wurde ausweislich in der Sitzung des Höfle-Ausschusses, in der Rechtsanwalt Alsberg seine Ueberzeugung von der Unschuld von Ausdrud geäußert hatte, als Antwort darauf vom Ministerialdirektor Huber verlesen. Die Veröffentlichung der „Deutschen Zeitung“ sollte für den Justizminister, gleichviel, ob er am Zehnhoff oder sonstwie heißt, nur ein Grund mehr sein, bei dem Großkreuzmännchen in der Justiz nicht nur in Roabit, sondern auch im Ministerium selbst unbarmherzig vorzugehen.

Die verwaarloste Seehandlung.

Umfall der Direktoriumsmitglieder im Ausschuss.

Die gefröhe Vernehmung der ehemaligen Direktoriumsmitglieder der Seehandlung, der Finanzrat Hellwig und Rüge im Preussischen Untersuchungsausschuss bedeutete einen

völligen Zusammenbruch für die Leitung des Instituts.

Wenn die Auslagen von Hellwig und Rüge denen der vier noch im Amte befindlichen Direktoriumsmitgliedern widersprochen hätten, so wäre das psychologisch verständlich gewesen. Aber tatsächlich war es nicht so. Der Präsident Schröder, der ehemalige Präsident von Dombais, der Vizepräsident Rügge, der Geheimrat Finanzrat Breitenfeld machten gestern im wesentlichen die Auslagen von Hellwig und Rüge bestätigen, ja, namentlich im Falle Hellwig ihre früheren Auslagen, die aus der Zeit der Untersuchungshaft Hellwigs stammten und diesen belasteten, fast reflexlos zurückzunehmen. Selbst der volksparteiliche Vorsitzende Beidig mußte feststellen, daß der Ton, der die Rüst machte, in den Auslagen der Herren gestern ein ganz anderer war, als von drei Monaten, wo sie wohl Hellwig für einen verlorenen Mann halten mochten. Der Versuch, die zufälligen Sachbearbeiter als Sündenböcke für die allgemeine Schlamperlei, die bei der Seehandlung unzweifelhaft herrschte, in die Wüste zu schießen, kann als geglückt angesehen werden. Man hatte den Eindruck: Wenn die Sachbearbeiter zufällig nicht Rüge und Hellwig, sondern zwei andere Direktoriumsmitglieder gewesen wären, so wäre alles genau so verlaufen.

Insbesondere stellte sich heraus, daß sowohl in der Kautister- wie in der Barmat-Sache

die Generaldirektion über fast alle entscheidenden Schritte informiert gewesen ist und sie widerspruchlos gebilligt hat.

Besonders aufällig war die Entlassung Hellwigs. Es war behauptet worden, daß Hellwig 14 Tage vor seinem Uebertritt zum Barmat-Konzern die täglich kündbaren Gelder des Barmat-Kredits selbstherrlich auf drei Monate festgemacht habe. Gestern mußte Finanzrat Breitenfeld diese Anschuldigung reflexlos zurücknehmen. Tatsächlich waren die Kredite schon 14 Monate vorher durch einstimmigen Beschluss der Generaldirektion aus täglich kündbaren in feste, von Vierteljahr zu Vierteljahr laufende, umgewandelt worden. Ebenso brach die Anschuldigung gegen Hellwig, willkürlich zur Sicherheit dienende Effekten an Barmat herausgegeben zu haben, zusammen. Tatsächlich hat Hellwig die Sicherungen der Konten herausgegeben, die Barmat im August, wo er fast drei Millionen Mark Kredite zurückzahlte, abgedeckt hatte. Diese Abdeckung bezeichnete gestern der Vizepräsident Rügge auf einmal als

eine sehr große Leistung, die sehr stark für die Ehrlichkeit und die finanzielle Solvenz Barmats gesprochen habe, zumal er dazu nicht verpflichtet gewesen, sondern lediglich der Wunsch einer solchen Rückzahlung geäußert worden sei.

Steuerfreiheit für Spekulationsgewinne!

Der Rechtsblock schützt die unehrlichen Steuerzahler.

Bei der Beratung der Bestimmungen über den Lohnabzug haben die Regierungsparteien jede über die Wünsche der Regierung hinausgehende Milderung mit fiskalischen Erwägungen bekämpft. Im Gegensatz dazu steht ihre Haltung, soweit es sich um Milderung der Steuergesetze zugunsten des Besitzes handelt. Hier tritt die Erwägung, daß das Reich auf weitere Einnahmen nicht zu verzichten vermag, vollkommen in den Hintergrund. Ohne Rücksicht auf die steuerliche Ungleichheit, die damit geschaffen wird, wird genau wie in den Inflationsjahren ein Stein nach dem anderen aus dem System der Besitzbesteuerung herausgehoben. Die Sitzung des Steueraussschusses des Reichstages vom Dienstag lieferte dafür zwei prägnante Beispiele. Zuerst stand die Frage zur Diskussion, ob Spekulationsgewinne einkommensteuerpflichtig sein sollen oder nicht.

Obwohl die Regierungsvorlage die Besteuerung der Spekulationsgewinne nicht allgemein vorschlägt, sondern nur unter gewissen Voraussetzungen, gingen selbst diese Vorschriften den Regierungsparteien zu weit. In der gleichen Front mit den Regierungsparteien kämpfte aber der demokratische Abgeordnete Dr. Fischer-Röhl. Von beiden Seiten lagen Anträge vor, die die Möglichkeit der Besteuerung der Spekulationsgewinne so stark einengten, daß ihre Erfassung in der Praxis kaum noch möglich ist.

Die Regierung verteidigte ihre Vorlage nur außerordentlich schwach. Ganz im Gegensatz zu ihrer schroffen Haltung gegen jede Verbesserung des Lohnabzuges ließ sie erkennen, daß sie Abschwächungen bei der Besteuerung der Spekulationsgewinne nicht tragisch nehmen werde. Infolgedessen endete die Debatte auch mit der Annahme der Abänderungsvorschläge, so daß künftig Spekulationsgewinne überhaupt nur besteuert werden können, wenn der Zeitraum zwischen Anschaffung und Veräußerung bei Grundstücken weniger als zwei Jahre, bei anderen Gegenständen, insbesondere Wertpapieren, weniger als drei Monate beträgt. Dieser Beschluss wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten und der Abg. Bensch und Brüning (3.) gefaßt. Praktisch ist damit die

Steuerfreiheit aller Spekulationsgewinne hergestellt.

Eine noch kräftigere Begünstigung des Besitzes erstrebten die Regierungsparteien beim § 49. Dieser sieht vor, daß in den Fällen, in denen das festgestellte Einkommen in einem offenkundigen Mißverhältnis zu dem Verbrauch steht, der Verbrauch der Besteuerung zugrunde zu legen ist. Mit diesem Prinzip, das bereits in der einseitigen Gesetzgebung der Vorkriegszeit verwirklicht war und das in der Zweiten Steuernotverordnung in die Reichsgesetzgebung übergeführt worden ist, sind im abgelaufenen Jahr überaus günstige Erfahrungen gemacht worden. In zahlreichen Fällen, in denen Steuerpflichtige mit hohem Verbrauch sonst steuerfrei gewesen wären, konnte diese Bestimmung benutzt werden, um sie zur Steuerleistung heranzuziehen. Vor allen Dingen aber hat diese Bestimmung dazu geführt, die Steuermoral zu heben, da viele Steuerpflichtige, diese Bestimmung fürchtend, richtiger deklarieren als es sonst der Fall gewesen wäre. Trotzdem lag ein Antrag der Deutschnationalen, der Volkspartei und der Wirtschaftspartei vor, den § 49 zu streichen. Und ein Antrag Dr. Fischer, diese Bestimmung in eine Kann-Vorschrift zu verwandeln und sachlich einzuschränken.

In der langen und heftigen Aussprache wurden von den Vertretern der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei alle nur denkbaren sachlichen Gründe gegen die Möglichkeit der

Wo überhaupt in dem ganzen Seehandlungsgeschäft der Barmats auch nur der Schatten eines kriminellen Betruges von der Staatsanwaltschaft und dem Untersuchungsrichter gesehen wurde, ist nach den gestrigen Ergebnissen völlig schleiherhaft. Gerade in den Punkten, wo man etwa ein betrügerisches Zusammenspiel Barmats mit Hellwig hätte vermuten können, zogen die übrigen Direktoriumsmitglieder ihre Auslagen völlig zurück und stimmten den Darlegungen Hellwigs zu.

Im Falle Kautister erfährt man nichts Neues. Auch der Zeuge Hellwig bestätigte, daß Kautister

mit einem Empfehlungsschreiben des Oberkommandos der Baltikamer, gez. Graf v. d. Goltz, gekommen sei.

Möglicherweise habe es sich auch um eine von dieser Stelle ausgestellte Grenzübergangserlaubnis gehandelt, wobei die Kautister die weitgehendsten Vergünstigungen und sogar das Recht zum Tragen von Schusswaffen (!) eingeräumt wurden.

Zu Anfang der Sitzung gab es einen Zwischenfall, der zwar baldige Aufklärung fand, aber nach einer Seite hin bezeichnend ist. Der deutschnationale Abg. Deereberg hielt dem Zeugen, Staatssekretär Weigner, vor dessen Verteidigung die Abschrift einer Notiz aus den Akten der Staatsanwaltschaft vor. Barmat hat in seinen Privatakten hinter einem Ausgabeposten von 1000 M. den Vermerk „Diner Weigner“ gemacht. Weigner erklärt unter seinem Eid, von der Sache nichts zu wissen. Damit ist der Zwischenfall erledigt. Es bleibt nur die immer wieder auffällige Tatsache, daß es offenbar

einen geheimen Verbindungskanal zwischen den Akten der Staatsanwaltschaft und den deutschnationalen Ausschussmitgliedern

gibt. Denn es ist nicht das erstmal, daß diese Herren eine merkwürdig intime Kenntnis der staatsanwaltschaftlichen Akten verraten.

Nach der Bestätigung durch den Zeugen Geheimrat Hellwig ist kein Zweifel darüber mehr möglich, daß Kautister tatsächlich von dem General von der Goltz weitgehend empfohlen und daß ihm erst dadurch ermöglicht wurde, nach Deutschland zu kommen und seine Geschäfte zu betreiben. Es ist nunmehr auch festgestellt, um welchen Goltz es sich handelt. Der Goltz des Luftfahrers-Dantes, Freiherr von der Goltz, General der Infanterie a. D., hat uns in der Form einer Bezeichnung die Mitteilung zugehen lassen, daß er bei dieser Empfehlung jedenfalls nicht in Frage komme. Das können wir jetzt bestätigen, nachdem aus der Aussage Hellwigs hervorgeht, daß der Empfehler kein anderer als der Baltikamer-Goltz, der jetzige Vorsitzende der sogenannten Vaterländischen Verbände, sein kann.

Die „Kreuzzeitung“ findet es ganz harmlos, daß der General von der Goltz „ein nicht schlimmes Wort über Kautister“ (!) gesagt haben könnte. Hätte aber eine Unfeststehende Persönlichkeit „ein nicht schlimmes Wort über Kautister“ jemals gesagt, was hätten dann für Balkenüberschriften dieselbe „Kreuzzeitung“ geziert! Ein Vergleich zwischen Barmat-Empfehlungen und Kautister-Empfehlungen ist nach übereinstimmenden Ansichten aller einigermaßen objektiven Kenner der Kreditaffären absolet unzulässig. Daß dieser General obendrein die Dreistigkeit besessen hat, nachdem er selbst Kautister empfohlen hatte, im Namen der „Kreuzzeitung“ einen Antikorrupsionsauktus zu erlassen, erscheint der „Kreuzzeitung“ ebenfalls ganz harmlos. In antisemitischen Kreisen sagt man der jüdischen Rasse eine besondere Veranlagung zur Dreistigkeit nach. Uns scheint, daß Herr Kautister auf diesem Gebiete vom General von der Goltz und von der „Kreuzzeitung“ noch sehr viel zulehnen kann.

Besteuerung nach dem Verbrauch angeführt. Staatssekretär Dr. Pophl verteidigte die Regierungsvorlage. Daß die Besteuerung nach dem Verbrauch als Korrekturmaßnahme rechtlich und technisch durchführbar sei, hätten die Erfahrungen bei der praktischen Durchführung der Zweiten Steuernotverordnung erwiesen. Bei einem nicht übermäßigen Verbrauch — die Vorlage setze die Grenze von 8000 M. vor — läme eine Verbrauchsteuer überhaupt nicht in Frage. Aber wenn bei großem Verbrauch ein offenkundiges Mißverhältnis zwischen Einkommen und Verbrauch bestände, so könne die Besteuerung nach dem Verbrauch in Frage. Eine Milderung dieser Bestimmung könne der Staatssekretär nur dann anerkennen, wenn sie darauf hinausläufe, daß innerhalb der letzten drei Jahre aus nachweisbar versteuerten Einkommen gebildetes Vermögen verbraucht worden sei.

Eine von den Regierungsparteien abweichende Stellung nahm Abg. Horlacher (Bayer. Sp.) ein. Er trat für den Paragrafen ein. Wer sein Einkommen richtig versteuere, brauche sich vor dem Paragrafen nicht zu fürchten. Aber mer eine falsche Steuererklärung einreichte, wer behaupte, daß er kein Einkommen habe, dann aber auf großem Fuße in aufreißendem Luxus lebe, der könne durch diesen Paragrafen gefaßt werden.

Auch Abg. Dr. Gerke (Dnat.) stand der Besteuerung des Verbrauchs sympathisch gegenüber, wenn es sich tatsächlich um Schleber und Steuerhinterzieher handle. Aber es gäbe doch auch Fälle, die anders gelagert seien, wo tatsächlich Leute von ihrem richtig versteuerten Vermögen zehren. Deshalb empfahl er die Rücksicht des Paragrafen in eine Kann-Vorschrift zu verwandeln.

Auch Abg. Dr. Busch (3.) verteidigte die Regierungsvorlage. Die Besteuerung nach dem Verbrauch sei ein wichtiges Hilfsmittel, ohne diesen Paragrafen gebe es in vielen Fällen keine Besteuerung und keine Buchprüfung.

Abg. Dr. Hilsenberg wandte sich ebenfalls entschieden gegen den Versuch, diese Bestimmungen zu beseitigen. Die Gegner der Besteuerung nach dem Verbrauch seien diejenigen, die sonst die Notwendigkeit der Kapitalneubildung preisen. Hier aber preisen sie mit einemmal den volkswirtschaftlichen Nutzen der Verschwendung! Und wahrscheinlich würden sie bei der Körperschaftsteuer sich ebenso energisch für die Steuerfreiheit der stillen Reserven einsetzen. Die Spekulationsgewinne seien ja von ihnen bereits steuerfrei gemacht worden. Die Besteuerung nach dem Verbrauch sei eine Vorbeugungsmaßnahme

Nur unehrliche Steuerzahler haben Anlaß zum Widerstand.

Wer die Steuermoral heben wolle, müsse auch diese Bestimmung akzeptieren.

Der Versuch, durch eine überstürzte Abstimmung eine sachlich nicht gerechtfertigte Entscheidung herbeizuführen, scheiterte an dem Widerstand der Sozialdemokraten und Kommunisten. Immerhin muß nach der Stimmung, die in den Regierungsparteien herrschte, damit gerechnet werden, daß ihre Absicht, die nachhaltige Besteuerung der Schleber und Prasser zu verhindern, Erfolg haben wird. Denn auch hier leistet die Regierung nur geringen Widerstand.

Es wird deshalb die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, bei den Beratungen im Plenum des Reichstages alle zweckdienlichen Mittel anzuwenden, um diese Absichten zu verhindern. Diese Aufgabe ist um so dankbarer, weil sie Gelegenheit gibt, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß die Rechtsparteien nicht nur die Inflationsgewinnler vor der Vermögenszuwachssteuer bewahren wollen, sondern auch unehrliche Steuerzahler zu jäheln als ihre Aufgabe ansehen.

Miete und Wohnungsbau.

Reichsrechtliche Regelung der Hauszinssteuer.

Der Wohnungsausschuss des Reichstages nahm zu der Vorlage über den Finanzausgleich Stellung insofern die Vorlage auf das Wohnungswesen und die Mietsteuer übergriff. Es wurde folgender Beschluss gefaßt und der Finanzausschuss zum Beitritt hierzu erlucht.

Der 11. Ausschuss ersucht den Steueraussschuss bei Beschlussfassung über die einschlägigen Gesetze dafür Sorge zu tragen zu

1. daß unter entsprechender Begrenzung nach § 48 Ziffer 3 des Finanzausgleichsgesetzes durch reichsrechtliche Vorschriften auf drei Jahre ein Mindestsatz des Ertrags der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau und die Wohnraumerhaltung festgelegt wird. Der 11. Ausschuss hält vom Standpunkt der Wohnbauverbände aus einen Satz von 20 Proz. der Friedensmiete für den hierfür unbedingt erforderlichen Mindestsatz;

2. daß die Länder durch reichsrechtliche Vorschriften verpflichtet werden, einen Ausgleichsfonds zu möglichst gleichmäßiger Förderung der Wohnbautätigkeit zu schaffen und aus diesem Ausgleichsfonds einen bestimmten Prozentsatz zu einem Reichsausgleichsfonds abzuführen;

3. daß durch reichsrechtliche Vorschriften die Erhebung der Mietzinssteuer nicht nur von Gebäuden, sondern auch von Gebäudeteilen vorgeschrieben wird;

4. daß den Vermietern ein angemessener Satz der Betriebskosten, der Unterhaltungskosten, der Verwaltungskosten und der Verzinsung des Eigenkapitals zu belassen ist.

Ein sozialdemokratischer Antrag, auch die Gebäudeteile zur Hauszinssteuer heranzuziehen, also diese Steuer auch auf die Landwirtschaft auszuweiten, wurde von den Kommunisten und den Rechtsparteien abgelehnt.

Die Arbeitslosenfrage.

Bessere Unterstützung im besetzten Gebiet.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages beschloß sich am Dienstag mit dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf, der die Dauer der Erwerbslosenunterstützung im besetzten Gebiet über 26 Wochen hinaus verlängern will. Die Regierung lehnte diesen Antrag ab, da der unbegrenzte Bezug von Erwerbslosenunterstützung auf die Dauer nicht zu ertragen sei. Nach Ablehnung aller Anträge unserer Genossen wurde beschloffen, die Reichsregierung zu erluchen,

1. von ihren Befugnissen aus § 18 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge zugunsten der Arbeitslosen im besetzten Gebiet den notwendigen Gebrauch zu machen und insbesondere, soweit es die Lage des Arbeitsmarktes erfordere, die Dauer der Unterstützung über 6 Wochen hinaus bis auf ein Jahr zu verlängern;

2. für die vermehrte Zuzahlung öffentlicher Beiträge und Bereitstellung ausreichender Arbeitsstellen im besetzten Gebiet, die zur Aufnahme der ausgebildeten Erwerbslosen dienen können, nachdrücklich Sorge zu tragen;

3. im Zusammenwirken mit den Regierungen der beteiligten Länder sicherzustellen, daß die Gemeinden des besetzten Gebietes denjenigen ausgebildeten Arbeitslosen, die die Wohnortpflicht im Anspruch nehmen müssen, eine wirksame Fürsorge zuteil werden lassen.

Keine Naturalisation der Japaner in Amerika. Das Bundesgericht der Vereinigten Staaten hat entschieden, daß Japaner und andere Nationen nicht zur Naturalisation berechtigt sind, selbst wenn sie während des Weltkrieges im amerikanischen Heer gedient haben.

Gewerkschaftsbewegung

Der Zweck der Übung.

Das Verhalten der Berliner Verkehrsunternehmer.

Den Schlüssel für das Verhalten der Direktoren der Hochbahn, der Autobus- und der Straßenbahngesellschaften liefert ein Bericht der SS-Korrespondenz, die am lauteften einen Verkehrsstreit für die Pfingstfeiertage ausgerufen hat.

Die genannten Gesellschaften gebrauchen offenbar wieder einen Streit, und man muß es ihnen schon lassen, daß sie bisher nichts unversucht ließen, durch ihr Schindluderreiben mit dem Verkehrspersonal die Angestellten in den Streit hineinzutreiben. Denn:

„Es besteht, wie bekannt ist, der Wunsch, in Berlin einen einheitlichen Mindesttarif von 20 Pf. einzuführen, ein Verlangen, dem sich die Aufsichtsbehörden bisher energisch widersetzt haben.“

Hat man die Verkehrsbediensteten erst zum Streit gebracht, läßt man die ganze arbeitende Bevölkerung Berlins ein paar Tage das Laufen zur Arbeitsstätte lernen, läßt sich dann einen geringen Teil der Forderungen durch Schiedsspruch „aufzwingen“, um so die Aufsichtsbehörde klein zu bekommen, den „Wunsch“ auf den Pfingsttag empörten Publikum wird dann in der Presse bedeutet, daß die Tarifierhöhung lediglich auf die „underschämten“ Lohnforderungen des Personals zurückzuführen sei; dies sei der schuldige Teil. Die Monopolstellung der das Berliner Verkehrswesen beherrschenden Gesellschaften wird zu solchen Preissteigerungsaktionen in raffinierter Weise ausgenutzt, wobei die schlechtbezahlten Angestellten als Brechholz mißbraucht werden. Es ist fürwahr ein übles Spiel, das da getrieben wird.

Der Streikbeschuß der Omnibusangestellten und die benutzende Abstimmung der Hochbahner, die zum gleichen Beschuß führen wird, hat den Gewerberat Körner zur Einleitung unterirdischer Besprechungen mit der Hochbahndirektion veranlaßt, denen heute solche mit der Omnibusgesellschaft und den Vertretern des Personals folgen sollen, um eine Verständigung herbeizuführen. Da den Gesellschaften ein Einnahmeverlust während der Pfingstfeiertage als Mittel zum Zweck einer dauernden Preiserhöhung erscheint, ist nach ihrem ganzen bisherigen Verhalten mit wirklichem Entgegenkommen nicht zu rechnen. Deshalb wird schon jetzt in der Öffentlichkeit an das Verkehrspersonal appelliert, seine Ansprüche wesentlich zurückzuführen. Selbst dann wird der „Wunsch“ nach dem 20-Pf.-Mindesttarif nicht zurückgestellt.

Verammlung des Verkehrspersonals.

Das gesamte Personal der Groß-Berliner Verkehrsgesellschaften war gestern abend in einer Rieserversammlung im Saalbau „Friedrichshain“ versammelt. Nach einem einleitenden Referat, das Knobel vom Verkehrsband gab, worin er die Vorgänge bei den Tarifverhandlungen den Anwesenden noch einmal vor Augen führte, nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

„Die äußerst stark besuchte Versammlung der Berliner Verkehrsbediensteten, Straßenbahn, Hochbahn und Omnibus, hat mit Entschiedenheit Kenntnis genommen von der völlig ablehnenden bzw. verschleppenden Handlungsweise der Betriebsleitungen gegenüber den erhobenen Lohnforderungen. Die Versammelten erklären, diesem Verhalten nicht mehr länger untätig zusehen zu wollen; sie sind sich bewußt, daß auf Seite der Unternehmer nur brutaler Machtwill und rücksichtslose Ausbeutung Triebkraft des Handelns ist. Dem kann nur begegnet werden durch stärkste Machtausübung aller Arbeitnehmer. Die Versammelten geloben deshalb, durch regste Organisationsarbeit schnellstens etwa noch vorhandene Lücken in ihrer Kampffront zu schließen, um dadurch den Beweis zu erbringen, daß die Durchführung ihrer Forderungen von ihnen als eifernes Muth betrachtet wird. Die Organisationsleitungen werden beauftragt, noch einmal in kürzester Frist mit den Arbeitgebern eine Verständigung zu versuchen. Scheitert dieser Versuch wiederum an dem unverständlichen Verhalten der Betriebsleitungen, dann sehen sich die Arbeitnehmer gezwungen, auch vor dem letzten gewerkschaftlichen Mittel nicht zurückzuschrecken.“

Die Abstimmung der Omnibusangestellten.

Von 1376 Angestellten haben sich 1291 an der Abstimmung beteiligt. Von den übrigen Angestellten befindet sich ein Teil in Urlaub, ein anderer Teil ist erkrankt. Für Streik wurden 1034 Stimmen abgegeben, dagegen nur 139 Stimmen.

Eine Funktionärkonferenz, die der Versammlung vorausging und bei der der Verkehrsband, der Metallarbeiter- und der Maschinenwerband, der Verband der Maler und die christliche Eisenbahngewerkschaft vertreten waren, hatte diese Resolution zuvor einstimmig gutgeheißen.

Annahme des B.M.V.-Angestellten-Schiedsspruchs.

Den letzten Schiedsspruch für die Betriebe des Verbandes Berliner Metallindustrieller hatten die Angestellten abgelehnt. Um den dadurch entstandenen tariflosen Zustand zu beseitigen, waren die Angestelltenverbände an den B.M.V. herangetreten, eine neue tarifliche Gehaltsregelung mit ihnen zu treffen. Der B.M.V. lehnte dies ab und erschien auch nicht zu den Verhandlungen vor dem Schiedsgericht. Der abgelehnte Januar-Schiedsspruch wurde nun erneuert, mit der Maßgabe, daß ab 1. Mai eine allgemeine Gehaltserhöhung um 5 Proz. zu erfolgen hat.

Die Funktionärversammlung des M.V. Metallkartells stimmte gestern abend dem Schiedsspruch zu, nachdem Günther vom Sulab berichtet hatte. Der Redner ermahnte in seinem Schlusswort die Funktionäre, in ihren Verbänden dafür zu sorgen, daß eine gewerkschaftliche Demonstration gegen die Zollvorlage der Rechtsregierung veranstaltet würde.

Um die Beamtengehälter.

Die Regierung gegen eine Erhöhung.

Der Reichstag hat durch Entschliebung vom 4. April die Reichsregierung um Prüfung der Frage erlucht, ob und auf welcher Grundlage die Bezüge der Beamten erhöht werden können. Die Regierung hat jetzt dem Reichstag eine Denkschrift übermittelt, in der sie sich gegen eine Erhöhung der Beamtengehälter wendet. Die niedrigen Arbeitersöhne werden in der Denkschrift gegen die Arbeiter ausgespielt.

Die Gehälter seien insbesondere auch in den unteren Befoldungsgruppen sowohl ihrem tatsächlichen Betrage nach als auch gemessen an denen von 1913 ebenso hoch, zum Teil höher als die Bezüge der großen Masse der Arbeiter und Angestellten der Privatwirtschaft. Die jetzigen Gehälter gewährleisten der Beamtenschaft eine Lebenshaltung, die keineswegs unter der Lebenshaltung der übrigen Arbeitnehmerschaft liege.

Eine allgemeine Hebung des Gehalts- und Lohnniveaus würde bei der durch die heutige Wirtschaftslage gegebenen Beschränkung der Lohnquote nur zu Preissteigerungen führen, so daß die innere Kaufkraft der Gehälter und Löhne doch nicht erhöht würde, die Arbeitnehmer also trotz der Erhöhung der Nominalbezüge ihre Lebenshaltung nicht verbessern könnten.

Dagegen würde eine Erhöhung die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber dem Ausland weiter verringern. Die Gefahr von Betriebseinstellungen, d. h. Verringerung der Zahl der Arbeitsplätze, würde nähergerückt. Damit würde trotz der Erhöhung der Tariflöhne für Vollarbeiter unter Berücksichtigung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter das durchschnittliche Lohnniveau nicht erhöht, vielleich sogar herabgedrückt werden.

Wir finden hier alle die Gründe beisammen, die die Vereinigung der Arbeitgeberverbände gegen Lohn erhöhungen ins Treffen führte.

Würden lediglich die Beamtengehälter erhöht, müßten außerdem die Tarife bei der Reichsbahn erhöht werden und überdies auch die Steuern oder aber sonst mögliche und wirtschaftlich zweckmäßige Steuerermäßigungen müßten unterbleiben.

„Diese Tarif- und Steuererhöhungen würden sich in eine allgemeine Preissteigerung umsetzen oder es würde eine wegen der Beamtengehältererhöhung unterbleibende Steuerermäßigung eine Senkung der Preise verhindern.“ Eine Gehaltserhöhung würde also eine Belastung der breiten Masse der übrigen Arbeitnehmer darstellen, die sich in mindestens derselben Lage befindet wie die Beamtenschaft.

Nach allem glaubt die Reichsregierung die Verantwortung für eine Erhöhung der Beamtenbezüge im gegenwärtigen Augenblick nicht übernehmen zu können.

Wenn etwa der gegenwärtige Augenblick einen künftigen Augenblick erteilt, in dem die vielfach noch immer viel zu hochgekauften Preise auf das angemessene und erträgliche Maß herabgesetzt werden, was trotz aller möglichen Steuerermäßigungen nicht ohne weiteres geschehen wird, das deutet die Denkschrift nicht an.

Wie die Reichsregierung sich bei all ihren Gründen gegen eine Erhöhung der Beamtengehälter die Wirkungen ihrer Politik auf die breiten Massen der Arbeitnehmer denkt, davon ist in der Denkschrift auch nichts zu lesen.

Die Beamten der unteren Befoldungsgruppen werden von dieser Denkschrift wenig erbaut sein. Ob wenigstens der

leider immer noch nicht geringe schwarzweitere reaktionäre Teil der Beamenschaft von diesem Bescheid befriedigt ist, sei dahingestellt.

Achtung, Muldensteinträger und Fahrstuhlarbeiter!

Die Verhandlungen am 19. Mai über den Abschluß eines Akkordtarifvertrages für Muldensteinträger und Fahrstuhlarbeiter brachten nachstehendes Ergebnis, dem die beteiligten Organisationen zugestimmt haben. Die Preise betragen ab 27. Mai:

1. Für Muldensteinträger:	2. Für Fahrstuhlarbeiter:
im Keller 4,50 M.	im Keller 4,50 M.
• Erdgesch. . . . 5,25	• Erdgesch. . . . 5,25
• 1. Stod 6,00	• 1. u. 2. Stod 6,10
• 2. Stod 6,65	• 3. u. 4. Stod 7,10
• 3. Stod 10,20	• Dremmel . . . 1,80
• 4. Stod 11,70	
• Dremmel . . . 8.—	
	Zulage

3. Für Arbeiten an Sommerfahrstühlen: Beim Tragen im Keller und Erdgesch. werden dieselben Preise gezahlt wie für Muldensteinträger und Fahrstuhlarbeiter. Beim Fahren von der ersten Etage an werden 4 M. für 1000 Steine nebst dem dazu gehörenden Rörzel gezahlt. Im Dremmel bis zu einer Dremmelhöhe von 4 Meter werden 4,50 M. gezahlt, darüber hinaus wird für jede Rüstungshöhe eine Zulage von 50 Pf. für 1000 Steine gewährt.

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Berlin.
Berein der Akkordmurer Groß-Berlin.
Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Ortsgruppe Berlin.

Zur Aussperrung der Textilarbeiter Oesterreichs.

Wien, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Eine Vorstandskonferenz der österreichischen Gewerkschaften besaßte sich am Dienstag mit der Aussperrung der Textilarbeiter. Es wurde beschlossen, alle Vorkehrungen zur Durchführung des Kampfes zu treffen und die zur Unterstützung der Aussperrten nötigen Maßnahmen einer neuen Konferenz zu unterbreiten. Am Mittwoch vormittag wird eine erste Fühlungnahme mit dem Hauptverband der Industrie erfolgen.

Verhandlungen in der Sprachenfrage.

Genf, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In der Sprachenfrage wird vorläufig von der deutschen Delegation nichts unternommen werden, da zurzeit entsprechende Verhandlungen mit dem Arbeitsamt laufen, deren Resultat abgemartet wird. Der Arbeitsamt-Direktor hat vor einigen Tagen eine Denkschrift an das Arbeitsministerium überreicht, deren Inhalt geprüft wird. Ebenso hält man vorherige direkte Verhandlungen mit den spanisch sprechenden Staaten für notwendig, um ein Kompromiß zu finden, bevor man offiziell die Sprachenfrage aufwirft. Wie der Korrespondent des „Soz. Pressedienst“ in Genf von spanischer Seite erfährt, wird der spanisch sprechende Block an seiner Forderung, daß Spanisch Amtssprache werde, festhalten, solange Deutschland seine entsprechende Forderung aufrechterhält.

Die Baufirma Wollf Sommerfeld, Berlin B. 9, Schillingstraße 5, verlangt eine Verdrückung der Streiknotiz in unserer gestrigen Morgenausgabe, die mit der Spitzmarke: „Achtung, Zimmerer“ versehen war. In dieser Notiz war als Zweck des Streiks die Abwehr der Akkordarbeit angegeben. Hierzu gibt die Firma folgende Erklärung: „Durch unseren Zimmerpolier auf erwählter Baustelle wurde uns mitgeteilt, daß die Zimmerer geneigt seien, genau so, wie ihre Arbeitskollegen des Maurerhandwerks, bei noch festzuliegenden Sägen in Akkord zu arbeiten. Dieser Anregung folgen haben wir uns durch eine Bekanntmachung an die Zimmerer vom 19. Mai mit einer Akkordarbeit einverstanden erklärt.“

„Da der Zimmererverband die Akkordarbeit bekämpft, zogen die Zimmerleute ihre Akkordbereitschaft zurück, ließen jedoch erkennen, daß sie mit einem sogenannten verstellten Akkord, der ihnen einen gewissen Betrag über ihren Tagelohn garantierte, einverstanden seien. Dieses war naturgemäß unserer Firma, die an die Abmachungen ihres Verbandes mit dem der Zimmerer gebunden ist, nicht möglich.“

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: Arthur Lehmann; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Götze; Kunst: Dr. John Schimmler; Politik und Sonstiges: Fritz Karstadt; Anzeigen: H. Giese; Sonstiges in Berlin: Verlag: Fortwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Fortwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Witz“.

Musikanträge

übergibt man nur dem Ratweiss des Deutschen Musiker-Verbandes Berlin O 27, Hindenburgstr. 21 (Königsplatz 4310). Geschloßelt 9-5, Sonntag 10-2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

Große Kaffee Reklame

während 4 Tage von heute bis Sonnabend d. 30. Mai

Reichelt's Kaffee „Spezial“ 4,60 jetzt **4,20**

Reichelt's Kaffee „Exquisit“ 4,20 jetzt **3,80**

Reichelt's Kaffee „Hochfein“ 3,40 jetzt **3,00**

Reichelt's Kaffee „Extrafein“ 2,80 jetzt **2,40**

Reichelt

die Firma der guten Qualitäten

bei billigen Preisen

Kaffee-Groß-Rösterei
146 Geschäfte



Wilhelm Bölsche
Erwanderte deutsche Geologie
Die Sächsische Schweiz
Ein vorbildlicher Führer
durch die Schönheiten und
Geheimnisse der Natur
Reich illustriert
Ganzleinen 2,50 Mark
Zu beziehen durch
J. H. W. Dieß Nachfolger G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstr. 2



ATA
HENKELS'S HEUERPUWER
Die ein Gebild aus Himmelshöhn
Ist hier der blanke Mond zu sehn.
Der ATA-Engel lacht dabei:
Mit ATA wird er stets wie neu!
ATA putzt und reinigt alles!



Das kindliche Spiel- und Betätigungsbedürfnis ist außerordentlich lebhaft und reichhaltig. Jeder, der für die Jugend Herz und Verstand hat, wird deshalb versuchen, diesen Trieben gesunde Bahnen zu weisen. Davon zeugen weite Spielflächen in allen Stadtbezirken, Buddelplätze in den Hainen und schließlich auch die Gärten, die für Schülerinnen und Schüler zu praktischer Arbeit bereitgestellt sind. Wer heute aus dem Innern der Riesenstadt hinausgeht in die Außenbezirke nach Neukölln, nach Stralau, nach Weißensee, oder wo es sonst sei, der wird seine Augen bald über weite Gebiete schweifen lassen, die nicht zu Schrebergärten abgeteilt sind, sondern in denen fleißige Kinderhände schaffen und ordnen.

Die Frühjahrsarbeit.

Nachdem jetzt der Frühling mit aller Energie seinen Einzug ins Land gehalten hat, gilt es aber auch feste zu arbeiten, um alles wieder zu ordnen und ins richtige Gleise zu schieben. Lehrer und Lehrerinnen haben sich mit einer größeren Schar Kinder vereinigt, damit hier einmal in den Sommermonaten praktischer Arbeitsunterricht in vielseitigster Gestalt geleistet werden kann. Vor allem gilt es erst einmal, das gesamte Gelände von Steinen und Gerümpel zu säubern. Dann werden die Beete verteilt, und die Arbeit kann beginnen. Sachgemäße Anleitung zeigt den Kindern bald, wie sie es anzupacken haben; wie der Boden vorbereitet und durchgearbeitet wird, wie gesät und gepflanzt werden muß, damit auch alles gut wächst und gedeiht. Wenn diese erste, schwierige Arbeit erledigt ist, tritt ein Moment der Ruhe ein. Jedoch je mehr die Zeit vorwärts schreitet, desto mehr muß nun auch das kleine Werden gepflegt werden. Und Freude in der vielseitigsten Form kann man nun beobachten, wenn sich aus dem Boden immer mehr und kräftiger die Frucht der eifrigen Arbeit heraus entwickelt. Das gibt einen Jubel, wenn sich die Radieschen vorzüglich gestalten, und auch Erbsen, Bohnen, Mohrrüben und Gemüsepflanzen der verschiedensten Arten im Wachstum nicht auf sich warten lassen. Kein Ende aber nimmt später die Arbeit, wenn die Sonne heiß vom Himmel brennt, und Blumen und Pflanzen die Blätter hängen lassen. Dann wird eifrig für Wasser gesorgt, das Unkraut ausgejätet und gehackt und gepflegt. Der jugendliche Geist und auch die jugendlichen Hände finden hierbei immer neue Betätigungsmöglichkeiten. Und auch die Lehrkräfte haben viel zu tun, um den Wissensdurst der vielen Trager zu befriedigen.

Pädagogische Werte.

Nach außen merkt man natürlich von dem Wert dieser Arbeit nicht allzu viel. Auch in den Akten des Jugendamts figuriert die Arbeit nur unter dem prosaischen Titel „Gartenbauische Betätigung“.

Hier wird registriert, wieviel Quadratmeter das Feld umfaßt, und wieviel Miete zu zahlen ist. Sorgenfalten bilden sich oft auf der Stirn des Bearbeiters, weil hier scheinbar für unproduktive Werte viel Geld verschleudert wird. Dennoch verzeichnet das Aktenstück auch weiterhin, daß die 227. Schule 15 Spaten und 18 Hacken erhielt und die 30. Schule immer noch nicht für die Rückgabe von 10 Hacken gesorgt hat. Das sind doch wenigstens einige Werte, die uns auch aus den Akten entgegenleuchten. Und befriedigt glättet sich die Stirn des Materialisten im Bewußtsein dessen, was „vorhanden“ ist. Den Menschenfreund aber interessiert anderes. Er läßt Akten Akten sein und wandert hinaus aufs Feld, um zu beobachten, wie sich das kindliche Verständnis entwickelt und gestaltet. Er registriert mit Befriedigung, wie die kleinen Gartenarbeiter und -arbeiterinnen das Wachstum beobachten und einen Einblick gewinnen in das Werden der Natur. Ergänzende Fragen beleben das Bild. Auch werden verständige und kluge Lehrerinnen und



Lehrer hier aus sich heraus oft die Gelegenheit ergreifen, um durch Hinweis und Erläuterung den naturkundlichen Unterricht in der Schule zu fördern und zu ergänzen. Manche Lehrer kann man schon während der Vormittagsstunden auf dem Gartengelände antreffen, nicht nur um zu körperlicher Arbeit anzuhalten, sondern auch um Wissen und Erkenntnis zu vermitteln. Und noch ein anderes wertvolles Moment ergibt sich aus dieser Arbeit. Das Zusammensein auf dem Felde und die Form der Arbeit ist oft diktiert

von der Notwendigkeit, daß alle gemeinsam zupacken müssen, damit freiere Ausdehnungsmöglichkeit geschaffen wird. Da werden Stein- zusammengetragen, die Wege vom Unkraut gesäubert und fein sauber gehalten. Bei der Lortontrolle wird achtgegeben, daß kein müßiger Zuschauer, der das urwüchsige Leben und Treiben stören könnte, Zutritt erhält, und auch sonst ist oft ein Teil der Verwaltung in die Hände der Kinder gelegt, die so teilhaben an der Verantwortung für das Feld und sich auch vor allen Dingen verpflichtet fühlen zur Teilnahme an der Verantwortung. Das stärkt die Bande unter allen, die mithelfen dürfen am Werke. Der Geist der Zeit ist heute allzustart auf das rein Persönliche oder gar Egoistische eingestellt. Auch die Jugend kann sich dem natürlich nicht entziehen. Und so werden gerade auch in dieser Beschäftigung vorreffliche Grundlagen gelegt, die jenem Geist entgegenzuwirken vermögen und Grundlinien praktischer und notwendiger Gemeinschaftsarbeit festlegen.

Vom praktischen Nutzen.

Aber mit dem Ideellen allein kann man leider keine Werten gewinnen, und so fragt denn heute schnell so nebenher auch nach dem praktischen Nutzen. Zweierlei ist da festzustellen. Es ist schon des öfteren auf die großen Mängel der Erholungsstätte hingewiesen. Es ist betont, daß heute noch allzuviel Elend unter der Großstadtsjugend herrscht, und alles bisher lange nicht ausreicht, um dem kümmerlichen Leben in den Proletariervierteln eine bessere Wendung zu geben. Durch Sondereinschichtung und Wanderungen durch Beschäftigung auf Innen- und Außenspielplätzen wird mancherlei geleistet, aber immer noch längst nicht genug. Da wird auch die Arbeit in den Schulgärten zu einer wichtigen Ergänzung der Gesundheitspflege in der Jugendpflege. Es ist eine Freude, zu sehen, wie bei der Arbeit im Sonnenschein und in frischer Luft sich die kleinen Gestalten strahlen und die bleichen Gesichter röten. Die Gärten gewöhnlich ein wenig abseits des großstädtischen Verkehrs angelegt sind, ist hier nichts von Straßenstaub und Großstadtlärm zu spüren. Die verlebendeten kleinen Körper können sich somit in aller Freiheit erholen. Andererseits aber gibt die Ernte im Spätsommer und Herbst noch ein besonderes Plus für den praktischen Nutzen der Gartenarbeit in den Schulgärten. Wenngleich hier selbstverständlich eine Massenernte nicht erfolgen kann, so ergibt sich doch immerhin bei guter Pflege und unter günstigen Witterungsverhältnissen eine Frucht der Arbeit, die Mutters Kochtopf hin und wieder ein wenig füllt. Besonders erfreulich aber ist, was sich im Zusammenhang mit der Ernte im kindlichen Innenleben gestaltet. Stolz erfüllt jedes Kinderherz, wenn hier das Ergebnis der eigenen Arbeit gute Früchte trägt, und für die Entwicklung innerer Lebensfreude ist das natürlich ein nicht zu verachtender Faktor. Ergänzend möge noch festgelegt sein, daß die in den Schulgärten tätigen Kinder auf längere Zeit den Gefahren der Straße entzogen sind. Die in den Schulgärten beeinflusste innere Entwicklung des jungen Menschentums ist oft derart stark, daß auch für die Zukunft eine gesunde Entwicklung vorausgesetzt werden kann.

So ergibt die Tätigkeit in den Gärten der Jugend wichtige Momente, die für die kommende Entwicklung der jungen Generationen Bedeutung erlangen können, und kein guter Kommunalpolitiker und Pädagoge sollte sich derartigen Wertobjekten verschließen. Leider stehen auch hierfür immer noch allzu wenig Mittel zur Verfügung. Im Etat der einzelnen Bezirke findet man diese Position gewöhnlich nicht verzeichnet. Alles muß mit Mühe aus sich heraus bewirtschaftet und ausgebaut werden. Ist es doch beschämend, daß bisher im Berliner Osten von 35 000 Schulkindern nur etwa 1200 für diese Arbeit herangezogen werden konnten, zumeist, weil nicht genügend Mittel bereitgestellt sind. Allen in der Kommune Tätigen erwachsen hier große Aufgaben die zu erledigen schon der nächsten Zukunft vorbehalten ist.

Keine alkoholischen Getränke vor dem Baden. Das Polizeipräsidium gibt bekannt: Gelegentlich der Eröffnung des Freibades Wannsee, das die Erlaubnis zum Bierauschank erhalten hat, wird davor gewarnt, vor dem Bade alkoholische Getränke zu sich zu nehmen, da hierdurch leicht Gesundheits-schädigungen erster Art, insbesondere des Herzens und der Blutgefäße bis zum plötzlichen Todesfall, entstehen können. Es sei ferner darauf hingewiesen, daß man kalte See- und Flußbäder niemals mit vollem Magen nehmen sollte.

Schnod.

Ein Roman von See und Sümpfen.
Von Svend Fleuron.

(Aus dem Dänischen von Thyra Jakslein-Dohrenburg.)

Nach den glücklichen Flitterwochen löste sie immer sehr pfühlich die Beziehungen und zog sich in eine der geräumigsten von den vielen dunklen und tiefen Kellerwohnungen draußen im steinernen Riff zurück. Hier sah sie den ganzen Winter über und wartete, daß die Sonne und die weißen Wasserlilien ihr die kleinen Kinder brächten.

Und sie kamen auch!
Aus den Eiern, die sich zu Dutzenden an den Schwanzfächer geheselt hatten, krochen im folgenden Sommer haufenweise die kleinen Geschöpfe, die von Geburt an winzige Klauen, winzige Stirnschilder und winzige Hörner besaßen und alle ein getreues Abbild von ihm, dem Schildkröten, waren. Mit der einen Klaue sich fest an die wenig entwickelten Schwanzklauen der Krebsemutter anklammernd, gingen sie wie an einem Hängel, während sie sich mit der anderen soviel wie möglich gegenseitig bekriegten.

Eine kleine Welt von Bösartigkeit, kannibalischer Grausamkeit und gutem und gesundem Egoismus schlüpfte das alte Ungeheuer hier mit sich herum, und sie beschützte sie — das muß zu ihrem Lobe gesagt werden — gegen Gewalt und Schleichheit der Außenwelt, indem sie, bei jeder sich bietenden Gelegenheit, ihren Körper vorschob.

Selb willenslos und unbewußt erhielt sie im übrigen die Dungen am Leben —

So oft sie nach Nahrung verlangte und sie das Fressen unter ihrem Bauch in sich hineinschob, bekamen die kleinen Krebskinder einen Bissen ab. In solchen Augenblicken ließen sie sich gegenseitig fahren, langten mit der freien Klaue aus und steckten eiligst das Dargereichte ins Maul.

Kneif hatte an einem der äußersten „Hängel“ gehangen . . . und in jener Nacht, als seine Mutter in eine Krebsfalle ging, war er mit dabei. Er ließ den Hängel fahren, um mit beiden Klauen herzhafst soviel wie möglich in sich hineinzustopfen, und er erreichte es somit auch, fabelhaft satt zu werden — als aber dann die Falle plötzlich heraufgezogen wurde, gelang es ihm nicht, sich rechtzeitig wieder anzuklammern, das Wasser sog ihn an sich und spülte ihn durch das großmächtige Fangnetz wieder heraus.

Dadurch ging er allerdings des Schutzes verlustig, der ihm den Befehl der Natur zufolge noch einige Zeit hindurch unter dem Schwanzfächer seiner dicken Mutter, in gegebenen Fällen, zutun . . . aber das Schicksal war ihm dennoch hold gesonnen. Während die alte Frau Kneif, rotgesotten wie ein Hummer und mit grünem Salat am Schwanz geziert, vor Abend noch sich auf der Platte krümmte, sprudelte alle Herrlichkeit des Lebens um ihren kleinen Kneifsohn. Und er ging mit gierigen Zähnen und lechzendem Schwanz auf sie los — nicht umsonst war ihm die Kunst in die Wiege mitgegeben worden, „Krebsgang zu gehen“!

Drei Winter hatte er bereits hinter sich, und daher war er nicht jeglicher Lebenserfahrungen bar. . . .

Es war ihm gelungen, über das Alter hinwegzukommen, wo durch sein schnelles Wachsen nach wenigen Wochen immer wieder seine Radkärmel und Hosenbeine zu kurz wurden, ebenso wie er etwa ein Duzend jener fürchterlichen „Verwandlungen“ erlitten hatte. Es waren furchtbare Erlebnisse, gerabezu schwere Krankheiten, die sowohl Schweiß wie auch Qualen verursachten . . . noch hatte er deutlich die letzte in Erinnerung:

Ihm wurde plötzlich so unruhig zu Sinn, nicht einmal in seinem Loch konnte er Ruhe finden. Und es ging allen anderen genau wie ihm: in der Krebsstadt, die sich über das ganze Steinriff erstreckte, ergriff die gleiche Unruhe von den Bewohnern Besitz. Keiner von ihnen wagte sich nach Sonnenuntergang noch hervor; man hielt sich in seinen vier Wänden — und nun begann die Sucht, einem unwiderrstehlichen Drange folgend, sich zu reiben und zu scheuern. Unmöglich, diesem Drange sich zu widerlegen; man mußte ihm die Fügel schießen lassen und nach einem gewissen System vorgehen!

Das „System“ wurde mit einigen wilden Arm- und Beinbewegungen eingeleitet: auf den Vorderfuß und die gewaltigen Klauen sich stützend, hob man den Hinterkörper empor und spreizte den Schwanz — und nun bearbeitete man mit aller Wucht seine Schenkel und Glieder und Gelenke, bis es gelungen war, ein Loch in die alte, panzerstarre Haut zu schlagen und sie der Länge nach zu spalten.

Die Verwandlung nahm Tage in Anspruch, man mußte zwischendurch schlafen und sich häufig ausruhen — Nahrung gab es nicht in dieser Zeit!

Aber mitten im Schlafe fuhr man hoch: Es war einem keine Ruhe vergönnt aus Angst, in dem alten Panzer stecken zu bleiben und somit zu verhungern; man mußte weiter schaffen und zusehen, sobald wie möglich über den höchst unangenehmen Hautwechsel hinwegzukommen.

Kneif, der allen Mut und die Eilfertigkeit der Jugend besaß, war am eifrigsten bei der Sache. Schnell entledigte er sich der Panzerhäute an den Beinen. Nun strebte er aufs Beste, aus dem beengenden Harnisch herauszukommen, warf sich auf den Rücken herum und schmeuerte sich auf dem Steinboden hin und her.

Schon ist das Panzerhemd vom Hosensbund getrennt, er kann es vom Körper ziehen — und er stimmt dessen steife Ränder gegen einen Stein, während er sich rückwärts aus der alten Krebschülle herauszieht. Erst befreit er vorsichtig die beiden gestielten Augen, jetzt folgen die Fühlhörner nach und nun die großen Scheren — uh, es tut arg weh, er zappelt und schüttelt sich, der Angstschweiß bricht hervor. Die Kralle aus der Hülle geht ihm dennoch allzu rasch, gesetzt den Fall, ein Glied ist knochig oder ein Knochen leistet Widerstand, so muß es brechen, das weiß er nur allzu gut — dergleichen gehört mit zum Krebsystem!

Glücklich war die Zeit nun wieder überstanden, er fühlte sich stärker und freier denn je zuvor. Heute abend wollte er räubern und das Leben aus der Beute zwacken . . . heute abend wollte er sich gehörig fettessen!

Das Dunkel fiel dichter. . . . Die düsteren Schlagflächen hüllten bereits die Ufer in schwarze Finsternis ein — und draußen über der Tiefe, wo es bis jetzt in Vertikalmittschimmer geplänzt, stoh nun graues Blei. Nicht ein Wasserrosenblatt war auf dem Wasserpiegel zu entdecken, nicht einen Stengel vermochte man zu unterscheiden.

Unten auf dem weichen Grunde unter etnem fauligen, runzeligen Holzstückchen sah eine Leichmuschel, mit halbgeöffneten Schalen gähnd; da sie merkte, wie die runden Fühlhörner des Krebses tastend um ihren Fuß strichen, war sie gewarnt, daß ein Feind sich nahe. Sie hatte bereits ihr breites Schalenmaul fast zugeklappert, als Kneif im letzten Augenblick die Spitze seiner einen breiten Zange wie einen Absatz in der Tür dazwischenstemmte. Die Muschel arbeitete wie eine Rasende und strengte ihre Schließmuskeln an, daß es in den Schalen knackte . . . es sprangen förmliche Spitter ab bei ihren Anstrengungen, den glasharten Panzer der Scherenklaue zu zerbrechen.

Wie versteinert liegt Kneif vor seinem Opfer und läßt die Muschel matt werden, während er die Gelegenheit wahrnimmt, um den gefühllosen Keil tiefer und tiefer einzutreiben. Er besitzt eine Engelsgebild und weiß, es gilt nur abzumarten.

(Fortsetzung folgt)

10)

Rein Hüfung.

Uns Deutschen hat man ja Ergeffe der Humanität mit einigem Erfolg abzugewöhnen verstanden. Wir hatten es lieber mit jener parteipetralen Sentimentalität, die gegebenenfalls brutal bis zur Biehfchheit sein kann. Je nach Bedarf. Das kaiserliche Deutschland hatte bekanntlich für entmannende humane Regungen sehr wenig übrig. Wilhelm, der Allerletzte — propagierte die Zerschmetterungstheorie und das erbauende Soldatengebete: „Ihr sollt sein, wie die Hunnen. . . .“ Und seine dienstfertigen Funktionäre handelten auch danach.

Die „Badekur“ des großen Bettmattenmörders gab unseren Leuten ebenfalls kein weltbürgerlicheres Gefühl. Pflichtgemäßes Knochenerschlagen (Deufje: „Du sollst deinen Nächsten lieben, wie dich selbst. . .“) erzieht auch nicht zum „Defaitisten“. Oder doch. . .? Gestern am Spätabend kam ich auf dem Rachhauseweg durch eine düstere enge Gasse des Nordostens. Links weite sich die Straße, dort lag ein wenig abseits, aber seltsam verschmolzen im Strome der Freudlosigkeit, ein verwitterter alter Friedhof, die Kreuze stiegen in bekenntnender Eintönigkeit über die Böschung, wie anklagende Menschen, die abgekehrten Hände zum Nachthimmel geredt. Von solcher Atmosphäre wird man irgendwie gepackt, mag man die feilschen Unpäßlichkeiten mit noch so beherrschter Vernunftenergie zu überwinden suchen. Die Straße war menschenleer. Plötzlich ertönen Rufe, Klagen, fast wie erschüttert. . . . Eine Gestalt huscht an mir vorüber. Eine andere humpelt mühsam und unablässig rufend hinter ihr drein. Der andere verschwindet im Dunkel, der leuchtende Alte hat mich erreicht. Ein todmüder, unfähig heruntergekommener Mann, wilde Bartstoppeln im Gesicht, die Stimme drüchig vor Hunger und innerer Verwüstung. Er kommt dicht an mich heran und dämpft seine Stimme zum Flüsteren. „Wissen Sie, wir haben nämlich keine Schlafstelle, da wohnt ich hier über die Mauer auf den Friedhof, aber er“ (und seine zitterige Hand deutete in imaginäre Welten) „will nicht. Er schämt sich. Die Leichen. Von grübelt. Ach, Angst hat er. Hören Sie,“ die Stimme des Alten schärft sich, schwere Bitterkeit lag in ihr. „Vor den Toten braucht man keine Angst zu haben. Die tun einem nichts. Aber die Lebenden, die sind gefährlich.“

Nachher sah ich auch den anderen, der sich vor den Toten genierte. Er stand an der Ecke und wartete. Zaghaft, als kämpfte er mit sich. Dort lag der Friedhof. Er war so müde, der Freund aber winkte. Ich weiß nicht, was er getan hat. Aber ich habe die Nacht sehr schlecht geschlafen.

Nachdenkliches zu einem „Raub“-Prozess.

Statt 6 Jahre Zuchthaus — 1 Jahr 9 Monate Gefängnis.

Rechtssprechen ist oft nur eine Ansichtssache! Die einzelnen Meinungen gehen im Beratungszimmer sehr auseinander. Welche entscheidenden Folgen dies für die Angeklagten haben kann, zeigte eine Verhandlung im Kriminalgericht Noabit. Die Tat ist, am Grabmal unserer Zeit gemessen, keine besonders aufregende und mit einigen Worten erzählt.

Ein Mädchen, das Günst und Liebe nach Geld wertet, fühlt sich pekuniär benachteiligt. Es kommt zum Streit mit dem „Kassier“, die Meinungsverschiedenheiten sehen sich bis auf die Straße fort. Zufällig kommt der „Bräutigam“ jener Heldin mit einem Freunde vorüber. Kaum haben die Beiden die Ursache des Streites erfahren, führen sie sich sofort auf den „faulen Zähler“, verprügeln ihn fürchterlich und stechen ihm die Uhr. In und für sich also eine recht schmutzige Angelegenheit, die wirklich keinerlei Mitleid mit den Burschen aufkommen läßt. Lehrreich aber die Ansicht des Staatsanwalts und die Auffassung des Gerichts. Für den Angeklagten liegt nach seiner Heberzeugung — Strafenraub vor. Das Geschwund lennt hierfür als Mindeststrafe — fünf Jahre Zuchthaus —, Zubilligung mildernder Umstände ist ausgeschlossen. Der Antrag lautet auf je sechs Jahre Zuchthaus für die Angeklagten. Die Verteidigung vertrat dagegen den Standpunkt, daß sich die Täter, die angetrunken waren, nur eines Diebstahls gelegentlich einer Schlägerei schuldig gemacht hätten. Das Gericht kommt zu derselben Heberzeugung und erkennt statt der hohen Zuchthausstrafe auf je ein Jahr neun Monate Gefängnis. Die Zeit nach dem Antrage des Staatsanwalts, den Ausführungen der Verteidigung bis zur Urteilsverkündung mögen wahre Höllequalen für die Täter gewesen sein. Fast steht jedenfalls, daß das Strafgeschwund hier eine grausame Härte ausübt, die nicht im Sinne einer ausgleichenden Rechtspflege liegt. Man bedenke, daß die Höchststrafe für einfachen Diebstahl fünf Jahre Gefängnis beträgt! Bei Zubilligung mildernder Umstände ist der Mindestjah (vom Geldstrafgesetz ganz abgesehen) sogar nur ein Tag Gefängnis! Es ergibt sich also der durchaus denkbare Fall, daß ein Täter bei einem gewöhnlichen Diebstahl eine ungeheure Summe Geldes entwenden und dafür mit einer Gefängnisstrafe im Höchstfall von fünf Jahren bestraft werden kann. Und ist ein sogenannter schwerer Diebstahl begangen, so ist selbst bei Verlegung mildernder Umstände die Mindeststrafe nur ein Jahr Zuchthaus! — Ein Strafenräuber, der auch nur ein paar Pfennige erbeutet, muß im günstigsten Falle fünf Jahre Zuchthaus erhalten. Es soll nicht verkannt werden, daß bei einem Raube, der immer Heberlegung und Gewaltanwendung voraussetzt, die moralischen Hemmungen größer sein müßten, als bei einem einfachen Diebstahl.

Bei der Unbiegbarkeit des Paragraphen, der den Strafenraub behandelt, liegt zweifellos eine Härte vor. Wehe, wenn in solchem Falle die Meinungen des Staatsanwalts und des Gerichts einmal übereinstimmen! Fünf Jahre Zuchthaus sind dann sicher, auch dem bisher Unbescholtenen! — Ob sie zur Reue und Besserung beitragen? Wohl kaum!

Ein teurer Abschiedsschoppen.

Ein Fall von sogen. „Bauernfänger“ beschäftigte das Schöffengericht „Berlin-Mitte“. Daß dieses dunkle Geschäft hier in der Großstadt mit seinem regen Fremdenverkehr ein ganz einträgliches ist, ist ja allgemein bekannt. Weniger bekannt ist aber, daß nicht nur „Brotwinzler“ und zumwandernde Landarbeiter zu den Opfern zählen, sondern auch Leute, die schon längere Zeit in Berlin sind und hier in Arbeit stehen. Der folgende Fall möge daher zur Warnung dienen. Zwei Bauarbeiter waren an einem Sonntagabend auf ihrer Baustelle entlassen worden. Sie tranken mit noch zwei anderen Arbeitskollegen in einem Lokal in der Breslauer Straße einige Abschiedsschoppen. Im Laufe des dabei geführten Gesprächs gestellte sich ein Fremder hinzu, der wahrscheinlich aus der Unterhaltung erfuhr, daß die beiden Arbeiter entlassen waren und somit ihren Wochenlohn nebst Papieren bei sich hatten. Es gelang ihm schließlich, sie zu überreden, mit ihm ein Lokal in der Langen Straße aufzusuchen, um noch zusammen einen „Bierlohn“ auszuliefern. Als sie nun Karten spielten und dabei natürlich nichts gewannen, trat an ihren Tisch ein zweiter Fremder, der stellungslöse Kellner L., der den ersten Unbekannten durch Händedruck begrüßte. Im weite-

ren Verlauf des Spieles gingen die beiden mit einem der Arbeiter nach dem dunklen Hof hinaus. Hier merkte dieser plötzlich, wie ihm aus der Brusttasche etwas herausgezogen wurde und ging deshalb sogleich ins Lokal zurück. Er stellte nun fest, daß ihm seine Brieftasche fehlte, desgleichen auch seinem Kollegen, der am Tisch sitzen geblieben war. Sie verließen scheinbar das Lokal, um die freundlichen Spiegelgehärdten feststellen zu lassen. Inzwischen war der eine verschwunden. Nur der Kellner L. konnte in einem benachbarten Lokal verhaftet werden. In seiner Tasche fand man ein Spiel Karten, das ihm der Geflüchtete wahrscheinlich zugesteckt hatte und das die beiden Ausgeländerten auch als das zum Spielen benutzte wiederzuerkennen glaubten. Der Angeklagte L., der schon öfter vorbestraft ist, gab vor Gericht an, den andern Betrüger nicht zu kennen und an der Sache unbeteiligt zu sein. Durch die unglücklichen Aussagen der ihres Wochenlohnes und ihrer Papiere Beraubten war es dem Gericht nicht möglich, die Schuld des Angeklagten einwandfrei festzustellen. Trotzdem es von dem Zusammenarbeiten des Kellners L. mit dem Unbekannten überzeugt war, mußte es den Angeklagten wegen Mangel an Beweisen freisprechen. Der Angeklagte verließ erhaben den Hof, die Anklagebank, nicht ohne einen höhnischen Blick auf die Geprickten zu werfen.

Ein Dampyr der Krankenversicherung.

Bei 25 Ärzten in Behandlung als „Grippekranker“.

Fast täglich geben die Gerichtsverhandlungen ein beredtes Zeugnis davon, wie Betrüger und Fälscher das Volkvermögen in unverantwortlicher Weise schädigen. So stand ein erst zwanzigjähriger Buchhalter Josef Baluschek vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter der Anklage des vorsätzlichen Betruges und der schweren Urkundenfälschung. Der junge Mann verschaffte sich Geldmittel, indem er die Berliner Allgemeine Ortskrankenkasse monatlang mit einem neuartigen und raffinierten Trick betrog. Allerdings wurden seine „ernsten“ Studien schließlich durch die Festnahme unterbrochen und die genannte Kasse, welche bereits um 5000 Mark geschädigt war, blieb nun nur weiteren Verlusten bewahrt.

Der Angeklagte hatte einige Kenntnisse in dem Krankenkassen- und Sozialversicherungswesen. Daher war es ihm möglich, als „Arbeitgeber“ Versicherungspflichtige bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse anzumelden. Zwar stellten sich die Namen schließlich als fingiert heraus, die Ersuchen der Kassen um Beiträge kamen als unbefristet zurück, aber der Betrüger hatte die Zeit bereits ausgenutzt. Immer wieder meldete er sich unter einem der von ihm angegebenen Namen eines Arbeitnehmers und ließ sich einen Krankenchein geben. Mit diesem trat er dann als „Grippekranker“ auf, ließ sich bei 24 verschiedenen Ärzten jedesmal unter anderem Namen behandeln und wurde meist auch krank geschrieben. In einigen Fällen maß der getäuschte Arzt 20 Grad Fieber und verordnete Arznei und unbedingte Bettruhe. Der „Kranke“ richtete sich recht wenig nach der ärztlichen Anordnung, er mußte häufig aufstehen, denn er hatte sehr viel Krankengeld zu holen. Als er in Alsdorf schließlich Furcht vor Entdeckung hatte, arbeitete er in Reußlin und Charlottenburg weiter. Die Kassen wußten schließlich, daß ein Schwindler Beträge abhebt, aber niemand konnte feststellen, wer es war. Erst als man mit der Zeit gründlicher auf die kommenden Personen und ihre Namen achtete, fiel der Täter einmal auf, da ein Angestellter ihn unter einem anderen Namen kannte. Jetzt ließ man ihn sofort festnehmen. Baluschek war in der gestrigen Verhandlung voll geständig und zeigte tiefe Reue. Das Gericht verfuhr mit ihm milde und erkannte auf nur sechs Monate Gefängnis.

Baumglück in der Krausnickstraße.

In der Krausnickstraße, nahe der Dronienburger Straße, ereignete sich gestern ein schweres Baumglück, bei dem ein Arbeiter schwer, ein anderer leichter verletzt wurde. Wir erfahren darüber folgendes: In der Krausnickstraße werden gegenwärtig vom Städtischen Elektrizitätswerk Kabel verlegt. Die Erdarbeiten wurden von der Berliner Alt.-Ges. für Bauausführungen unternommen. Aus einer bisher noch nicht aufgeklärten Ursache stürzte eine Steinschwele in die nicht abgestellte Baugrube und begrub die beiden Arbeiter unter sich. Während der eine Arbeiter mit leichten Arm- und Brustquetschungen davonkam und auf der Rettungsstelle verbunden werden konnte, mußte der Arbeiter Kurt Löwe aus der Christburger Straße 4 mit schweren inneren und Berletzungen am Oberschenkel ins Hedwigstrankenhaus eingeliefert werden.

Ein Potsdamer Rechtsanwalt lehnt preussische Richter ab. Wegen unberechtigter Führung des Freiherrntitels war der Potsdamer Rechtsanwalt Freiherr v. Koehler, genannt Schulz-Kiehn, vor dem Potsdamer Amtsgericht angeklagt. Zur festgesetzten Terminstunde erschien nicht der angeklagte Rechtsanwalt, sondern er ließ dem Vorsitzenden einen Schriftsatz überreichen, in welchem er den Vorsitzenden nicht als solchen, wohl aber als preussischen Richter wegen Befangenheit ablehnt. Das Gericht beschloß, die Sache zu vertagen und den Schriftsatz dem Justizminister zu überreichen.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 27. Mai.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
3.30—4 Uhr nachm.: Märchenstunde. Dora May erzählt: Grimm: 1. Die goldene Gans. 2. Rumpelstilzchen. 3. Der Froschkönig. 4. Marienkind. 4.30—6 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister: Ferd. Kaufman. 6.05 Uhr abends: Werbevortrag: „Wie Adolar sein Glück fand“. 6.30 Uhr abends: Regierungsrat Dr. Giuliani: „Robert Koch († am 27. 5. 1910)“. 7—8.05 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule (Hochschulkurse). 7 Uhr abends: Abteilung Physik. Chemie. Dr. M. Volmer: „Aus dem Grenzgebiet von Physik und Chemie“. 8. Vortrag: „Wie viel Moleküle enthält ein Liter Luft?“ 7.45 Uhr abends: Abteilung Staatswissenschaft. Professor Dr. Ernst Wagemann: „Konjunkturlehre und Krisentheorie“. 8. Vortrag. 8.30 Uhr abends: Palestrina und seine Zeit (1525—1594). 1. Palestrina: Oratio Jeremiae (sechsstimmig). 2. Palestrina: Haec dies (sechsstimmig). 3. Palestrina: Benedictus aus der Missa „Lande Sion“ (vierstimmig). 4. Palestrina: Kyrie und Sanctus aus der Missa „Papa Marcelli“ (sechsstimmig) (Der Basilicahor, Dirigent: Pius Kält). 5. J. S. Bach: Suite für Cellosolo (Otto Uraek). 6. Orli di Lasso: Kyrie, Sanctus und Agnus Dei aus der Missa „octavi toni“ (vierstimmig). 7. Jac. Gallus: Ecce quomodo moritur justus (vierstimmig). 8. F. Querio: Laudemus Dominum (achtstimmig). 9. J. P. Sweelinck: Hodie Christus natus est (fünfstimmig). 10. A. Loti: Orceifrus (sechsstimmig). 11. G. Aichinger: Assumpta est Maria (dreistimmiger Frauenchor). 12. G. Aichinger: Regina coeli (sechsstimmig) (Der Basilicahor). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitsansage, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Schwarz-Weißes.

Wer noch an der Kultur der nordamerikanischen Regei gemöhnt hat, wurde am Montag im Admetistheater eines besseren belehrt. Sie wollten den Weissen kein Vorrecht lassen — was ihr könnt, können wir auch. Es gibt schwarze Doctoren und Professoren, es gibt schwarze Künstler, es gibt — dreimal heil! — eine schwarze Varietè-Truppe, die „Chocolate-Kiddies“. Wie eine Parodie auf die Vergnügungen des modernen Lebens in den Kulturländern wirkte das, was man hier auf der Bühne sah und hörte. Der blamierte Europäer sah im Zuschaderraum und lachte, belachte sich selbst. „Wirklich Kultur“, dachte man; füge (mit sehr spitzen Lippen und recht gehobtem „ü“ zu sprechen) amerikanische Pieder gab's, farbige „Dancing-Girls“, Jazzbandmusiker, Grottesktänzer, alles, was in ein Varietè gehört. Manchmal, wenn die Schablonen sich löste, fühlte man stärkeres: Natur, Verwandtschaft mit russischen Tanztruppen. Wüdhheit, Tollheit, Lärmen, Schreien, unerhörte Beweglichkeit, alles aber gegliedert durch Rhythmus, Rhythmus. Auch das Regeiorchester, das hismweilen ein infernalisches Getöse dazu vollführt, ist erfüllt davon. Musik? Im Anfang war der Rhythmus. Ein rasendes Tempo schleift den Zuschauer durch einen wüdhigen Traum, in dem jede Faser des Körpers in Spannung gehalten wird. Laufen macht man nur, weil das Publikum sie nötig hat; auf der Bühne scheint niemand sie zu brauchen. Diese Wüdhheit ist echt, noch echt. Aber sie wird Sensation machen und dann wird man sie verlieren und sie wieder lernen. Unecht? Wer hat Zeit darüber nachzufinnen? Die Aufmachung ist das einzig nötige; das geschäftstüchtige Amerika wird immer eine neue finden. Und wenn es nicht mehr gelingen will, dürfen sich die Regei ohne Einschränkung zu den Kulturländern zählen. Und eine neue Attraktion wird ihre Stelle einnehmen.

Wie verursacht man einen Waldbrand?

Ein Leser sendet uns folgende Zuschrift, die in humorvoller Weise eine ernste Sache behandelt:

„Hat man im Walde oder dicht dabei abgefodt, so wäre es verfehrt, das angefadte Feuer durch Austreten oder gar durch Ueberbeden mit Erde zu erlöchen. Dadurch wird der schönste Waldbrand bereits schon im Keime erstickt. Man lasse im Gegenteil beim Ubschied von der Feuerstelle diese ruhig weiterglimmen. Durchaus praktisch ist es, Papier, dürre Äste und ebenfolches Gras in die Nähe hinzuwurfen; der Wind wird bestimmt das weitere tun. Verfehrt ist es auch, sich zum Ubtöchen etwa eine freie, sandige Stelle auszusuchen. Vielmehr leisten dürres Gras oder ausgeodnetes Unterholz hervorragende Dienste bei der Entfuchung eines Waldbrandes. Das achtslo Fortwerfen eines Streichholzes, einer Zigarrerie oder einer Zigarre, das Austreten einer Tabakspfeife und Ähnliches hat oft schon genügt, einen gemüthlichen Waldbrand, an dem sich Ausflügler, Feuerwehren und Rettungsmannschaften tagelang erfreuen können, zu entfuchen. Wenn alle Naturfreunde vorstehende Ratsschläge gewissenhaft befolgen, wird es ohne weitere Mühehaltung gelingen, den schönsten Wald in ein Feuermeer zu verwandeln. Wer aber will, daß den luft- und schönheitsdürftigen Großstädtern der Wald in seiner Größe und Schönheit erhalten bleibt, der betrage sich bei seinen Spezialernügungen im Walde so, wie es sich für anständige und denkende Menschen geziemt. — Ueblich verhält es sich mit der Berunreinigung des Waldes durch Stußenpapier. Da die grünen Wipfel der Bäume Schönes genug bieten, kann man auf den Unbild glatten, sauberen Waldbodens getrost verzichten. Es ist für nachfolgende Waldbesucher von besonderem Reiz, feststellen zu können, welche Zeitung der Vorgänger gelesen hat, wo er seine Semmel gekauft hat und welcher Schädler die Wurst dazu lieferte. Das alles kann man durch im Walde deponiertes Papier leicht erfahren. Die Wissenschaft, daß man „frische pommerche Trinker“ mit auf den Ausflug nahm, kann dadurch am besten verbreitet werden, indem man die Eierschalen liegen läßt. Wird von allen Waldbesuchern so verfahren, so kann der Wald zu einer Verbreitungshätte reichsten Wissens gemacht werden. Stebst du aber den Wald so wie ihn die Natur geschaffen hat, müßt du im grünen Wald und nicht auf Müllabladepfähen spazieren gehen, dann steck dein gebrauchtes Papier gefälligst wieder in den Ranzen und verbrenne es zu Hause.“

Vorschufgeschäfte von Postbeamten untereinander.

Sieben Oberpostlektreäre des Postamtes 18 hatten sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte teils wegen Unterschlagung im Amte, teils wegen Begünstigung zu verantworten. Durch die Aufdeckung von Amisunterfchlagungen des Oberpostlektreärs Willi Jande waren sonderbare Vorschufgeschäfte der Beamten dieses Postamtes untereinander zur Enthüllung gekommen, die durch die Bereitwilligkeit des Kassensleiters, Oberpostlektreär Alwin Stage, ermöglicht worden waren. Jande war ein Alkoholist und hatte starke Eingriffe in die Kasse gemacht. Neben 2200 Mark an barem Gelde hatte er auch Innoaidenmarken beiseite gebracht und die Verunreinigungen durch Fälschung der Bücher und Register zu verdecken gesucht. Daneben hatte er eine Vorschufanweisung des Postdirektors gefälscht. Stage hatte die Fälschung hinterher bemerkt, jedoch von einer Anzeige Abstand genommen. In anderen Fällen hatten sowohl Jande, wie andere Postbeamte von Stage Vorschuf erhalten, indem sie einfach eine von ihnen unterzeichnete Quittung ohne die nötige Anweisung des Postdirektors Stage übergaben. Auch Stage selbst hatte sich auf diese Weise einmal einen Vorschuf aus der Kasse entnommen. Das Schöffengericht verurteilte Jande wegen Verbredens im Amte und schwerer Urkundenfälschung unter Zubilligung mildernder Umstände zu einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft; außerdem wurde ihm auf fünf Jahre die Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Ämter abgesprochen. Stage und die übrigen fanden ungewöhnlich milde Schüssen und Richter. Bei Stage nahm das Gericht Unterschlagung im Amte und Begünstigung an, verurteilte ihn zu vier Monaten drei Tagen Geunter Auflegung einer Buße von 200 Mark. Bei den übrigen Angeklagten wurde angenommen, daß sie sich der Strafbarkeit ihrer Handlungsweise bei der eigenmächtigen Entnahme der Vorschüsse nicht bewußt gewesen seien, weshalb sie freigesprochen wurden.

Hundekadaver in der Havel. In jedem Frühjahr schwimmen an den Ufern der Havel, insbesondere in der Wögen um Schildhorn, allerlei Tierleichen an, unter denen die Hundekadaver weitauis in der Mehrzahl sind. Eine Besonderheit der Havel scheint es zu sein, daß hier die toten Hunde in solchen Mengen herumschwimmen, wie sonst auf keinem märktischen Gewässer. Beim Bootfahren trifft man jeden Augenblick auf einen verendeten Hund und an den Ufern verpesten sie die Luft und bieten den Schmeißfliegen willkommene Tummelplätze. Erstaunt muß man darüber sein, wie viele Leute sich ihrer Hunde ausgerechnet durch Ertränken in der Havel entledigen, ohne Rücksicht darauf, daß die angeschwemmten Kadaver später wirklich nicht zur Verschönerung des Stromes und der Ufer beitragen. Die ehemaligen Besitzer sind natürlich nicht mehr zu ermitteln, um sie haftbar machen zu können. Die Wasserbehörden, Wasserbauamt und Strompolizei, hätten aber die Verpflichtung, für die Beseitigung der gesundheitschädlichen Leichen zu sorgen. Vielleicht trägt dieser Hinweis dazu bei, daß hier endlich einmal Abhilfe geschaffen wird.

Ein Garantieprodukt

hat die Eigenschaft, ständig in Güte und Qualität gleich zu bleiben, ganz gleich, zu welcher Zeit und in welchem Geschäft Sie es kaufen. Mondamin-Backpulver ist ein solches Garantieerzeugnis, deshalb können Sie ihm zu jeder Zeit ihren wertvollen Kuchenteig anvertrauen. Sie werden dann keinen Aerger über einen missratenen Kuchen haben. Also nehmen Sie

MONDAMIN-BACKPULVER
ohne Pulvergeschmack

Die Tuberkulosefagung.

Die Jahresversammlung des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose fand kürzlich in Berlin im großen Sitzungssaal des Reichswirtschaftsrats unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes Dr. Bumm und unter Beteiligung sehr zahlreicher Vertreter von Behörden und Organisationen statt. Die Tagung dieses Komitees verdient deshalb besondere Beachtung, weil die Tuberkulosebekämpfung in Deutschland hauptsächlich in seine Hand gelegt ist, während in anderen Ländern diese wichtige Aufgabe meist von Abteilungen der dort beinahe überall bestehenden besonderen Gesundheitsministerien erledigt wird. Das Zentralkomitee wird auch fast völlig vom Reich finanziert.

Schon seit einer Reihe von Jahren wünscht man in weiten Kreisen dem Zentralkomitee ein regeres und inhaltreichereres Leben. Die Bekämpfung der Tuberkulose ist freilich gehemmt durch die Mangelstände der Wohnungswirtschaft und die ungenügende Geldbewilligung für viele Zweige der Tuberkulosebekämpfung. Leider — dies muß ganz offen ausgesprochen werden — waren auch der Einbruch und der Ausbruch der diesjährigen Tagung nicht gerade hoffnungsvoll.

Über die Sicherung des Kurserfolges bei Tuberkulose sprachen Dr. Liebermeister, Arzt am Tuberkulosekrankenhaus in Düren, der zweite Vorsitzende der schlesischen Landesversicherungsanstalt u. Legat und Ministerialrat Dr. Bötz vom Reichsarbeitsministerium. Man forderte eine gründliche Ausbildung der Medizinstudierenden und die Fortbildung der Ärzte auf dem Gebiete der Tuberkulose, eine energische Behandlung der Tuberkulosen im Frühstadium, Krankenhausbetten für Tuberkulosekranke und die Besserung der Wohnung und der Ernährung. Besonders hervorgehoben zu werden verdient der alle Wunsch der dauernden Unterbringung der schwer Tuberkulosekranken in Krankenhausbetten oder besonderen Heimstätten bzm. Kypfen.

Die Landesversicherungsanstalten gewähren seit einiger Zeit zum Bau von Arbeiterwohnungen und von Siedlungen für Familien tuberkulöser Innatwendiger Zuschüsse in Gestalt von hypothekarischen Darlehen und unterstützen auch neuerdings finanziell die Veranstaltung von Fortbildungskursen für Ärzte, die in der Tuberkulosefajrge tätig sind. Ministerialrat Dr. Bötz wies namentlich auf den engen Zusammenhang der Gesundheitsfürsorge mit vielen Zweigen der Wohlfahrtspflege hin und betonte die Wichtigkeit der Erhaltung einer geordneten Haushaltsführung bei den Familien, in denen die Tuberkulose heimlich ist. Auch bei Siedlungen sollen möglichst Tuberkulose berücksichtigt werden. Wichtig, darin stimmen alle Redner überein, ist ein zweckmäßiges Zusammenarbeiten aller Tuberkulosefajrge treibenden Stellen.

Es schadet nichts, daß alle diese Forderungen, die durchaus berechtigt sind, mit Nachdruck erhoben wurden; der erste Diskussionsredner, der frühere Berliner Stadtmedizinalrat, Genosse Dr. Rabnow, hätte aber vollkommen recht, als er scherzend hervorhob, daß alle Vorschläge der Referenten bei früheren Tagungen des Komitees sicherlich schon mindestens 20 mal vorgebracht wären. Auch sonst brachte die Diskussion im allgemeinen nicht viel Neues. Ihr Höhepunkt waren zweifellos die mit großem Interesse und Beifall aufgenommenen Ausführungen des Landeshauptmanns der Provinz Grenzmark, Genossen Dr. Casparj, der auf die enge Beziehung der Tuberkulosebekämpfung zur Wohnungsfrage hinwies und bemerkte, daß nur dann der Wohnungsbau wesentlich gefördert werden könnte, wenn ihm die aus der Mietzinssteuer fließenden Geldsummen in größerem Umfange als bisher zugute kämen. Der Tuberkulosebekämpfung müßten sich die drei „Säulen“ der Fürsorge in gleicher Weise annehmen; die öffentliche Fürsorge, die Sozialversicherung und die private Fürsorge. Eine erspriehliche Arbeit werde aber nur dann geleistet werden können, wenn an die Spitze der Gesundheitsverwaltungen geeignete Kräfte gestellt würden. Dr. Casparj machte darauf aufmerksam, daß zurzeit nur in den Provinzverwaltungen der Grenzmark und der Rheinprovinz Vermaltungsräte als Landesräte bzm. Vorstandsmitglieder der Landesversicherungsanstalten mit gutem Erfolge tätig seien und empfiehlt den anderen Provinzen eine gleichartige Regelung.

Über die geschlichen Handhaben der Tuberkulosefajrge sprachen dann Dr. Blümel, der Leiter der Tuberkulosefajrge in Halle, und Oberregierungsrat Ruppert vom Reichsinnenministerium. Man hörte, daß die geschlichen Bestimmungen des Reiches und der Länder sehr zahlreiche Möglichkeiten, namentlich „Kann“-Bestimmungen enthalten, die der Befajrgerung Tuberkulöser förderlich sein können. Alle, die den Lauf der Dinge kennen, stimmen aber darüber überein, daß die meisten Paragraphen, die zerstreut in den verschiedensten Gesetzbüchern zu finden sind — eben nur auf dem Papier stehen.

Es ist nicht zu leugnen und nicht zu verschweigen: auf dem Gebiete der Tuberkulosebekämpfung bedient man sich auch heute leider immer noch aller möglicher „Mittelchen“. Man soll die kleinen Hilfeleistungen nicht vernachlässigen. Etwas wirklich Bedeutendes und für

die tuberkulösen Menschen wahrhaft Segensreiches wird man aber erst dann zu vollbringen imstande sein, wenn ein umfassendes Reichstuberkulosegesetz geschaffen sein wird, das die Inanspruchnahme beträchtlicher Geldsummen für den Kampf gegen die Tuberkulose gestattet.

Dr. med. Alfred Korach.

Zum Todesurteil gegen den Doppelmörder.

Zum Prozeß gegen den Doppelmörder Krause vor dem Potsdamer Schwurgericht ist noch folgendes kurz nachzutragen:

Das doppelte Gesicht des Mörders kam erst am letzten Verhandlungstag zur Geltung. Man merkte es ihm an, daß die Ruhe des ersten Tages einer inneren Unruhe Platz gemacht hatte. Zum Durchbruch kam diese, als er der Zeugin Schmeil vorhielt, die Wahrheit zu sagen und einzugestehen, daß er sie arg mißhandelt habe — was er jetzt allerdings schwer bereue. Hier sonst er weinend auf die Bank zurück. Er machte auch einen schwachen Versuch, für sein Tun eine innere Rechtfertigung zu finden. Er nahm Bezug auf seine Kopfverletzung im Kriege: Es müsse doch zwischen dieser und seiner Tat ein Zusammenhang bestehen, er hätte doch sonst nicht so tief sinken können.

Es ist überhaupt ein eigentümlicher Mörder. Es ist der Typus des sentimentalischen Mörders. Zweifellos ist er sich seiner unheiligen Schwäche bewußt und leidet mitunter auch an ihr. Deshalb ist er stets aller seiner Taten geständig und erzählt sogar Dinge von sich, die sonst unbekannt bleiben würden. Selbst auf die Frage des Vorsitzenden, ob er wirklich mit voller Ueberlegung gehandelt habe, was für die Strafzumessung von Bedeutung sei, antwortet er, er könne die Ueberlegung nicht in Abrede stellen. Als er durch die Angst vor Entdeckung aufgeschreckt wurde — er hatte in den Zeitungen von der Auffindung der Leiche Pannickes gelesen — schreibt er seiner Freundin Schmeil wörtlich: „Liebe Martha! Das Leben ist für mich erledigt. Ich sende Dir die paar Sachen. Ich brauche sie ja nicht mehr. Rache mit ihnen, was Du willst. Verlaufe sie. So kommt Du ein paar Mark von meiner Schuld tilgen. Ich mache Dir keinen Vorwurf mehr wegen gestern, wünsche Dir alles Gute, daß Du noch glücklich wirst. Vielleicht findet man mich bald. In Deiner Nähe will ich sterben. Denke nicht schlecht von mir. Dein unglücklicher Otto.“ Also hier wieder ein sentimentalischer Abschiedsbrief wie der, den er an seine Frau gerichtet hat. Als er in der Strohmatte von der Kriminalpolizei aufgefajrdert wurde, schien er gänzlich gebrochen und erklärte: „Gott sei Dank, jetzt ist es zu Ende. Ich wollte mir sowieso das Leben nehmen.“

Und neben dieser Empfindsamkeit eine unausdenkbare Gefühllosigkeit, jeglichen Mitleids mit seinem Opfer bar. Diese Gefühllosigkeit kam so drastisch wie nur möglich in der bestialischen Ermordung der Fünfzehnjährigen, die er selbst aus dem Elternhaus fortgelockt hatte, zum Ausdruck. Hier war er ganz von unzählbarer Sinnlosigkeit beherrscht. Er lagte ja auch dem Untersuchungsrichter auf dessen Frage: „Ich dachte nicht an die Folgen, ich dachte nur daran, sie zu bejagen.“ Die gleiche Gefühllosigkeit findet man bei der Ermordung Pannickes wieder. Er schielt auf ihn alle seine sechs Baronen ab und bearbeitet ihn hinterher noch mit seinem Taschmesser. Das Flehen und die Bitten seines Opfers, ihm das Leben zu belassen, machen auf ihn keinen Eindruck.

Die früheste Kindheit des Angeklagten ist nicht Gegenstand der Erörterung gewesen, abgesehen er dem Vorsitzenden seinen Lebenslauf eingesehen hatte. Die Urteilsbegründung hatte aber recht, als sie sich dahin äußerte, daß Otto Krause im Grunde kein vermöglicher Mensch war, sondern ein Gelegenheitsdieb, der sein ganzes Leben hindurch immer wieder auf ehrliche Weise sein Brot zu verdienen versuchte. Er fiel schließlich Opfer seiner vererbten Erziehung, seiner überreizten Sinnlichkeit und der ungünstigen Verhältnisse geworden. Die unglaubliche Rohheit seiner Verbrechen lassen jedoch kaum ein Mitleid mit seinem Schicksal aufkommen.

Freiwillige Zähler für die Volks-, Berufs- und Betriebszählung.

am 16. Juni d. J. sind, wenn diese volkswirtschaftlich so überaus wichtige Erhebung gelingen soll, auch für Berlin in großer Anzahl erforderlich. Wenn für die Uebernahme dieser ehrenamtlichen Tätigkeit in erster Linie auch die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten sowie die Lehrkräfte sämtlicher Schulen in Betracht kommen, so dürfte doch die von dieser Seite erwartete Unterstützung der mit der Durchführung der Erhebung betrauten Zentral- und Bezirksverwaltungsstellen bei weitem nicht ausreichen. Er ergeht daher an alle Einwohner Berlins, soweit sie zur Uebernahme des Amtes als Zähler nur irgend in der Lage sind, die dringende Bitte, sich der Stadt dafür in möglichst großer Zahl zur Verfügung zu stellen. Eine entsprechende mündliche oder schriftliche Meldung wollen die Betreffenden „An das Bezirksamt (Zählungsabteilung)“ ihres Wohnbezirks richten, von wo sie darauf mit den nötigen Informationen versehen werden. Bemerkenswert sei nach dieser Richtung hier nur, daß gegen früher dem Zähler seine Aufgabe wesentlich dadurch erleichtert wird, daß die Austeilung der Erhebungspapiere innerhalb seines Zählbezirks mit Hilfe der Polizei durch die beteiligten Hausbesitzer oder deren Vertreter (Hausverwalter oder Portier) erfolgen wird, so daß dem Zähler diesmal nur die Wiedereingiehung und erste Prüfung der ausgefüllten Papiere obliegt.

Schulfrei aus Kassa der Volks-, Berufs- und Betriebszählung. Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat unterm 15. Mai verfügt, daß, sofern der Unterricht infolge der Ausübung des Zählgeschäfts durch Lehrer nicht durchgeführt werden kann, die Schulen an einem Tage geschlossen werden dürfen. — In Berlin sollen übrigens auch die Schüler der Oberklassen der höheren Lehranstalten zur Teilnahme am Zählgeschäft als ehrenamtliche Zähler herangezogen werden.

Schwarzweihrote Privilegien? Zu der unter diesem Stichwort behandelten Angelegenheit des pöblichen Altimetallhändlers wird uns vom Polizeiamt Charlottenburg mitgeteilt, daß ein Verkauf von nationalsozialistischen Emblemen vor dem RaDeWe nicht stattgefunden habe. Der betreffende Händler verkaufe pöbliche Zeitungen und, um diesen Umstand genügend zu illustrieren, habe er sich die Brust mit dem Nationalblech dekorieren. Da — wenigstens soweit es die Polizisten beaugensichtigen können — ein Verkauf dieses Brustschmucks nicht stattfindet, ist der Polizei keine Handhabe gegeben, gegen den Mann und seinen Blechbehang einzuschreiten. Wir nehmen damit gern zur Kenntnis, daß die Polizei hier fortreit und pflichtgemäß gehandelt hat. Natürlich ist, trotz des formellen Verbots, das wohl von der diensttuenden Beamtenschaft mit Objektivität durchgeführt wird, dem pöblichen Knaben genügend Gelegenheit geboten, das Verbot zu durchlöchern.

Der abgefehte Idealheld.

In einer Berliner Familie, die nach Herkunft, Stand und Lebenshaltung als gut bürgerlich zu bezeichnen ist, ereignete sich, wie mir erfahren, daß der älteste Sohn des Hauses, Schüler der obersten Gymnasialklasse, nach zwei Tagen Hindenburgjäger Reichspräsidentenschaft des Vogelsche Bild des Feldmarschalls, das seit dunklen Kriegsjahren in seinem Zimmer hing, heimlich und still abnahm und beiseite trug: wie Reclamant schrieb, zu empfinden die eskalatischen Nationalisten — sie verstehen ihren „Reiter“ nicht mehr, sie können's nicht fassen, nicht glauben, als hätte ein Traum sie berührt, daß Hindenburg nicht nur den mal vorgeschriebenen Befehlsgewalt verlesen und unter mehrmaliger Anrufung Gottes beschworen — nein, daß er weit über des Gelezes ehernes Maß hinaus die republikanische Verfassung zertrümmert, die Volkssouveränität ihren tiefsten Sinn genannt — ja, Friedrich Eberts Wirken und Tun als höchst patriotisch gerühmt hat. Wenn der wahre Hindenburg so wenig dem Bögenbild entspricht, das man vor der Wahl den Betrachter zur Anbetung aufgestellt hat, so wird dieses Bild eben zerbrochen, ebenso wie der Mann am Unjamwies den Fetisch zer schlägt, der die Erwartungen auf sein Wundertum enttäuscht hat. . . In unserem Fall fragte der Vater den Sohn lediglich, ob und warum der greise Mann auf dem Bilde nun auf einmal sich der Verehrung seiner langjährigen Bewunderer unwürdig gemacht habe. Und indem der junge Mensch beschämt und reuig das Bild wieder an seinen Platz hing, zeigte er, daß ihn wenigstens die Verheugung noch nicht hoffnungslos verstoßt gemacht hatte wie jene, die sich im gleichen jugendlichen Alter zum „pöblichen Hochzeiter“ tückischen Reichelmördertums haben mißbrauchen lassen.

Steuererleichterung für Kriegsbeschädigte. Das Reichsfinanzministerium hat sich auf Anregung des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegeshinterbliebener e. V. Sitz Berlin, bereit erklärt, eine Erhöhung des steuerfreien Einkommens auch denjenigen Kriegsbeschädigten zuzubilligen, deren Erwerbsminderung auf 25 Proz. im Rentenbescheide festgestellt ist. Auf Antrag wird ohne näheren Nachweis der höheren Werbungsstellen eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags um 25 Proz. zugestimmt. Bisher setzte die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags erst bei einer Erwerbsminderung um 30 Proz. ein.

Von der Stadtbahn überfahren. Am Bahndamm zwischen Grünwald und Nikolassee wurde die Leiche des 21jährigen Studenten Fritz Herrmann aus der Schornhofstraße in Berlin aufgefunden, der vom Juge überfahren worden war. Ob ein Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, ist noch nicht festgestellt.

Unterricht in Gemeinschafts- und Lebenskunde sowie Religionsgeschichte wird von der Freireligiösen Gemeinde kostenlos auch an Kindern von Nichtmitgliedern in folgenden Schulen erteilt: Reichenberger Straße 4a, Donnerstags von 3 1/2 bis 5 1/2 Uhr; Reichenberger Straße 45, Montags von 3 1/2 bis 5 1/2 Uhr; Kopenstraße 84, Donnerstags von 3 1/2 bis 5 1/2 Uhr; Biesenstraße 66, Montags von 3 bis 5 Uhr; Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Straße, Schule, Mittwochs von 3 bis 5 Uhr; Niederschöneweide, Berliner Straße 31, Freitags von 3 bis 5 Uhr; Köpenick, Grünauer Straße 5, Jugendheim, Donnerstags von 4 bis 6 Uhr; Friedrichshagen, Jugendheim, Scharnweberstraße, Montags von 4 bis 6 Uhr; Neukölln, Boddinstraße, Volksschule, Mittwochs von 4 bis 6 Uhr; Pichlerstraße, Möllendorferstraße, Jugendheim, Sonnabends von 3 bis 5 Uhr. Anmeldungen der Schulkinder, welche am Religionsunterricht der Schule nicht teilnehmen, werden an den obengenannten Zeiten und Tagen in den betreffenden Schulen entgegengenommen.

Verurteilung wegen Vohvergehens. Das Militärpolizeigericht in Wiesbaden verurteilte in seiner letzten Sitzung 103 Personen, darunter 41 aus Frankfurt, 8 aus Mannheim und 3 aus Berlin, die ohne genügende Ausweispapiere ins besetzte Gebiet eingereist waren, zu Geldstrafen bis zu 25 Mark.

Eisenbahnunglück bei Nauen. Gestern entgleiten von dem Personenzug, der abends nach 6 Uhr Nauen verläßt, in der Nähe von Kallherberg in einer Kurve die Lokomotive, der Packwagen und ein nachfolgender Ierer Personenzug und stürzten die Böschung hinunter. Der Heizer wurde schwer verletzt, der Führer konnte nur als Leiche geborgen werden. Die Ursache des Unglücksfalles ist noch unangeführt.

Davaren

Das beste Haarwuchsmittel, ist das Haarwuchsmittel und Pflegemittel der Zukunft.

Sonoren beliebt erst seit einem halben Jahre, es ist ein neues Haarwuchsmittel. Sie werden sich selbst sagen können, daß kein vernünftiger Mensch etwas Neues bringt, wenn es nicht in jeder Beziehung gut ist oder besser ist als alle bisher gebrauchte Haarwuchsmittel. Behauptung ist es natürlich immer, daß unter dem großen Krach eines besseren neuen Mittels alle Kräfte sich umsonst verstreuen, aber genau bei dieser Gelegenheit ist es anders. Davaren ist ein solches Mittel, das nicht nur die Haare, sondern auch die Kopfhaut pflegt, und die Haare zu wachsen, noch mehr es bei der Verwendung über die Haare hinaus auch die Kopfhaut pflegt, und die Haare zu wachsen, noch mehr es bei der Verwendung über die Haare hinaus auch die Kopfhaut pflegt, und die Haare zu wachsen, noch mehr es bei der Verwendung über die Haare hinaus auch die Kopfhaut pflegt.

1. Das Davaren ist überaus leicht und einfach, man legt es in ein Becherglas.
2. Die Haare können sich leicht durch, frieren sich sofort profanell.
3. Es bleiben im Saum keine oder doch nur recht wenig Haare, daher werden sich die Haare nicht und reizen nicht ab.
4. Die Haare wachsen schnell und haben nach dem Trocknen einen prächtigen Glanz und -glanz, keinesfalls sehen sie jemals stumpf oder zerbrochen aus.
5. Davaren entfernt die Kopfläuse von kaltenblonden Kindern sofort, ebenso das nach dem Gebrauch Davaren.
6. Davaren enthält aber auch höchst wertvolle Stoffe, vernichtet aber bei dem Gebrauchfall verunreinigten Kopfhaut.
7. Das Davaren pflegt die Kopfhaut günstig beeinflusst wird, ist ganz schmerzlos. Ja, Tausende von Bedauernswerten schreiben mir jubelnd: Das Davaren macht meine Haare, es sei heute dreimal so voll und glänzend, so daß sie immerzu gefasst würden, was sie denn mit ihrem Davaren anfangen können.
8. Davaren enthält weder Weizen noch Soda, weder Stärke noch Eiweiß, noch Fett oder Zucker. Es ist daher von jedermann und jeder Frau gleichmäßig für Kinder, Frauen, Kranke und ganz Haare, zu gebrauchen. Und dieser durchaus wissenschaftlich gebaute fähig ist jeden unangenehmen Verlust aus und macht das Davaren für die gesamte Frauenwelt zu einem der begehrtesten und angenehmsten Mittel bei der Verwendung und Pflege.

Davaren ist in Apotheken zum Preise von 0,20 M. in den Apotheken und bei meinen Erzeugern und guten Drogerien erhältlich. Man achte auf die Beschriftung: Davaren (Lavenium solubile). Friedrich Bauer-Botha.

Raum erforschen, schon gemacht!

Jubelnde innere Freude erfüllt Sie, wenn gute Gedanken schnell zur Tat werden können. — So ist es auch beim Backen. — Mit Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ erreichen Sie schnell und zuverlässig Ihr Ziel.

Bitte versuchen Sie: Cremetörtchen

Zutaten:	
200 g Mehl,	150 g Butter,
1/4 Pfd. geriebene Mandeln,	1 Messerspitze Zimt,
1/4 Pfd. Zucker.	1 Teelöffel Dr. Oetker's Backpulver Backin.

Wie billig sich die Törtchen stellen, kann jede Hausfrau selbst sehr leicht berechnen. Zubereitung: Sämtliche Zutaten verarbeitet man zu einem ziemlich festen Teig, rollt ihn dünn aus, sticht mit einem Weinglas dünne Scheiben aus und häkelt sie auf leicht eisenstemmtes Blech in mäßiger Hitze netzig. Nach dem Erkalten legt man 2 Scheiben mit geschmeckter Vanille-Creme zusammen und überzieht die Oberfläche der Törtchen mit Schokolade. Vanille-Creme: Man bereitet aus einem Päckchen Dr. Oetker's Vanille-Puddingpulver der Gebrauchsanweisung entsprechend unter rührerischen Einwirkung eines Eigelbes eine Creme. Schokoladenguß: 25 g geriebene Schokolade werden mit einem halben Teelöffel Kakao und 2 Eßlöffel warmem Wasser und 40 g Puderzucker miteinander verührt und mittels eines Holzspatels die Oberfläche der Törtchen mit dem Schokoladenguß bestrichen.

In den Berliner Hausfrauen-Vereinen kommt nur Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ zur Verwendung.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher kostenlos in den Geschäften oder, wenn vergriffen, umsonst und portofrei von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.



Bad Ems

Empfohlen von den bedeutendsten Aerzten durch die Jahrhunderte

bei Erkrankungen der Luftröhre (Katarrhen, Asthma, Emphysem, Folgezuständen von Grippe, Rückständen von Lungen- und Rippenfellentzündung, Katarrhen der Verdauungs- und Unterleiborgane, Frauenleiden, Herz- und Kreislaufstörungen, Gicht und Rheumatismus)

Natürliche kohlensäure Bäder, Inhalationen, Pneumatische Kammern, Staatliche ärztliche Untersuchungsanstalt mit den neuzzeitlichsten Einrichtungen. Alle Kurmittel, Vielseitige Unterhaltungen und Sport jeder Art.

Vom 14.—21. Juni 1925: 600-Jahr-Feier der Stadt Bad Ems, verbunden mit großer Festwoche.

das weltberühmte Heilbad, die historische Erholungsstätte. Die einzigen warmen alkalisch-muriatischen kohlensäuren Heilquellen Deutschlands. Einreise und Aufenthalt unbehindert. Personalausweis (der Ortsbehörde) mit Lichtbild oder Reisepaß genügt. Zimmer mit voller Verpflegung von RM. 5 an. BAD Ems im D-Zug-Station der Strecke Coblenz-Gießen-Berlin (17 km von Coblenz). Rheindampfer halten in Coblenz, Ober- und Nieder-Lahnstein. Druckschriften kostenlos durch die Staatliche Bade- und Brunnendirektion BAD Ems.

Der Haushalt der Reichswehr.

Die Sozialdemokratie für Ablehnung. — Anlagerede des Genossen Schöpflin.

Der Reichstag beriet gestern über den Haushalt des Reichswehrministeriums.

Berichterstatter Abg. Stücken (Soz.) hebt hervor, daß seit der Nationalversammlung von Weimar fleißige Arbeit geleistet worden sei, um die Reichswehr für ihre republikanische Aufgabe zu erziehen. Es müsse mehr getan werden, um den Soldaten nach Ablauf ihrer zwölfjährigen Dienstzeit eine bessere Versorgungsmöglichkeit zu verschaffen. Bei der Besoldung der Reichswehr, die heute besser sei als im alten System, dürfe man nicht vergessen, daß es sich beim Soldatenstande heute um einen Beruf handle; daher müsse die Reichswehr in eine höhere Besoldungsgruppe eingeordnet werden.

Der Berichterstatter hebt dann noch hervor, daß die Reichswehr ein verhältnismäßig teures Instrument sei, das dem Reich einschließlich der Marine jährlich rund 600 Millionen Mark koste. Schließlich begründet der Redner noch die im Ausschuss angenommenen Entschlüsse, die staatl. Erstattung der Kriegserfahrungen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens, Besserstellung des Nachwuchses bei der Marine usw. fordern.

Nachdem das Haus gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen hat, im Interesse der Erledigung des Beratungstoffes bis zum 4. Juli die für den Heeresetat vorgesehene Redezeit herabzusetzen, wendet sich

Abg. Schöpflin (Soz.)

gegen die Höhe der Kosten, die für die Reichswehr aufgewendet werden. Wie kostspielig die Reichswehr ist, ergibt sich daraus, daß auf den Kopf 4000 M. Kosten entfallen, beim alten Heere würden die Gesamtkosten bei denselben Ausgaben 3,2 Milliarden Mark betragen haben. Von der sprunghaften Erhöhung der Kosten ist das Reichswehrministerium nicht freisprechen. Bei dieser Gelegenheit weise ich darauf hin, daß für Militärpensionen 1125 Millionen, für die Zivilversorgung im ganzen 65 Millionen in diesem Jahre zu zahlen sind. Im letzten Jahre betrug die Steigerung der Ausgaben für Militärpensionen 286 Millionen Mark. (Hört, hört! h. d. Soz.) Daran ist allerdings nicht die Reichswehr, sondern das alte Heer beteiligt. Daß die Reichswehr so teuer ist, ist verständlich, wenn man sich die Gliederung ansieht. Ich habe schon vor zwei oder drei Jahren darauf hingewiesen, wie bei der Verteilung der Chargen geradezu verschwenderisch vorgegangen wird. Der Zustand ist nicht mehr fern, wo jeder Leutnant Hauptmann ist. Neben 74 000 Soldaten haben wir über 20 000 Unteroffiziere und 3695 Oberfeldwebel. Dazu kommen noch 111 Obermusikmeister. Ich selbst bin seinerzeit für die Musik bei der Reichswehr eingetreten, aber an diese verschwenderische Ausstattung hat man damals nicht gedacht. Dazu kommen weiter über 40 000 Pferde, die die Reichswehr besitzt. Das alte Heer mit rund 800 000 Mann hatte insgesamt nur 160 000 Pferde. Wenn man sich noch die Spezialwaffen ansieht, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß die Ausrüstung weit über die militärischen Notwendigkeiten hinausgeht. Man braucht sich dann allerdings nicht darüber zu wundern, daß insgesamt für Reichswehr und Marine 726 Millionen ausgegeben werden. Es wird bald so weit kommen, daß es in der Reichswehr überhaupt keine Gemeinen mehr gibt. Die Summen für sonstige Zwecke sind so außerordentlich gesteigert worden, daß der Reichstag die Pflicht hat,

den Etat genauer anzusehen und Abstriche vorzunehmen.

Den von der Marine geforderten Admiralat lehnen meine Parteifreunde ab, ebenso die erste Rate für einen Kreuzer mit 3,7 Millionen, ferner 8,2 Millionen für 5 neue Torpedoboote und 4 Millionen für die artilleristische Ausrüstung von Torpedobooten. Als wir uns in der letzten Zeit mit finanziellen Fragen befaßt haben, hat der Reichsfinanzminister v. Schlieffen sich sehr ernst und scharf gegen weitere Ausgaben gewendet und schärfste Sparmaßnahmen auf allen Gebieten verlangt. Erst in den letzten Tagen haben wir einige Betrachtungen darüber gehört, daß der Etat gefährdet sei, wenn nicht in den Ausgaben Jügel angelegt werden. Hier bietet sich eine Gelegenheit, diese Sparmaßnahmen zu üben. Auch bei anderen Punkten der Reichswehr können wir sparen, wenn wir nur zugreifen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ein Untersuchungsausschuss des Haushaltsausschusses hat erst jetzt festgestellt, daß in der Tat die Gefahr einer Unterbilanz besteht und daß größte Vorsicht bei den Ausgaben geboten sei. Angehts dessen lehnen wir den Kreuzer, die 5 Torpedoboote und die artilleristische Ausrüstung der Torpedoboote ab. Wir tun das im Hinblick auf die Finanzlage. In anderen Ausschüssen, wo soziale Fragen behandelt wurden, hat die Regierung sich in scharfer Weise gegen reichlichere Bemessung von Mitteln gewendet. Diese Sparmaßnahmen sind zu einer sozialen Gefahr. Wenn man bei sozialen Dingen auf solche Weise sparen will, auf der anderen Seite aber Anforderungen bewilligt, die nicht notwendig sind, so ist das nicht zu verantworten. Aus dieser Erwägung heraus lehnen wir die Forderungen des Reichswehrministeriums ab.

Im Ausschuss ist auch die Frage angeschnitten worden, ob die Beibehaltung der Marine überhaupt noch zweckmäßig sei. An die Beantwortung dieser Frage werden wir herangehen müssen, wenn weitere derartige Forderungen kommen.

Schon wird ja gesagt, daß die Schiffe veraltet seien, und daß man sie umbauen müsse. Es wird sich fragen, ob die Marine in ihrem heutigen Aufbau, der keinen Gefechtswert besitzt, erhalten oder auf ein Minimum herabgesetzt werden soll.

Ich bedauere außerordentlich, daß die Flaggenfrage in der Reichswehr immer noch eine Rolle spielt.

Es gibt noch immer Reichswehrsoldaten, die sich mit schwarzweißen Fahnen zeigen. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Redner erwähnt einen süddeutschen Fall, der bei der Bevölkerung die größte Erregung hervorgerufen hat. Die Flagge der Republik ist schwarz-rot-gold. Wenn von jemand verlangt werden muß, daß er diese Farben respektiert, so muß man das von der Reichswehr der Republik verlangen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn der Reichswehrminister nur will, dann möchte ich den Soldaten oder Feldwebel sehen, der es wagt, gegen den Stachel zu lösen. Ebenso schlimm ist es mit den Musikkapellen der Reichswehr. Sie beteiligen sich an Festlichkeiten, wo der Stahlhelm und ähnliche Organisationen die ausschlaggebende Rolle spielen, wo man die gegenwärtige Staatsform verpöndelt, wo die Republik mit Spottversen und Liedern überschüttet wird. Hier muß der Reichswehrminister endlich Remedur schaffen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Nach einer Meldung aus Genf hat die deutsche Regierung auf der Waffenhandelskonferenz erklärt, daß sie vorbehaltlos für ein Verbot der Anwendung von Giftgasen sei. Ich hoffe, daß die Regierung ihre Bemühungen in dieser Richtung fortsetzt, damit ein Abkommen geschaffen wird, das die furchtbare Gefahr eines künftigen Gaskrieges beseitigt. Im Ausschuss hat die Frage der Zeitsfreiwilligen

oder der schwarzen Reichswehr eine große Rolle gespielt. Ich bedauere, daß im Plenum dieses nicht sehr angenehme Kapitel behandelt werden muß. Die Jahre 1921 bis 1923 übergehe ich, weil da Dinge geschehen sind, die manches verständlich erscheinen lassen. Aber im Jahre 1924 waren diese Dinge nicht mehr vorhanden. Es liegen nicht bloß einzelne, sondern viele Meldungen darüber vor, daß Zeitsfreiwillige eingezogen worden sind. Der Reichstanzler Dr. Luther hat behauptet, daß seit 1923 keine Zeitsfreiwilligen eingezogen worden seien. Ich bedauere feststellen zu müssen, daß das nach unseren Wahrnehmungen nicht stimmen kann. Auf die Beschwerden im Ausschuss, daß gewisse Verbände mit den lokalen Militärbehörden in Verbindung stehen, ist den einzelnen Abgeordneten vom Reichswehrministerium schriftlich geantwortet worden. Auf eine Frage von mir, daß private Stellen der Reichswehr Gelder zur Verfügung gestellt haben, bekam ich die Antwort, daß das von der Wirtschaft geschehen sei (Hört, hört! bei den Soz.), um die Kollage der Reichswehr zu mindern. Die gezahlten Summen seien niedriger gewesen, als ich sie genannt hatte. Wie man bei diesem verschwenderisch ausgestatteten Etat noch von einer Kollage sprechen kann, verstehe ich nicht. Wer kontrolliert diese Gelder? Wie werden sie verwendet? Wer bestimmt über ihre Verwendung, die Reichswehrkommandeure oder der Reichswehrminister? Die Leute, die diese Gelder hergeben, tun das nicht um der schönen Augen des Herrn Geherr willen, sondern zu einem bestimmten Zweck. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn heute die Wirtschaft große Summen für diesen Zweck hergibt, so müssen wir die schärfsten Bedenken dagegen äußern.

Ich richte die Frage an den Minister, kann er es mit den Ausgaben der Reichswehr vereinbaren, daß sie Gelder entgegennimmt, über deren Verwendung keine Klarheit besteht?

Auf eine weitere Frage an den Minister, die die Beteiligung der Reichswehr an den Übungen junger Leute aus nationalistischen Organisationen betraf, wurde mir geantwortet, daß es sich um Werbeübungen handle, um geeigneten geistigen und körperlichen Nachwuchs für die Reichswehr zu erhalten. Es wurde zugegeben, daß Unteroffiziere der Reichswehr mit jungen Leuten Schießübungen veranstaltet haben. In der Antwort heißt es, bei der Werbefreundschaft vieler Republikaner, auch im Reichsbanner, habe man sich an andere Kreise wenden müssen. Wenn in dieser geringschätzigen Weise die Republik noch ertra genannt wird, so kann man sich vorstellen, wie es bei Herrn v. Jitschwig in Pommern und anderen Wehrbezirken zugeht. Auf den Hinweis auf eine republikfeindliche Rede des Herrn v. Jitschwig wurde geantwortet, daß sie den Zweck gehabt habe, eine Gegenwirkung gegen die der Reichswehr schädlichen Propaganda zu schaffen! Wenn Sie von der Pflege des Wehrgeistes sprechen, so hat das doch zur Voraussetzung, die Schaffung sozialer Verhältnisse, die es in allen Fällen erstrebenswert erscheinen lassen, den gegenwärtigen Staat zu schützen. Der Hinweis auf das bunte Tuch genügt dann nicht. Die Offiziere sollten sich doch ihrem Dienst widmen, für die Propagierung des Wehrgeistes sind andere Faktoren da. Der Redner bepricht dann einen Fall aus Ohlau, wo der von einem Wachmeister erteilte Reitunterricht damit entschuldigt wurde, daß es sich darum gehandelt habe, die landwirtschaftliche Bevölkerung in der Reiterei zu unterrichten. (Lachen links.) Ueber die Art, wie militärische Berichte abgefaßt werden, wenn die Truppe sich in einer ungünstigen

Situation befindet, werden wir noch zu sprechen haben, wenn das Unglück an der Weser behandelt wird.

Nach meinen Informationen erfolgt noch heute die Ausbildung von Zeitsfreiwilligen.

Die Liga für Menschenrechte hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der von solchen Vorgängen noch aus dem April d. Js. berichtet und wo auch eine Werbeanzeige im „Jungdeutschen“ wiedergegeben wird. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichswehrminister wird wohl dazu Stellung nehmen müssen, und es wird von Interesse sein, wenn er nachweisen kann, daß das falsch ist und welcher Unfug von den Jungdeutschen verübt wird. Wenn die Marschübungen mit den nationalen Verbänden damit begründet werden, daß sie der Erziehung der Bevölkerung dienen sollen, so weise ich darauf hin, daß wir für solche Zwecke Sportvereine in Fülle haben, an denen alle Menschen teilnehmen können. Wir haben selbst parteipolitische Sportvereinigungen, in denen zur Erleichterung Gelegenheit geboten ist. Wenn in der Presse auf diese Vorgänge hingewiesen wird, so erfolgen darauf prompt Strafprozesse. Mit welchem Recht strengen Sie derartige Prozesse an? Es handelt sich doch um Dinge, die allgemein bekannt sind und die von der Reichswehr gar nicht geheim gehalten werden. Durch diese Prozesse erwecken Sie aber den Eindruck, daß tatsächlich bestimmte Dinge verborgen gehalten werden sollen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Damit verschlechtern Sie nur die Sache.

Alle in der Presse gemachten Angaben können den Verdacht und das Mißtrauen im Auslande nicht so rücken, wie ihre Landesverratsprozesse. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Bill der Reichswehrminister bestreiten, daß die Kommandostellen der Reichswehr mit den Organisationen des Stahlhelms, des Werwols zusammenkommen, um mit ihnen über den Ersatz zu sprechen? Ich möchte das Reichswehrkommando sehen, das nur ein einziges Mal mit dem Reichsbanner zu demselben Zwecke zusammengekommen ist. Aber gerade diese Organisation, deren Mitglieder neben ihren sonstigen Verpflichtungen aus Idealismus den Schutz der Republik übernommen haben, meldet man, man wendet sich an andere Organisationen, die als Feinde der Republik bekannt sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Aus allen diesen Gründen lehnen wir das Gehalt des Reichswehrministeriums ab.

Wir wollen mit unserer Ablehnung unser Mißtrauen gegen den Minister wegen dieser Vorgänge zum Ausdruck bringen. Die Sozialdemokratie hat es nie daran fehlen lassen, um im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung der Reichswehr zu geben, was ihr gehört. Aber der Minister hat jetzt wie kein anderer fünf Jahre lang Zeit und Gelegenheit gehabt, um die Reichswehr zu einer Einrichtung der Republik zu gestalten. Mit unserer Ablehnung wollen wir sagen, wie wir seine Tätigkeit in dieser Richtung einschätzen. Wir wenden uns damit nicht gegen die Reichswehr, denn wir wissen, daß jeder Staat ein Wehrinstrument braucht, wir wenden uns gegen die von mir besprochenen Erscheinungen, gegen die wir in schärfster Weise vorgehen werden. Wenn jetzt Militärdebatten herausbeschworen werden, die wir mit dem Verschwinden des alten Staates befeitigt glauben, so tragen Sie die Schuld daran. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schmidt-Hannover (Dnall.) betont, daß gerade im letzten Jahre das Vertrauen der Bevölkerung zur Reichswehr gewachsen sei und bedauert daher die scharfe Kritik der Linken. Diese Kritik sei auch in außenpolitischer Beziehung unangebracht. (Sehr richtig, rechts.) Die Höhe des Heeresetats sei heute begründet, und die Deutschnationalen würden den Etat annehmen. Der Redner wendet sich dann gegen die gegen die Reichswehr erhobenen politischen Angriffe. Diese Angriffe, die vom Reichstanzler und Wehrminister einwandfrei zurückgewiesen worden seien, wären nur Material für unsere Gegner. Insbesondere die Veröffentlichungen der Liga für Menschenrechte wären nur zur Freude des Reichsbanners hoch geschrieben. (Zustimmung rechts.)

Abg. Erking (Ztr.) wendet sich gegen die Kritik des Abg. Schöpflin, die nicht im Einklang stehe mit der Haltung, die die Sozialdemokraten bei der Schöpfung der Reichswehr in Weimar eingenommen hat. Es wäre falsch, ein republikanisches Heer zu fordern, ebenso wie es falsch war, früher von einem kaiserlichen Heer zu sprechen. Wir wollen eine Reichswehr der Deutschen Republik. Wo von Angehörigen der Reichswehr gegen den republikanischen Gedanken vorgegangen wird, da muß mit militärischer Gründlichkeit und Rücksichtslosigkeit eingeschritten werden. Das muß besonders in den Fällen geschehen, in denen militärische Vorgesetzte der Flagge Schwarz-Rot-Gold die Achtung verweigern, die ihr gebührt, weil sie die verfassungsmäßige Flagge des deutschen Volkes ist, auf die auch der Reichspräsident vereidigt ist. Gegen solche Verstöße sei aber bisher vom Reichswehrministerium immer rücksichtslos eingeschritten worden. Zu Verallgemeinerungen liege kein Grund vor. Unter der Leitung des Reichswehrministers und des Generals v. Seeckt habe sich die Reichswehr zu einem wohlgeordneten, zuverlässigen Wehrinstrument für die Verfassung der Deutschen Republik entwickelt und auch in den schwierigsten Zeiten bewährt. Die Marineforderungen werde das Zentrum bewilligen.

ZUM PFINGSTAUSFLUG



brauchen Sie gut sitzende und elegante Schuhe

BRAUNE SALAMANDER

sind hervorragend in Passform, Eleganz und Preiswürdigkeit.



SALAMANDER

Wirtschaft

Der deutsche Außenhandel im April.

Der deutsche Außenhandel zeigt im April gegenüber dem Vormonat nur geringfügige Veränderungen. Es betrug die

	Einfuhr			Ausfuhr		
	April 1925	März 1925	April 1925	April 1925	März 1925	April 1925
	in Millionen Mark					
1. Lebende Tiere ..	11,9	7,2	32,8	2,0	1,6	7,7
2. Lebensmittel u. Getränke ..	228,1	295,3	1251,7	43,3	51,1	190,5
3. Rohstoffe u. halbfertige Waren ..	541,6	570,2	2389,6	113,3	122,3	464,9
4. Fertige Waren ..	160,3	164,1	787,1	511,3	533,0	2041,1
5. Reiner Warenverkehr ..	1006,9	1086,9	4890,7	670,0	708,1	2708,7
6. Gold und Silber ..	74,0	73,6	290,0	2,3	8,0	8,7
Zusammen ..	1081,0	1160,5	4680,8	672,4	711,2	2712,4

Die reine Wareneinfuhr zeigt im April gegenüber dem Vormonat wertmäßig eine Abnahme um rund 30 Millionen Mark. Gleichzeitig ist die reine Warenausfuhr ebenfalls um 38,1 Millionen Mark zurückgegangen. Die sich auf Grund des reinen Warenverkehrs (unter Ausschluß des Außenhandels mit Gold und Silber) ergebende Passivität der Handelsbilanz beträgt im April 337 Millionen Mark gegen 328 Millionen Mark im Vormonat. Die Einfuhrverminderung gegenüber dem Vormonat entfällt hauptsächlich auf Rohstoffe (28,7 Millionen Mark), der Ausfuhrückgang verteilt sich auf Lebensmittel und Getränke (mit 8 Millionen Mark), Rohstoffe und halbfertige Waren (mit 9 Millionen Mark) und fertige Waren (mit 22 Millionen Mark).

Die Einfuhr an Fertigwaren zeigt gegenüber dem Vormonat einen leichten Rückgang (um 3,8 Millionen Mark). Die Textilwareneinfuhr ist unwesentlich gestiegen (um 1,3 Millionen Mark), was auf die gesteigerte Einfuhr an Woll- und Baumwollgarn — bei gleichzeitigem Rückgang der Einfuhr an Geweben — zurückzuführen ist. Zu erwähnen ist noch der Rückgang der Einfuhr an Schuhwerk, Sattler- und Lederwaren (um 4,2 Millionen Mark).

Die Ausfuhr an Fertigwaren zeigt einen Rückgang gegenüber dem Vormonat um 21,7 Millionen Mark. Zurückgegangen ist die Ausfuhr an Textilwaren (um 9,2 Millionen Mark), trotzdem die Ausfuhr an Kleidung und Wäsche um 3,3 Millionen Mark gestiegen ist. Eisen- und Holzwerkzeugen (um 10,7 Millionen Mark) und „sonstigen“ chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen (um 6,1 Millionen Mark), gestiegen dagegen ist die Ausfuhr an Maschinen (um 7,5 Millionen Mark).

Die Zwischengewinne bei der Lebensmittelverteilung

Ebenso wie in Deutschland besteht auch in England eine große Spanne zwischen den Preisen, die der Landwirt für seine Bodenprodukte erhält, und denen für Brot und Fleisch. Sonderbarerweise glauben die deutschen Landwirte, oder wenigstens die Vertreter der großagrarischen Organisationen, dem Uebelstand dadurch abhelfen zu können, daß sie durch eine Fernhaltung ausländischer Nahrungsmittel vom deutschen Markt den deutschen Händlern die Möglichkeit geben, noch höhere Preise dem Verbraucher abzunehmen! Anders ist man in England zu Werke gegangen, wo man eine sorgfältige Untersuchung über die Teuerung, ihre Ursachen, und ihre Bekämpfung angestellt hat. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind gerade im Hinblick auf die Zollforderungen der deutschen Agrarier für uns von besonderem Interesse.

Die englische Regierungskommission, die im Auftrag der Regierung ein halbes Jahr lang die Verhältnisse der Brot- und Fleischversorgung untersuchte, hat ihren Bericht vor kurzem veröffentlicht. Die Kostenelemente bei der Preisbildung, die Organisation des Verkaufs, die Rolle der Importeure, des Transports, der Müller, der Bäcker, der Metzger, der Trusts und Kartelle usw., wurden einer eingehenden Untersuchung unterzogen.

Aus der Untersuchung des Brotpreises ergibt sich, daß von dem vom Verbraucher gezahlten Brotpreis 41 Prozent auf den Farmer, 9,5 Prozent auf den Transport, 16,7 Prozent auf die Backkosten, 11,7 Prozent auf den Betrieb entfallen. Den Bäckern und Metzgern wird im Bericht vorgeworfen, daß sie über-

Abg. Brüninghaus (D. Sp.) verweist darauf, daß in Deutschland die Entwaffnung schon vollständig durchgeführt sei. Wenn Frankreich gegen das leider ohnmächtige Deutschland um Sicherheiten jammere, so wolle es damit nur seine Absichten auf das Rheinufer verschleiern. (Zustimmung rechts.) Der Redner wendet sich dann gegen die Brochüre der Liga für Menschenrechte, die man moralisch jedenfalls als Landesverrat bezeichnen müsse. (Uebhafte Zustimmung rechts.) Es könne keine Rede davon sein, daß die dem bereits mehrfachen Deutschland aufgezwungenen Grenzen in alle Ewigkeit aufrechterhalten bleiben könnten.

Abg. Schneider (Komm.) wendet sich gegen die Höhe des Etats. Abg. Dr. Haas-Baden (Dent.) hebt hervor, daß jeder verständige Mensch den Wunsch nach friedlicher Entwicklung der Dinge haben müsse. Es wäre zu fordern, daß auch das schwere Unrecht von Versailles auf friedlichem Wege beseitigt werde. Weil es aber unbestimmt sei, was die Zukunft bringe, müsse unsere kleine Reichswehr in gutem Zustande erhalten werden. (Zustimmung.) Die Traditionspflege sei anzuerkennen, dürfe aber nicht zu monarchistischen Spielereien ausarten, und die Verbindung der Reichswehr zu rechtsradikalen Verbänden, die sich gegen die Verfassung wenden, müßte endlich einmal aufhören.

Der Redner erklärt: Wir haben zum Reichswehrminister und zu den oberen Stellen der Reichswehr das volle Vertrauen, daß sie nichts gegen die bestehende Staatsform unternehmen haben oder unternehmen werden.

Über es gibt unsere Stellen in der Reichswehr, die eine baldige Wiederkehr der Monarchie erhoffen. Hier muß der Wehrminister dafür sorgen, daß in der Reichswehr bekannt wird, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg die republikanische Verfassung beschworen hat. (Sehr gut!)

Nachdem Vizepräsident Bell dem Hause Mitteilung vom Eingange eines kommunistischen Mißtrauensvotums gegen Reichswehrminister Gehler gemacht hat, wird die sachliche Debatte des Heeresetats geschlossen.

In einer persönlichen Bemerkung vermahnt sich Abg. Solmann (Soz.) namens der rheinischen Abgeordneten der Volksblockpartei gegen einen vom Abg. Brüninghaus erhobenen Vorwurf, daß die Volksblockpartei sich bei ihrer Propaganda für die Reichspräsidentenwahl in Selskfröchen von den Besatzungstruppen hätten unterstützen lassen.

Abg. Graefe (Doll.) weist die in der Debatte aufgetauchte und auch vom Reichswehrminister vertretene Behauptung zurück, daß er zuerst das Wort „Schwarze Reichswehr“ gebraucht habe.

Reichswehrminister Gehler bleibt bei seiner Behauptung.

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen vertagt sich das Haus am 8 Uhr abends auf Mittwoch 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht u. a. das Steuererleichterungsgesetz und der deutsch-spanische Handelsvertrag.

Der Aufwertungskampf.

Entrechtung der Gläubiger — Befreiung der Schuldner.

Zu Beginn der Diensttagssitzung des Aufwertungsaußschusses machte der Vorsitzende Philipp Wittelung von einem dem Ausschuss gewidmeten eingerahmten Bilde. Es stellt einen halbverhungerten Sparrer in seinem dürftigen Stübchen dar, wie er an einem über dem Tisch hängenden Hering leckt, und trägt die Unterschrift: „Gedankblatt an deutsche Treue und Glauben“. Dasselbe Bild, das von einem Hypothekengläubigerverband eingesandt wurde, ist auch der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei gewidmet worden mit dem Wunsch, es im Reichstag an der Stelle anzubringen, wo über das 700-Millionengeld für die Ruhrindustrie verhandelt wird. Die Spender empfehlen, als Gegenstück dazu ein Bild des Raubritters Dietrich von Dathow aufzuhängen zwecks Illustrierung deutscher Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe.

Als neues, vollständig unschädliches Mittel gegen Schlaflosigkeit u. nervöse Aufregungszustände hat sich der pat. gesch. — reinpflanzliche **Sommervin-Tee** hervorragend bewährt. Nehmen Sie nichts anderes. — à 2 Mk. in den Apotheken. In Berlin sicher: Elefant-Apotheke, Leipziger Straße 74, Germania-Apotheke, Lothringer Str. 50.

Die Abstimmung über die zu § 2 der Aufwertungsanleihe gestellten Anträge hatte das Ergebnis, daß der ganze Paragraf nach den Anträgen der Kompromißparteien angenommen wurde. Der sozialdemokratische Antrag und der Antrag Best (wild), unter bestimmten Voraussetzungen die Herabsetzung und die Erhöhung des Aufwertungsatzes von 15 Proz. zu ermöglichen, fand nur die Zustimmung der Antragsteller und der Kommunisten. Die einseitige Begünstigung der Schuldner, denen der Antrag auf Herabsetzung des Aufwertungsatzes gestattet wird, während dem Gläubiger der Antrag auf Erhöhung nicht erlaubt ist, wurde hierauf von den Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten und dem Abgeordneten Best abgelehnt. Die Regierungsmehrheit hielt an der Bevorzugung der Schuldner fest. Für den Antrag Best, bei der Feststellung des Goldmarkwertes der Schuldforderung die innere Kaufkraft der Mark zugrunde zu legen, stimmten außer dem Antragsteller nur die Sozialdemokraten.

Auch der vom Abgeordneten Keil begründete sozialdemokratische Antrag: „Der Eigentümer ist befreit, eine Hypothek oder Grundschuld bis zur Höhe von 10 vom Hundert des berechtigten Beitragswertes mit dem Vorrang vor den früheren Belastungen einzutragen zu lassen,“ verfiel der Ablehnung, obgleich er eine viel einfachere, übersichtlichere und für den Grundstücksbesitzer vorteilhaftere Gestaltung des Grundbuchrechtes gebracht hätte, wie die undurchsichtige Regelung, die das Kompromiß vorsteht.

Zum § 3 beantragten die Sozialdemokraten übereinstimmend mit einem Antrag Best die Streichung des Absatzes 2, der eine Verschlechterung der Bestimmungen der 3. Steuernotverordnung bringt. Abg. Best (wild) beantragt ferner, Kaufgeldforderungen und Darlehen ohne Beschränkung nach allgemeinem Recht, d. h. individuell aufzumerken. Die Regierungsparteien dagegen stellen einen hinter die Regierungsvorlage erheblich zurückgehenden Antrag, wonach Kaufgeldforderungen, die vor dem 1. Januar 1912 begründet worden sind, nicht über 75 Proz. des errechneten Goldmarkbetrages aufgemerkt werden dürfen. In eingehender Begründung wies Abgeordneter Best nach, daß schon die Regierungsvorlage, in höherem Grade aber noch der neue Antrag der Regierungsparteien beträchtliche Verschlechterungen des Rechts der 3. Steuernotverordnung bringt. Da die Regierungsparteien zu diesen Ausführungen beharrlich schweigen, stellten die Abgeordneten Keil und Dr. Best fest, daß es diesen Parteien bei einem Geseh von elementarster Bedeutung für das Rechts- und Wirtschaftsleben nicht um die sachliche Beratung, sondern nur um das Niederstimmen unbehaglicher Anträge zu tun sei. Das Ergebnis dieses Verfahrens werde sein, daß der Schuldner befreit, der Gläubiger entrechtet werde. Abg. Dr. Wunderlich (D. Sp.), der sich bei seinen Koalitionsgenossen dafür entschuldigte, daß er das Schweigen brach, mußte gestehen, daß auch ihm § 3 nicht gefalle, aber es sei sehr schwer gewesen, zunächst unter den Kompromißparteien, dann zwischen ihnen und der Regierung eine Einigung zu erzielen. Dabei habe man auch Opfer des Intellekts bringen müssen. Abg. Hergt (Doll.) erklärte, man müsse endlich „durchhauen“ und könne keine sentimentale Gefühlspolitik treiben.

Bei den Abstimmungen wurde § 3 nach den Anträgen der Regierungsparteien angenommen, alle anderen Anträge gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und die des Abg. Dr. Best abgelehnt.

Unter Zurückstellung des § 4 wurde in die Beratung des § 5 eingetreten, der vom Zeitpunkt der Zahlung des aufgemerkten Betrags und von der Höhe des Zinsfußes handelt. Hierzu beantragten die Sozialdemokraten, daß die Zahlung verlangt werden kann zu je ein Viertel am 1. Januar 1927, am 1. Januar 1929, am 1. Januar 1931 und am 1. Januar 1933. Die Regierungsparteien wollen dagegen auf Antrag des Gläubigers bis zum 1. Januar 1938 zulassen. Den Zinsfuß für den aufgemerkten Betrag wollen die Sozialdemokraten auf 5 Proz., ab 1. Januar 1925 bemessen. Abg. Best beantragt 3 Proz., die Regierungsparteien wollen vom 1. Januar bis 1. Juli 1925 1,2 Proz., vom 1. Juli 1925 bis 1. Januar 1926 2½ Proz., vom 1. Januar 1926 bis 1. Januar 1928 3 Proz. und von da ab 5 Proz. gewähren. Ein Antrag Emminger (Soz.), den aber die übrigen Regierungsparteien nicht unterschrieben haben, will unter bestimmten Bedingungen auf Beschluß der Aufwertungsstelle vorzeitige Teilzahlungen des aufgemerkten Betrags in eng begrenzter Höhe herbeiführen. Schon dieser Antrag stieß auf den scharfen Widerstand des Wirtschafts- und des Ernährungsministeriums. Die Debatte über die zum § 3 gestellten Anträge wird am Mittwoch weitergeführt.



Mech. Trikotweb. Stuttgart. Ludwig Maier & Co. A.G. in Böttingen u. S. Lindauer & Co., Korsettfabr., Stuttgart-Cannstatt.

KONFEKTION FÜR ALLE

UND WENN EINMAL DAS GELD NICHT REICHT, KAUFT MAN SIE!

Feder

FEDERLEICHT
BRUNNENSTR. 1.
FRANKFURTER ALLEE 350
KÖLTBUSER DAMM 103
CHARLBG. SCHARRENSTR. 5

AUFTEILZAHLUNG

Biochemie
Humb. 4297
Dr. med. Jacobson
Weissenburger Str. 50.

Steybeden u. Dannen-Deden
kauft man am besten und preiswertesten nur dieses Modell, direkt ab Fabrik, wo auch alle Beden aufgearbeitet werden.
Bernhard Strohmandel, Berlin S. 14, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
Mitteln: Volkswirtschaftl. Gesellsch. u. W. Witzelburgers (Untergrundbahn Tegelstraße).
Weg 2. S. S. Krausenaustr.
Illustrierter Preisverzeichnisse gratis.

Vertretung der bestens bewährten zuverlässigsten Marken:

Adler — Fafnir — Opel — Protos
Minerva — Isotta Fraschini

in den neuesten und modernsten Ausführungen, von 4-6-8 Zylinder — Vierradbremse etc. Karosserien jeglicher Art für erlesensten Geschmack aus renommiertesten Werken

Th. Raatz Automobil A.-G., Berlin W 35, Potsdamer Str. 112

Landarbeiter gegen Getreidezölle.

Der Anteil der Deputatlöhne.

mäßige Gewinne einstecken. Die Genossenschaften haben zur Verbilligung des Brotes wesentlich beigetragen, die genossenschaftlichen Bäckereien liefern das Brot erheblich billiger als die privaten. Bei der Fleischversorgung waren aber die Genossenschaften ebenso teuer wie die Metzger. Den Truften und Kartellen wurde im Bericht eine preistreibende Tätigkeit nicht zugeschrieben, doch wurde mit Nachdruck auf die Gefahr hingewiesen, die aus Vereinbarungen der Truften, vor allem der englischen mit den amerikanischen Preistruften, sich für die Zukunft ergeben kann. Aus diesem Grunde fordert der Bericht die ständige Kontrolle des ganzen Lebensmittelgeschäfts. Der Bericht schlägt die Einsetzung einer aus zwölf Mitgliedern bestehenden Lebensmittelkommission vor, die über Borräte, Preise und Profite Daten sammelt, diese der Kontrolle der Öffentlichkeit unterbreitet, den beteiligten Unternehmern, vor allem den Truften und Kartellen Mahnungen erteilt und im Falle der Nichtbefolgung ihrer „Ratschläge“ von der Regierung Vollmacht zum Eingreifen verlangen soll.

Die Zeitschrift „Economist“ bezeichnet diesen Vorschlag als außerordentlich wichtig. „Da hier zum erstenmal der Versuch gemacht wurde, die Waffen der Öffentlichkeit und der Kontrolle systematisch und als Korrektur des gegenwärtigen freien Wettbewerbs anzuwenden“. Sie erwartet davon eine weitgehende Wirkung auf die Entwicklung des Wirtschaftssystems. Die Arbeitervertreter der Kommission haben ein Sondergutachten unterbreitet, in dem sie die Verstaatlichung der Brot- und Fleischversorgung fordern. Die Mehrheit der Kommission sieht, wie nach ihrer Zusammenlegung ohne weiteres zu erwarten war, einer staatlichen Geschäftsführung, ja sogar dem Plan einer Borratsammlung zur Regelung der Preise seitens des Staates feindlich gegenüber.

Die Zollvorlage vor dem Reichswirtschaftsrat.

Die Regierung hat die Zollvorlage dem Reichswirtschaftsrat zugeleitet, der mit der Erörterung der Vorlage bereits am Mittwoch nachmittag 2 Uhr beginnen wird. Es handelt sich vorläufig um prinzipielle Erörterungen, so daß die Sachverständigen zu den einzelnen Positionen erst in der zweiten Woche nach Pfingsten herangezogen werden können.

Ein Teil der Vorlage hat bereits dem Reichswirtschaftsrat vorgelegen, und zwar die Abschnitte über die Industriezölle. Dagegen ist der Teil der Zollvorlage, der die Agrarzölle regelt, noch nicht im Reichswirtschaftsrat behandelt worden. Die Regierung wünscht nun eine möglichst schnelle Erledigung der Vorlage im Reichswirtschaftsrat. Demgegenüber betonen die Vertreter der Landwirtschaft, daß die Regierung bei den Industriezöllen wesentlich, in vielen Fällen bis zu 60 Proz., über die gutachtlichen Vorschläge des Reichswirtschaftsrats hinausgegangen ist und die Agrarzölle völlig neu sind. Sie stellen sich deshalb auf den Standpunkt, daß aus Gründen der Wichtigkeit der Vorschläge der Regierung sowohl Agrarzölle als auch Industriezölle eine eingehende Erörterung der Materie notwendig ist. Deshalb wird die Erledigung der Vorlage wohl längere Zeit in Anspruch nehmen.

Frankreich und die englischen Schutzölle. Die neue Schutzöllepolitik der englischen konservativen Regierung wird der deutschen und schweizerischen Ausfuhr abträglich sein; am schwersten wird aber durch die geplanten Zölle die französische Ausfuhr betroffen. Der neue Seiden- und Kunstseidenzoll richtet sich vornehmlich gegen die französische Konkurrenz. Er erreicht 7 Schilling 9 Pence pro Pfund Seide und jedes Produkt, das Seide oder Kunstseide in noch so geringer Menge enthält, soll mit einem Drittel des Wertes verzollt werden. Der Spitzenzoll, der ebenfalls ein Drittel des Wertes betragen soll, ist gleichfalls gegen Frankreich gerichtet. Empfindlich wird die französische Weinausfuhr durch die Vorkonzessionen für die Dominions betroffen. Auf die Weine der britischen Dominions wird künftighin nur ein Drittel des üblichen Zolltarifs erhoben; sie erhalten dadurch einen großen Vorsprung. Von den wiedererrichteten Mac-Kenna-Zöllen wird die französische Ausfuhrindustrie zumeist durch die Automobilzölle betroffen. Da Frankreich abnehmend im Fahrwasser des Hochschutzes segelt, wird der englische Vorstoß gegen die französischen Ausfuhrinteressen seine eigene Hochschutzzollpolitik noch schärfer hervortreten lassen.

J. D. Riedel u. G., Berlin. Die Riedel u. G. verzichtet für 1924 auf die Ausschüttung einer Dividende. Sie trägt ihren Reinüberschuss von 251 000 M. auf das nächste Jahr vor. Ihre Dividendenlosigkeit begründet sie mit den übermäßig hohen Steuern und Zinsen. Steuern und Abgaben sind allerdings mit dem sehr hohen Betrag von 818 000 M. ausgewiesen, Zinsen mit 386 000 M. Den Hauptgrund dürfte sie aber verschweigen. Er dürfte in der starken Expansionspolitik liegen, die die Riedel u. G. während der Inflationszeit getrieben hat, wahrscheinlich um ihre Kriegsverluste im Ausland auszugleichen. Die hereinkommenden Bestellungen waren offenbar zu gering für den außerordentlich großen Umfang der Werke. Der aus den Preisen der pharmazeutischen Pro-

Durch die Einbringung der Schutzollvorlage im Reichsrat ist der Kampf um den Agrarzoll mit aller Schärfe entbrannt. Die Anhänger des Agrarzolles bieten alle möglichen Argumente auf, um die Deffenlichkeit von der Richtigkeit ihres Standpunktes zu überzeugen. Besonders ist es ihnen darum zu tun, die Landarbeiter für sich einzufangen. Ihnen redet man vor, daß sie nur dann einen höheren Lohn bekommen könnten, wenn die landwirtschaftlichen Betriebe durch Zölle leistungsfähiger würden.

Diesem Manöver treten die freigewerkschaftlich organisierten Landarbeiter mit aller Entschiedenheit entgegen. Das beweist ein Aufsatz, der kürzlich in dem Organ des Deutschen Landarbeiter-Verbandes unter der Überschrift „Haben die Landarbeiter einen Vorteil von Getreidezöllen?“ abgedruckt wurde. In dem Aufsatz wird zunächst festgestellt, daß man so, wie man jetzt spricht auch damals bei dem Kampf gegen die Zwangswirtschaft gesprochen hat. Auch damals redete man den Landarbeitern ein, ihr Lohn werde steigen, wenn die Zwangswirtschaft falle und die Preise für die agrarischen Produkte besser würden. Die Zwangswirtschaft ist gefallen, die Preise für die agrarischen Produkte sind weit über den Vorkriegspreis hinausgeeilt; von einer wesentlichen Steigerung der Löhne ist aber so gut wie nichts zu bemerken. Die Landarbeiter hätten auch, so fährt der „Landarbeiter“ weiter fort, längst eingesehen, was sie von diesen Versprechungen der Arbeitgeber zu halten haben. Immer wieder bringt jetzt die Auffassung durch, daß nur durch organisatorischen Zusammenschluß es möglich sein wird, den Arbeitgebern höhere Löhne abzurufen.

Die Landarbeiter treten in ihrer großen Mehrheit deshalb auch nicht für den Agrarzoll ein. Sie sehen hierin keine Verbesserung, sondern eine weitere Verschlechterung ihrer Lage, weil sie genau wissen, daß durch Getreidezölle automatisch die gewerblichen und industriellen Bedarfsartikel verteuert werden. Es bedarf in dieser Beziehung nur eines Hinweises auf Kleidung, Schuhwerk und Haushaltsartikel.

Ähnlich so verhält es sich mit der Behauptung, die Deputatarbeiter hätten durch den Verkauf ihrer Körnerdeputate ein höheres Einkommen bei hohen Getreidepreisen. Der allergrößte Teil der landwirtschaftlichen Arbeiter bekommt Körnerdeputate überhaupt nicht oder nur in so kleinen Mengen, daß er hiervon nichts verkaufen kann, sondern noch zukaufen muß. Als Deputanten kommen im höchsten Falle 10 Proz. aller landwirtschaftlichen Arbeiter in Betracht. Die Freiarbeiter, die Frauen und ebenso die jugendlichen Arbeitnehmer erhalten meistens kein oder nur ganz geringes Deputat. Nach diesen Darlegungen wird folgende Berechnung aufgemacht:

Wie sich das Körnerdeputat in Deutschland gestaltet, ist aus den Tarifverträgen ersichtlich. Es erhalten Deputanten pro Jahr in Ostpreußen (Kreis Königsberg) 29 Zentner, Pommern (Kreis Randow) 30, Mecklenburg-Schwerin 33, Provinz Brandenburg (Kreis Teltow-Riederbarnim) 20, Schlessen 23, Hannover (Kreis Hannover) 18, Schleswig-Holstein 20, Provinz Sachsen (Kreis Calbe) 13, Freistaat Anhalt (Kreis Dessau-Zerbst) 13, Freistaat Sachsen (Kreis Dresden) 15, Thüringen 16, Provinz Hessen-Nassau (Kreis Kassel) 17, Rheinprovinz (Kreis Köln) 9, Westfalen (Kreis Bielefeld) 18,66, Freistaat Bayern (Bezirk Oberbayern) 3 Zentner.

Die angeführten kleineren Bezirke, Kreise usw. ergeben für größere Bezirke den Durchschnitt der Deputatlieferungen. Dieses Körnerdeputat ist für die Deputantenfamilie berechnet. In einigen Provinzen muß von diesem Deputat auch noch der von dem Deputanten zu stellende Hofgänger, das ist eine jugendliche

Arbeitskraft, die der Gutsarbeiter stellen muß, miternährt werden. In dem Deputat liegt weiter ein Teil der Bezahlung der Arbeitskraft der Deputantenfrau, die verpflichtet ist, eine bestimmte Anzahl Stunden im Jahre mitzuarbeiten. Wenn diese Mitarbeit nicht erfolgt, werden als Druckmittel von dem Deputat Abzüge vorgenommen. In Süd- und Mitteldeutschland gibt es Deputanten im eigentlichen Sinne nicht.

Um ein übersichtliches Bild zu bekommen, haben wir für die Ernährung einer viertköpfigen Familie 20 Zentner Getreide pro Jahr berechnet. Als Selbstversorgungslösung kamen während der Zwangswirtschaft auf den Kopf der ländlichen Bevölkerung pro Monat 12 Kilo Roggen und 5 Kilo Gerste. Dies waren pro Jahr 16,32 Zentner. Da aber mit diesen damaligen Sätzen bekanntlich keine Landarbeiterfamilie ausgekommen ist, ist unser jetzt angenommener Satz von 20 Zentner nicht zu hoch bemessen, zumal das Brot das Hauptnahrungsmittel des ländlichen Arbeiters ist. Für die Fütterung eines Schweines muß der Deputatarbeiter ebenfalls mindestens 4 Zentner im Jahre haben. Es müssen also von dem tariflichen Körnerdeputat mindestens 24 Zentner als für den persönlichen Verbrauch in der Wirtschaft einer Arbeiterfamilie in Abzug gebracht werden. Bei dieser Berechnung zeigt sich nun folgendes Bild:

In Bayern, Bürttemberg, Westfalen, Rheinprovinz, Hessen-Nassau, Thüringen, Freistaat Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hannover und in der Provinz Brandenburg bekommen die Deputanten nach dieser Darstellung nicht soviel Körnerdeputate, wie sie zur Erhaltung ihres Hausstandes benötigen. Sie können sich von diesen Körnern nicht selbst ernähren, sondern müssen, vor allen Dingen, wenn sie Viehhaltung haben, die sich in manchen Fällen nicht nur auf die Schweinehaltung beschränkt, noch Getreide zukaufen. Die Landarbeiter aus diesen eben genannten Gebieten haben also auch keinerlei nominelle Mehrerlöse zu erwarten durch einen Schutz Zoll auf landwirtschaftliche Produkte zu erwarten. Sie werden im Gegenteil, weil sie zukaufen müssen, noch geschädigt. In vielen Bezirken, z. B. in Mitteldeutschland, bewirtschaften die Landarbeiter meistens noch in ihrer künftigen freien Zeit Pachtland. Da aber mit der Einführung der Getreidezölle auch der Wert von Grund und Boden steigt, müssen diese Arbeiterschichten dann höheren Pachtzinsen zahlen. Den Nutzen von dem Zoll hat also auch in diesen Fällen nicht der Arbeiter, sondern der Pächter. Es bleiben also nur die Provinzen Ostpreußen, Pommern, Schlessen, Schleswig-Holstein und der Freistaat Mecklenburg-Schwerin übrig, wo vielleicht der Deputant einen Ueberfluß an Getreide infolge seines hohen Deputats hat.

Bei der Berechnung haben wir einen Schutz Zoll von 2,50 M. pro Zentner Roggen, wie er in der Begründung der neuen Zolltarifvorlage ab 1. August 1926 von der Regierung verlangt wird, angenommen. Wir ersehen aus den von uns errechneten Zahlen, daß die Mehrerlöse des Deputanten, wenn er wirklich von seinem Getreide etwas verkaufen sollte, überhaupt keine Bedeutung hat. Die von den Agrariern behaupteten Mehrerlöse der Landarbeiter würden betragen in Mecklenburg-Schwerin pro Jahr 22,50 Mark, während in Schlessen als niedrigster Satz ganze 2,50 Mark pro Jahr in Betracht kommen. Aber auch diese Sätze sind noch zu hoch angegeben, denn wir rechnen mit dem Börsenpreis. Wenn ein Deputant von seinem Getreide etwas verkauft, dann bekommt er in Wirklichkeit nicht den Preis, der an der Berliner Börse maßgebend ist, sondern er wird immer zu einem bedeutend niedrigeren Preis verkaufen müssen.

Diese Berechnung zeigt, daß die Landarbeiter vollkommener im Recht sind, wenn sie sich die Auffassung der Industriearbeiter zu eigen machen und in Gemeinschaft mit ihnen gegen die Einführung der Getreidezölle stimmen. Hoffentlich begreifen das die Zollfreunde und unterlassen es nunmehr, noch weiter in den Reihen der Landarbeiter Dumme für ihre Bestrebungen zu suchen.

dukte und der Drogen erzielbare Verkaufsgewinn wäre sicher ausreichend gewesen, wenn er nicht außer durch Steuern und Zinsen von toten Anlagekosten aufgezehrt worden wäre. Das dürfte der Geschäftsbericht auch meinen, wenn von steigender Auftragszahl aber von sinkendem Auftragsumfang die Rede ist. Die Festlegung großer Betriebsmittel in teilweise mit Verlust arbeitenden Beteiligungen dürfte ebenfalls abträglich auf das Geschäftsergebnis gewirkt haben.

Beteiligte Berliner Mörstelwerke. Der Geschäftsbericht der Beteiligten Berliner Mörstelwerke berichtet für das Jahr 1924 von

erheblich gesteigerter Bautätigkeit bis in den Spätherbst. Die Gesellschaft konnte bereits Mitte September ihre Bankschulden restlos abbauen und aus eigenen Mitteln den Fuhr- und Autopark erweitern. Das inzwischen bis 1920 verlängerte Kartell der Berliner Mörstelwerke, das für ausreichende Preise sorgte, hat das Geschäftsergebnis günstig beeinflusst. Aus dem Reingewinn von 204 000 M. werden 6 Proz. Dividende verteilt, 35 000 M. dem Reservefonds zugeführt und 25 000 M. vorgetragen. Der tatsächliche Reingewinn ist beträchtlich höher, da starke Abschreibungen vorgenommen wurden und aus dem laufenden Geschäft erhebliche Betriebsverweiterungen durchgeführt werden konnten.



Der Wandervogel:
Willst Du bequem
die Welt durchwandern,
Nimm Tack-Schuh Dir
vor allen andern!

im *Umdenk* *minim* *Zinsgewinn*

Mit diesem sechsten und letzten Inserat unserer Serie veröffentlichen wir unser angekündigtes

Preis ausschreiben

Aufgabe: Es ist zu einer beliebigen der sechs Illustrationen (nur zu einer) ein neuer witziger Text in Reim oder Prosa zu erfinden.

Beteiligungbedingungen: Es kann sich jeder beteiligen, der uns mindestens drei der sechs Inserate einschickt. Jeder Einsender darf nur einen einzigen Ausspruch schicken, so daß er an die Conrad Tack & Cie. A.-G., Burg b. Magdeburg zu richtende Brief außer den drei Inseraten nichts weiter enthält, als die Nummer des Inserates, zu dem der Ausspruch passen soll, den Ausspruch selbst, sowie Namen und Adresse des Absenders. Die Einsendungen müssen bis zum 15. Juni in unseren Händen sein.

Preise: Es sind für die besten Lösungen 17 Barpreise von 300 Mk. bis 50 Mk. ausgesetzt und 110 Preise à 20 Mk. und 10 Mk. in Form von Gutscheinen, die in jeder unserer Filialen an Zahlungsstelle angenommen werden. Näheres in den Tack-Blättern.

Die prämierten Aussprüche gehen in unser Eigentum über. Die Preisträger werden persönlich benachrichtigt. Im übrigen wird das Resultat durch unsere Filialen bekannt gegeben. Wann das der Fall sein kann, läßt sich nicht genau vorher sagen, da die dazu erforderliche Zeit von der Menge der Eingänge abhängt; es soll aber tunlichst beschleunigt werden.

Hierzu unser Pfingstangebot:

Für Damen:	Für Herren:
Vornehmer Spangenschuh, gutes Fabrikat 8 90	Vornehmer Halbschuh, neue moderne Paßform 9 50
Braun edel Chev.-Spangenschuh in geistlicher Ausführung 10 50	Hochfeiner Halbschuh, edel Rindbox, Orig.-Good-Work 12 50
Lack-Spangen, die große Mode, 1a Qual. 19,50, 17,50, 15,50 12 50	Brauner Halbschuh, edel Rindbox, sehr preiswert 13 50
Braun ff. Boxkalf- oder Chev.-Spangenschuhe, Original-Goodgear-Work 16 50	Brauner Schnürschuh, edel Rindbox, in moderner Form gestupft 14 50

Braune Mädchen-Spangenschuhe
in geistlicher Form von Gr. 27 bis 39
Gr. 31/33 7.90, Gr. 29/30 7.50, Gr. 27/28 6.90

Weiß Leinenschuhe F
für Damen, Mädchen und Kinder

Tennisschuhe / Turnschuhe / Sandalen
Die neuesten Modeschöpfungen
in feinen Damen-Halbschuhen

Potsdam, Brandenburger Str. 54 / Charlottenburg, Wilmersdorter Str. 122/23

Tack & Cie A.G.
Burg b.M.

116 eigene Verkaufsstellen, davon in Groß-Berlin:
SW, Friedrichstr. 240/41
W, Potsdamer Str. 30
W, Schillstr. 16
NW, Beusselstr. 21
NW, Turmstr. 49
NW, Wilsnacker Str. 22
N, Brunnenstr. 37
N, Danziger Str. 1

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Aida
Opernhaus
am Königsplatz
7 Uhr: Evangelium
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Rhein, Kibelien
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Götterkämpfe

Gr. Volksoper
im Theat. d. Westens
7 1/2 Uhr:
Mignon

Volksbühne
7 1/2 Uhr: Schneid, Wibel
Deutscher Theater
8 Uhr:
Dr. Knock

Kammerspiele
8 Uhr:
Sechs Personen
suchen
einen Autor
Die Komödie
Liedwurm 256/257
8 Uhr:
Liebsfrauenlieb

WALHALLA-THEATER
Weinbergsweg,
Rosenthaler Tor.
Täglich 7 1/2 Uhr
Ensemble-
Gastspiel
des
Metropol-
Theaters
Gräfin
Mariza

SOLO
8 Uhr:
VARIÉTÉ-
REVUE

Herrnfeld
im Intimes Theater
Konkurrenz!
Weiterleitung!
Zum 1500. Male:
Klabrias-Partie

Rose-Theater
8 1/2 Uhr:
Der ledige Ehemann

Casino-Theater
Lichterbergstr. 37 Täglich 8 Uhr
Sommer und lachendes Theater
Mädels vom
Kurfürstendamm
da von heute an.
Vorher das
Mal-Programm!
Inferieren
bringt ERPOLO!

Komische
Oper
8 U. Dir.: James Klein 8 U.
Berlins einzigste
und erfolgreichste
REVUE:
Das hat die Welt
noch nicht geseh'n
Bald 800 Aufführungen!
30 Bilder! 250 Mitwirkende!
Sommerpreise!

Metropol-Theater
8 Größter Erfolg! 8
Tausend süße Beinchen
mit Lea Seidl, Arno, Sikla
2, 3, 4, 5, 6 H.

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr, Sonntag und an beiden
Pfingstfeiertagen, nachm. 3 Uhr:
Steffner Sänger
Neu: Das Deutsche Meer
Nachm. halbe Preise, volles
Abendprogramm!
Dönhoff-Brettl's
Saal und Garten
Das wunderv. Mai-Programm

WINTERTHEATER
Der glänz. Mai-Spielplan (Lichtspiele)

ULAP
Der weltbekannte Vergnügungsort und die
Erholungsstätte der Berliner am Lake Side
Welt-Sensationen
10 Kapellen
Riesencanorwerk
Eintritt nur 50 Pf.

Theater im
Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr:
Gesamt-Gastspiel
der Lager-Truppe
Chocolat
Kiddies
45 Mitwirkende!
Die berühmtesten
farbigen Künstler
Amerikas
Zum ersten Male
in Europa!

Central-Theater
8 1/2 Uhr: ein Kind ist
v. Himmel gefallen!
Deutsches Opernhaus
7 1/2 Uhr:
Zohengrün

Th. I. Kommand. Str.
Nur noch 6 Vorstellungen!
USCHI
von Jean Gilbert
Uschi Elliot, Schutz
1. Juni 8: Premiere
des aktuellen
Radio-Schwanks:
Durch den Radfunk

Theater des Westens
Ab 1. Juni
neu einstudiert
8: Uschi 8:
von Gilbert
Uschi Elliot, Schutz
Gertrude Berliner

Circus
Busch
Täglich 7 1/2 Uhr, 8 Uhr, 9 Uhr
Leitz. Spitzwoche
Husch, husch
zu Busch!
zu Beginn der Fest:
Länderwettkampf
Deutschland
gegen **Dänemark**
im Odeon u. Laufen
Anfang der Spielzeit: 1. Juni!

Theater a. Kottb. Tor
Täglich 8 Uhr:
Elfe-
sänger
Das große
Mai-
Programm.

Abessiner-Pumpen
L. Laubenkolonist, z.
Selbstentz. f.
Flüssigkeit,
Schwanz,
Pumpen, Schläuche,
& Latzen
Pumpenfabr.,
Alexanderstraße 14,
2. Wk. v. E. Jan. 30.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Donnerstag, den 28. Mai, nach-
mittags 8 1/2 Uhr, im oberen Saal
des Verbandshauses, Clinkerstr. 83, 85
Verammlung
der Zigarettenmaschinenfabriker und
Befriebshandwerker.
Tagesordnung: 1. Bericht, 2.
Brandangelegenheiten, 3. Verschleßenes
Mitgliedsbuch legitimiert.

Donnerstag, den 28. Mai, abends
7 Uhr, im großen Saal des Gewer-
schaftshauses, Engelauer 24/25:
Branchenversammlung
der Rohrleger und Heiser.
Tagesordnung: 1. Bericht von
der dritten Reichskonferenz der Heisungs-
branche in Hannover, 2. Verbands- und
Branchenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Vertrauensleute und Kom-
missionsmitglieder treffen sich eine halbe
Stunde früher in demselben Saal.
Die Ortsverwaltung.

Der gute Kapitän-
Kautabak ist in den meisten Opiem-
geschäften erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3061

Allgemeine Ortskrankenkasse
für Berlin-Lichterfelde.
Am Mittwoch, den 3. Juni, abends
7 1/2 Uhr, findet im Kassenlokal Berlin-
Lichterfelde, Rosenstr. 13, 1. Treppe, eine
außerordentliche Ausschlußsitzung
mit folgender Tagesordnung statt:
1. Berichten des letzten Protokolls, 2. Sachungs-
änderung, 3. Beschlußfassung gemäß § 94
Absatz 3 der Satzung, 4. Beschlußfassung
über den geplanten Umbau, 5. Veränderung
der Dienstordnung, 6. Verschleßenes,
Berlin-Lichterfelde, den 25. Mai 1928.
Der Vorstand. 20/17
Fritz Handberg, Vorsitzender.

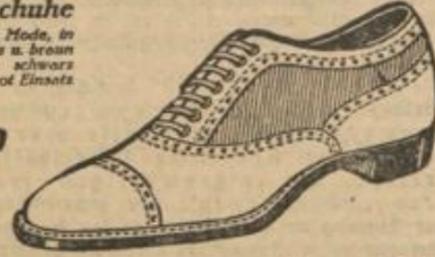
Allgemeine Ortskrankenkasse
Berlin-Weißensee.
Am Donnerstag, den 4. Juni 1928,
abends 6 1/2 Uhr, findet im Restaurant „Zum Berliner Hof“,
am Antoniapark, eine
ordentliche Ausschlußsitzung
statt mit folgender Tagesordnung:
1. Bericht der Jahresrechnungsprüfer
2. Entlohnung des Vorstandes und des
Rechnungsführers, 3. Jahresbericht, 4. Bericht
des Vorstandes, 5. Kassensachverhalte
zum Eintritt berechnigt sind nur die
mit einer Legitimation versehenen Aus-
schlußmitglieder.

Der Vorstand. 20/16
Behr Müller, Vorsitzender.
Ernst Hess Nachf., Kin-
graphisch, Nr. 128, Geogr. 1872.
Alle Maschinenwerke, Harzwerke,
Spezialapparate - Fabrikation!
Gr. Jah.-Katalog gratis
Fabrikpr. Rech. Schallplatten pr. St. 2 30

PFINGST
ANGEBOT

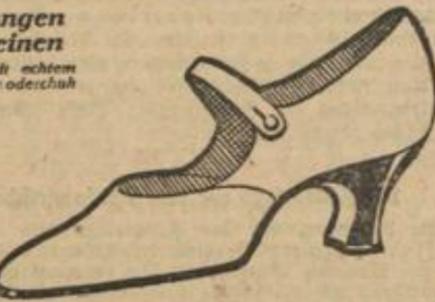
Neueste Modelle - Billigste Preise

Einsatz-Halbschuhe
für Herren, die große Mode, in
braun Box calf mit grau u. braun
Nubak Mk. 16,50. in schwarz
Box calf mit grau und rot Einsatz



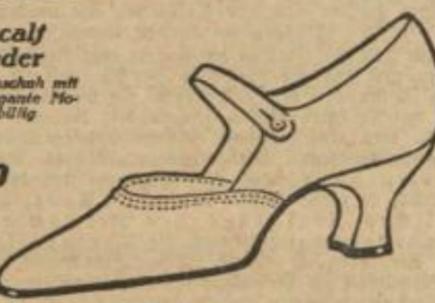
14⁹⁰

Elegante Spangen
in Ia weiß Leinen
1 und 2 Spangen mit echtem
Louis XV. Absatz, der Moderschön
der Saison



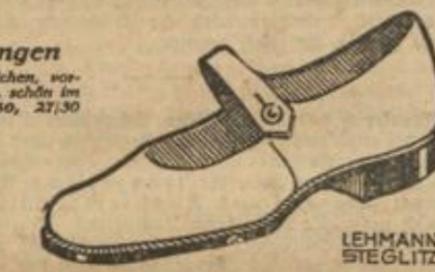
5⁷⁵

Braun Box calf
und Lackleder
modernster 1 Spangenschuh mit
Louis XV. Absatz, elegante Mo-
delle, unerreicht billig



12⁹⁰

Braune Spangen
für Kinder und Mädchen, vor-
zügliche Verarbeitung, schön im
Oberleder 31/34 6,50, 27/30
8,50, 25/26



4⁹⁰

DER
SCHUHHOF
= Berlin W 9, Linkstr. 11 =
= Charl. Wilmersdorferstr. 117 =
= Spandau, Breitestr. 22 =

Fröhliche Pfingsten

Rahma
MARGARINE
buttergleich

Kinderzeitung
"Der kleine Coco" gratis

Preis
1/2 Pf. 50³

Kleinst
Anzahlung
Max Friedeberg
Bülowstraße 24
am Hochbahnhof Bülowstraße
Bekanntestes Waren-Kredithaus des Westens
Niedrigste
Raten

Herrenkonfektion
Anzüge * Paletots * Ulster * Gummimäntel * Sportanzüge
Breechesosen * Einzelne Hosen * Windjacken
Damenkonfektion
Kostüme * Mäntel * Gummimäntel * Regenmäntel * Complots
Teppiche * Läufer * Gardinen * Steppdecken

WENZEN samt Bett, Wägen,
Kühe, Pferde, alle
Güter in frischen
Salz, Holz- oder Fabrikwaren sofort in
8 Stunden ohne Ansat, ohne Ansat,
ohne Risiko, Geld- od. Zinsenrisiko durch
unter Garantie totaler Befreiung
erhält da, wo and. Mittel versagen.
Vorzugsweise, nachh. Wanzeln u. Gemüch
unserne Produkte rufen, schäbig. Wirksam
Verlangen Sie im eigenen Interesse in allen Drogerien
nur Linksol! Nur durch Verzinsung sofort voller Erfolg

LINKSOL-GAS
WARNUNG
Verlangen Sie im eigenen Interesse in allen Drogerien
nur Linksol! Nur durch Verzinsung sofort voller Erfolg

Marken-Zigaretten
kaufen Sie am billigsten
Mi Ta Fa. Tegeler Straße 42.

Für 5 Mark
monatliche Miete erhalten Sie
einen kompletten Radioapparat
mit Kopfhörern und Antenne.
Fachmännische Anbringung der Anlage ist in
dem Mietpreis einbegriffen.
(Original-Telefunken-Patente reichspostamtlich genehmigt)
Nach Zahlung von 12 Monatsmieten geht die gesamte
Anlage in Ihren **alleinigen Besitz** über.
Besuchen Sie unverbindlich unsere Vorfüh-
rungsräume oder verlangen Sie kostenlos
Vertreterbesuch.
Deutsche Funktelefon-Vermietungs-Gesellschaft m. b. H.
Berlin S. 42, Ritterstraße 11
Moritzplatz 2989, 2990, 2991, 2992, 2993.

Der Raubmörder.

Eine Lehrlingsgeschichte.

Von Hugo Lufács.

(Fortsetzung.)

So kam es zur Tat. Es war eine späte Sommernacht. Sie erwarteten den Oberkellner, von dem sie wußten, daß er mit der Tageslohnung durch diese entlegene Gegend kommen mußte, bei der Brücke des kleinen, aber reißenden Gebirgsstromes. Der Junge sollte den Oberkellner mit dem Revolver zum Stehen bringen, Hans sollte ihm nun hinten eine Schlinge um den Hals werfen, sie sollten ihn berauben und dann in den Fluß werfen.

Hans war unter der Brücke versteckt. Der Junge stand auf der Brücke in starrer, aufgeregter Erwartung. In der Dämmerung lag eine tote Stille, ein Schweigen wie nach nie. Da kam der Oberkellner. Der Junge trat auf ihn zu... und seine Augen waren voller Tränen. Und mit einer tränenschweren, stöhnenden Stimme kam aus seinem Munde die kinderhaft sinnliche Frage: „Warum waren Sie immer böse zu mir?“ Der Oberkellner stockte, trat einen Schritt zurück und schaute den Jungen an. Er sah nichts als sein erschrockenes, weinerliches Kindergeicht. Der Schrecken war vorüber. Und grob und herb sagte er ihm an: „Du Raubhünd, du Schädiger, ich werde dir geben, die Menschen auf der Straße überfallen.“ Und hob seine Hand zum Schläge. Da kam alle die Wut über den Jungen, er riß den Revolver aus der Tasche und hielt ihn vor die Brust des Oberkellners. Die erhabene Hand des Oberkellners sank schwer nieder und schlug den Revolver aus der zitternden Hand des Jungen. Nun begann ein wortloses Ringen. Langsam gelang es dem Jungen, den Oberkellner an die Brustung zu drücken. Beide leuchteten vor Anstrengung; da geschah es, daß sie einander in die Augen sahen. Auf einmal hörte das Ringen auf.

Und langsam, noch mit leuchtender Stimme, gingen sie an miteinander zu sprechen. Reden, wie es Menschen immer sollten. Und sie verstanden sich. Dem Oberkellner tat der Junge leid und der Junge erfuhr erstaunt, daß der Oberkellner kein Ungeheuer, sondern ein armer leidender Mensch war wie er. Sie wurden einig, der Junge solle jetzt nach Hause gehen und sich ausschlafen, morgen würden sie sich treffen; der Junge solle so viel Geld erhalten, daß er damit nach Hause, zur Mutter kommen könne.

Der Junge ging in einem Glückstaumel nach Hause. Erst jetzt war er erwacht aus einem schrecklichen Traum, erst jetzt wurde es ihm bewußt, wie nahe er dem Verbrechen gekommen war. Aber wie durch ein Wunder ist er nun gerettet und morgen, morgen geht er nach Hause zur Mutter.

Lotmüde legte er sich nieder. Erst im Bette fiel ihm Hans ein und er stellte sich vor, was für ein Gesicht der unter der Brücke zu dem, was geschehen war, machen mußte. Und darüber mußte er lachen und lachend schlief er ein.

Er konnte nicht lange schlafen, nach einer halben Stunde kamen die Gendarmen und nahmen ihn gefangen.

Der Junge blieb eine lange Zeit wie betäubt. Sich und den anderen, die ihn ohne Unterlaß fragten und immer wieder fragten, konnte er nur das eine antworten: „Ich habe ja nichts getan.“ Wie er von den Gendarmen umgeben durch die Straße der kleinen Stadt geführt wurde, fühlte er: das war die Schande. Verworfen, wie aufgeschreckte Vögel flatterten nicht zu Ende gedachte Gedanken durch seinen wirren Kopf. Er dachte an seinen Vater, an die Mutter, an den hohen Beamten, an seinen Meister und an viele, viele fremde Menschen und er hatte den schrecklichen Wunsch, ihnen allen, aber ach, nicht nur ihnen allen, sondern allen Menschen und den Engeln im Himmel und den Teufeln in der Hölle erklären zu können, er habe ja nichts, gar nichts Schlechtes getan.

Doran, was jetzt mit ihm geschah, haben sie beide in den Tagen, wo sie mit knurrendem Magen durch die Wälder vagabundierten und an ihren Raubplan gesponnen haben, nie gedacht. Er hatte die ganze Zeit das berauschte Gefühl gehabt, einer Heldentat fähig zu sein. Und jetzt, jetzt mußte er, daß er in der ganzen Zeit, wo er im Vorgefühl dieser Heldentat berauscht herumgegangen war, immer gewußt hatte, er sei nicht fähig ein Verbrechen zu begehen. Der einzige Mensch, der das bezeugen hätte können, der Oberkellner, dem er, als im Ringen sein Revolver verloren war, seinen Seelenzustand, sein Leid, ach, sogar seine Sühne über den schlimmen Gedanken, die ihn heimgeführt hatten, vertrauensvoll mitgeteilt hatte, der, gerade der hatte ihn angezogen. Je klarer seine Gedanken wurden, um so mehr fühlte er, ihm wäre ein schreckliches Unrecht zugefügt worden, er sei durch die Verkettung verhängnisvoller unglückseliger Umstände in einen Wirbel unerklärlicher und unverständlicher Irrtümer verfangen.

Es war un möglich, aus dieser Kette von Irrtümern sich zu befreien, er kam während der langen Monate der Unternehmung nie dazu, sich Klarheit zu verschaffen. Noch weniger, den anderen seine Tat, eine Tat, die ja nie vollbracht wurde, verständlich zu erklären. Denn die anderen fragten immerzu und die Fragen, die sie stellten, hatten mit der Wirklichkeit, mit seiner Wirklichkeit, nichts zu tun. Und so wurden sie beide verurteilt.

Nicht, als ob die Menschen nicht gut zu ihm gewesen wären. Im Gegenteil. Je länger sie mit ihm zu tun hatten, um so besser wurden sie gegen ihn. Alle, ohne Ausnahme, zeigten viel Mitleid. Hans wurde im Gegensatz zu ihm immer hart behandelt.

(Schluß folgt.)

Thomas Münzer.

Von Franz Lufftötter.

Am alten sozialen Bewegungen im Altertum und im Mittelalter können wir einen starken religiösen Einschlag beobachten, gemischten aus einer Mischung von ideologischen, religiösen und materialistischen, wirtschaftlichen Bestrebungen. Deutlich tritt dies zutage in den Ketzereibewegungen, die in religiöser Umhüllung soziale und wirtschaftliche Interessen durchzusetzen suchten. Auch in dem deutschen Bauernkrieg des Jahres 1525 zeigte sich ein religiöses Element, das die materiellen Forderungen und Ziele sozialistisch idealistisch umrahmt und verbrämte. Es ist sicherlich kein Zufall, daß die auf materielle Verbesserungen und rechtliche Sicherungen gerichteten Bestrebungen der Bauern sich anlehnten an die reformistischen Bestrebungen religiöser Art. Das Sehnen nach wirtschaftlicher und rechtlicher Freiheit verknüpfte mit der Sehnsucht nach geistiger und religiöser Freiheit. Hieraus erklärt sich die Tatsache, daß wir unter den heroischsten Führern der Bauern so viele Mönche und Geistliche finden. In der Person Thomas Münzers, des begehrtesten Revolutionärs auf

deutschem und weltlichem Gebiet, verkörpert sich jegliches Freiheitssehnen jener gährenden Zeit, wie in einem Brennpunkt laufen in ihm alle Strahlen ideeller und materieller Art zusammen, in seiner Person spiegelt sich Reformation und Bauernkrieg gleichermäßen wider. Thomas Münzer ist zweifellos eine der interessantesten Persönlichkeiten jener gährenden Zeit.

Ueber Münzers Herkunft und Jugend ist nur wenig bekannt. Er stammte aus der Stadt Stolberg am Harz, geboren ist er wahrscheinlich im Jahre 1490, sein Vater soll, wie man erzählte, durch den dortigen Grafen widerrechtlich zum Galgen verurteilt und gehängt worden sein. Das mußte natürlich in dem lebhaften Jungen eine starke Empörung und einen tiefen Haß gegen die Herren erwecken. Münzer studierte Theologie und wurde Geistlicher, schon früh schloß er sich Luther an, ging aber bald über Luther hinaus, da er dessen Standpunkt, daß es sich nur um eine religiöse Umwälzung handelte, nicht zu teilen vermochte. Im Jahre 1520 kam er als Prediger nach Jüdau, wo er mit dem Tuchmacher Nikolaus



Hindenburg hat sich auf den Boden der Verfassung gestellt. Aber wie lange wird der Boden halten?

Storch in Verbindung trat, der eine Sekte gegründet hatte mit kommunistischen Tendenzen. Die Priestertaste sollte abgeschafft, das Gemeineigentum sollte an die Stelle des Privateigentums gesetzt werden, jeder Laie, der die erforderliche Erkenntnis besaß, sollte das Recht haben, zu predigen. Da er sich zu viel mit dieser Sekte eingelassen hatte, wurde er schließlich eines Tusches aus Jüdau verwiesen. Münzer wandte sich nach Froga, von wo er gleichfalls vertrieben wurde, fand aber Unterschlupf in dem Städtchen Allstedt bei Mansfeld. Als im März 1524 in der Nähe von Allstedt von einem Volkshäupten eine Kapelle mit einem wunderartigen Marienbild zerstört wurde, schrieb man ihm die Schuld zu. Die sächsischen Fürsten verlangten seine Ausweisung, aber Münzer wurde von der Bevölkerung geschützt, weshalb die Fürsten im Juli des Jahres persönlich in Allstedt erschienen, um eine Rechtfertigungsrede Münzers anzuhören. Die Rede war äußerst scharf, sie richtete sich in biblischen Worten gegen die geistlichen und weltlichen Unterdrücker, wobei er Luther als „das langstehende Fleisch von Wittenberg“ bezeichnete und ihn der Halbschuld beschuldigte. Die Folge dieser Rede war, daß er sich in Allstedt nicht mehr halten konnte und sich nach der Reichsstadt Mühlhausen in Thüringen begab. Die Stadt hatte fast 10000 Einwohner, die meistens in der Textilmanufaktur beschäftigt waren. Die Bewohnerschaft mit ihrem starken protestantischen Einschlag war in religiöser und auch in wirtschaftlicher Beziehung sehr revolutionär, wogegen die beherrschenden Schichten mit dem Stadtrat an der Spitze vergebens ankämpften. Bislang war ein Mönch namens Pfeiffer der Führer der revolutionären Bewegung gewesen, jetzt übernahm Münzer die Führung. Durch den Wandelmut und die Disziplinlosigkeit seiner Anhänger bekam die gegnerische Partei wieder Oberwasser, Münzer und Pfeiffer mußten die Stadt verlassen.

Inzwischen hatte Münzer bereits Verbindungen angeknüpft mit den Bauern in Thüringen, Franken und Schwaben. Er genoss eine schwärmerische Verehrung in den Massen der Unterdrückten, weil er die Gleichheit des Besitzes predigte und die Forderung aufstellte, daß die Beherrschenden ihre Habe unter die Beherrschten verteilen sollten. Er selbst lebte schlicht und einfach, wie Christus gelebt hatte, auch sein Lebenswandel war tadellos. Münzer war von stilkem Ernst getragener, er war eine überragende Persönlichkeit, er war ein Mann, dem sich trotz seiner Jugend alle willig unterordneten. Das hat seine Gegner, besonders die Wittenberger Theologen, nicht abgehalten, ihn zu verleumden und ihm allerlei Ständelgeschichten anzuhängen. Als sich die Bewegung durch ausgehende Jünger immer weiter ausdehnte und das ganze thüringische, hessische und braunschweigische Land ergriff, erschien Luther in eigener Person, um der Bewegung Einhalt zu tun und den „Wortpropheten“ Münzer zu bekämpfen. Luther predigte von der göttlichen Autorität der Obrigkeit und von der Gehorsamspflicht der Untertanen, aber er fand nur wenig Beifall und mußte sich sogar durch eilige Flucht vor der Wut seiner Landsleute retten.

Die Bewegung war bereits zu stark, als daß man sie hätte noch eindämmen können. Münzer erließ nach allen Himmelsrichtungen hin Sendschreiben, worin er zum Aushalten und zum Ausschlagen ermahnende, seine Sendboten waren überall unterwegs, um die Erregung der Massen zu säubern. Pfeiffer sorgte für zeitgemäße Bewaffnung, indem er Geschütze gießen und Feuerrohre herstellen ließ. Münzer sah ruhig wieder in Mühlhausen und hielt die Fäden der Bewegung in der Hand. Vor allen Dingen warnte er die Bauern und die mit ihnen verbündeten städtischen Kleinbürger vor Verhandlungen mit den Herren. Er kannte deren Unzuverlässigkeit und Treulosigkeit zur Genüge, er wußte, daß die Herren bereit waren, jeden abgeschlossenen Vertrag hinterlistig zu brechen. Leider fruchteten diese Warnungen wenig, die Bauern ließen sich durch die schönen Worte der Fürsten und deren Heilserbeter betören, zu spät merkten sie, daß sie die Betrogenen waren.

Nachdem Münzer zahlreiche Bergknappen sowie die Bürger und Bauern aus Mühlhausen und Umgebung ausgerüstet hatte, zog er am

26. April 1525 von Mühlhausen aus in den Kampf. Er eroberte Langensalza und Heiligenstadt und bald war das ganze Eichsfeld in seiner Hand. In Thüringen war Pfeiffer mit seinem Heere siegreich. Überall wurden die Klöster besezt, die Klostervorräte beschlagnahmt, die Kirchengüter und das harte Geld wurden zu Zwecken des „heiligen Krieges“ verwandt. Mehrere Klöster wurden verbrannt, um den alten Kitzhäuser leuchteten die Brandsäulen. Die Aufständischen waren voller Hoffnung und Zuversicht. Aber schon zogen die Fürsten und Ritter mit ihren Heeren gegen die Bauern. Der Landgraf Philipp von Hessen zog gegen den Frauentberg, den die Bauern besezt hatten. Er beschoß mit seinen Kanonen die Stadt, so daß die Bürger sich ergaben und ihre Tore öffneten. Die Bauern, die sich nicht halten durch die Flucht retten können, wurden gefangen genommen, in den Schloßgraben getrieben und dort durch Hunger und Durst müde gemacht. Die Hauptleute und die Feldprediger wurden vor dem Schloß enthauptet, ihre Köpfe wurden auf Spieße gesteckt, die Bauern wurden halb verhungert und verdurftet heimwärts geschickt. Vor der Stadt Eisenach stieß Herzog Heinrich von Braunschweig mit seinen Truppen zu dem Landgrafen, auch die Grafen Albrecht von Mansfeld und Ernst zu Mansfeld vereinigten sich mit ihnen. Die Stadt Eisenach wurde schnell genommen, auch Langensalza erlitt das gleiche Schicksal. Überall wurden die Führer der Bewegung hingerichtet, gleichzeitig aber knüpften die Fürsten Unterhandlungen an, um die Bauern in Sicherheit zu wiegen. Das vereinigte Heer der Landgrafen, des Braunschweigers und der Mansfelder, zu dem auch noch das Heer des Herzogs Georg von Sachsen und des Kurfürsten Johann von Sachsen gestoßen war, zählte 3500 Reifige und 8500 Fußsoldaten. Es lagerte sich am 15. Mai vor Frankenhäusen. Münzer schrieb an die Fürsten Briefe, worin er mit dem Jörn Gottes drohte, wenn sie von ihrem Vorhaben, die Bauern zu vernichten, nicht abständen. Er unterzeichnete: Thomas Münzer mit dem Schwerte Gideons. Münzer hielt die Anhöhe vor Frankenhäusen besezt, der noch jetzt der Schlachtberg heißt, er hatte kaum 8000 Leute bei sich, die schlecht bewaffnet und unentschlossen waren, aber er vertraute, muntergläubig, wie er war, auf die Hilfe Gottes. Er hielt eine begeisterte Ansprache an seine Leute und versprach ihnen den Sieg über die Feinde. Die Unentschlossenen und Verzagten hatten sich wieder in Unterhandlungen eingelassen, aber die Fürsten hatten inzwischen bereits den ganzen Berg umzingelt. Sie ließen ihre Geschütze donnern, erstürmten den Berg und trieben das Bauernheer in die wilde Flucht. Die Gefangenen wurden rücksichtslos niedergemacht, in der erstürmten Stadt Frankenhäusen wurde ein großes Blutbad angerichtet, viele der Besiegten wurden mit Knütteln totgeschlagen, andere wurden enthauptet. Nur ein kleiner Teil rettete sich durch die Flucht.

Münzer selbst war entkommen und hatte sich nach Frankenhäusen geflüchtet. Seine Anhänger hatten ihn auf dem Boden eines Hauses am Nordhäuser Tor versteckt, aber er wurde entdeckt und vor die Fürsten gebracht. Diese fragten ihn mit triumphierenden Mienen, weshalb er das Volk verführt und in ein solches Blutbad getürzt habe. Würdevoll antwortete er, er habe recht getan, daß er sich gegen die fürstlichen Unterdrücker gewandt habe, um das arme geknechtete Volk zu befreien. Man müsse den Fürsten Jaum und Gehiß anlegen, weil sie zu unbarmherzig handelten gegen die evangelische Freiheit. Darauf wurde er auf die Folter gespannt und die Sieger weideten sich an seinen Qualen. Aber ungebrochenen Geistes schielte Münzer die Folter aus. Dann schmiedete man ihn an einen Bogen und schickte ihn zum Grafen Ernst von Mansfeld, der als ein grausamer Rensch bekannt war. Dieser ließ ihn in den Turm zu Heddrungen werfen, wo der Arme tagelang in der größtmöglichen Weise gemartert wurde.

Im Turm zu Heddrungen schrie er an seine Anhänger in Mühlhausen: das Unglück, von dem die geredete Sache betroffen worden sei, sei eine Folge der Unentschlossenheit und der Eigennützigkeit der Genossen, er wolle gern sterben, wenn es Gott gefalle, als Opfer für die Torkelnden und die Sünden der anderen. Für eine Bitte habe er, man möge seinem Weibe nicht entgelten lassen, was er etwa verschuldet habe, man möge ihr beistehen in ihrem Elend. In der Tat hatte er völlig recht mit seinem Tadel: die Unterdrückten waren uneinig und unentschlossen, sie waren vor allen Dingen selbstschuldig, denn wenn der eine Hausen durch Verhandlungen mit ihren Unterdrückern Vorteile zu erringen hoffte, so ließen sie ihre Genossen schmählich im Stich. Das zeigte sich auch nach der verlorenen Schlacht bei Frankenhäusen. Die Fürsten zogen geschlossen weiter, während die Bauern abmurrten und zögerten. Selbst in der festen Stadt Mühlhausen, die Pfeiffer mit 1200 Bewaffneten verteidigte, entstand Uneinigkeit. So wurde denn auch diese Stadt erobert und gebrandschatzt, das „Erzleyernest“, wie man es nannte, wurde seiner Besatzungen beraubt und vollständig ausgeplündert. Vergebens erschienen 600 Frauen mit nackten Füßen und zerrissenen Kleidern sowie 500 Jungfrauen mit Wermutfränzen im Haar vor dem Lager der Fürsten, um um Gnade zu stehen, der Rachedurst der Sieger war nicht zu stillen. Ein Ritter wandte sich sogar an Münzers junge, hochschwangeren Frau und forderte sie auf, ihm zu Willen zu sein und sich ihm hinzugeben. Pfeiffer, der entkommen war, wurde ergriffen und mit zahlreicher seiner Genossen durch das Schwert gerichtet. Er starb mit Todeserwartung als echter Kriegsmann, den Siegern warf er trotzig Blicke zu, aber kein Wort über seine Ligen.

Nun wurde auch Münzer aus dem Turm zu Heddrungen herausgeholt und ins Lager der Fürsten gebracht, wo er an einen Bogen geschmiebelt wurde. Die Fürsten redeten ihm heuchlerisch zu, er soll bereuen, weil er seinen geistlichen Stand verlassen und ein Weib genommen habe, aber nach mehr, weil er Aufruhr gepredigt und die Leute verhetzt habe. Da, in dieser schweren Stunde, angeschmiebelt und von Mariern gebeugt, redete sich der starke Mann empor: Wohl habe er allzu Großes unternommen und daran sei er gescheitert, aber er sei ganz Willens gewesen. Dann wandte er sich an die Fürsten und redete ihnen ernst ins Gemissen. Sie sollten milde sein gegen die armen Leute und sie nicht unterdrücken, sie sollten sich daran erinnern, was uns die Bibel erzähle von Tyrannen, die ein schreckliches Ende genommen. Herzog Heinrich von Braunschweig sprach ein Gebet, während die anderen Fürsten spotteten, aber Münzer blieb unbewegt und tapfer. Er hat sein Haupt dem Henker dar, der tödliche Streich fiel, sein Kopf wurde gespießt und auf einen Pfahl gesteckt zum abschreckenden Beispiel. Das war am 30. Mai des Jahres 1525. Als Luther hieron Kunde erhielt, konnte er keine Schadenfreude nicht neherbergen, er schrie, daß Münzer keine Spur von Reue, sondern nichts als Trost und Beständigkeit bis ans Ende gezeigt habe, es sei ihm völlig recht geschehen.

So endete einer der edelsten Menschen, von denen uns die Geschichte erzählt, ein Freund der Unterdrückten und Entrechteten, ein Vorkämpfer der Freiheit, ein Vorläufer des modernen Sozialismus. Wohl war Münzer nicht ohne Fehler, er war vielleicht zu vertrauensselig und zu hoffnungsreich, man hat ihn einen Träumer und Schwärmer genannt, aber dies erklärt sich aus dem Mangel an Menschenkenntnis und aus seinem revolutionären Temperament. Auch muß man seine Jugend in Betracht ziehen. Schon mit 20 Jahren stürzte er sich in die Bewegung und mit 35 Jahren empfing er die Märtyrerkrone. Ein reiches Leben wurde vernichtet, ein großes Talent ging zugrunde, das der Lebenden, ringenden Menschheit noch viel Segen hätte bringen können. Gegen ihn, den Führer, der das Banner der Freiheit vorantrug, richtete sich die Wut und der Haß der Unterdrückten. Die Reaktion überall und zu allen Zeiten grandamer gewesen als die Revolution.

